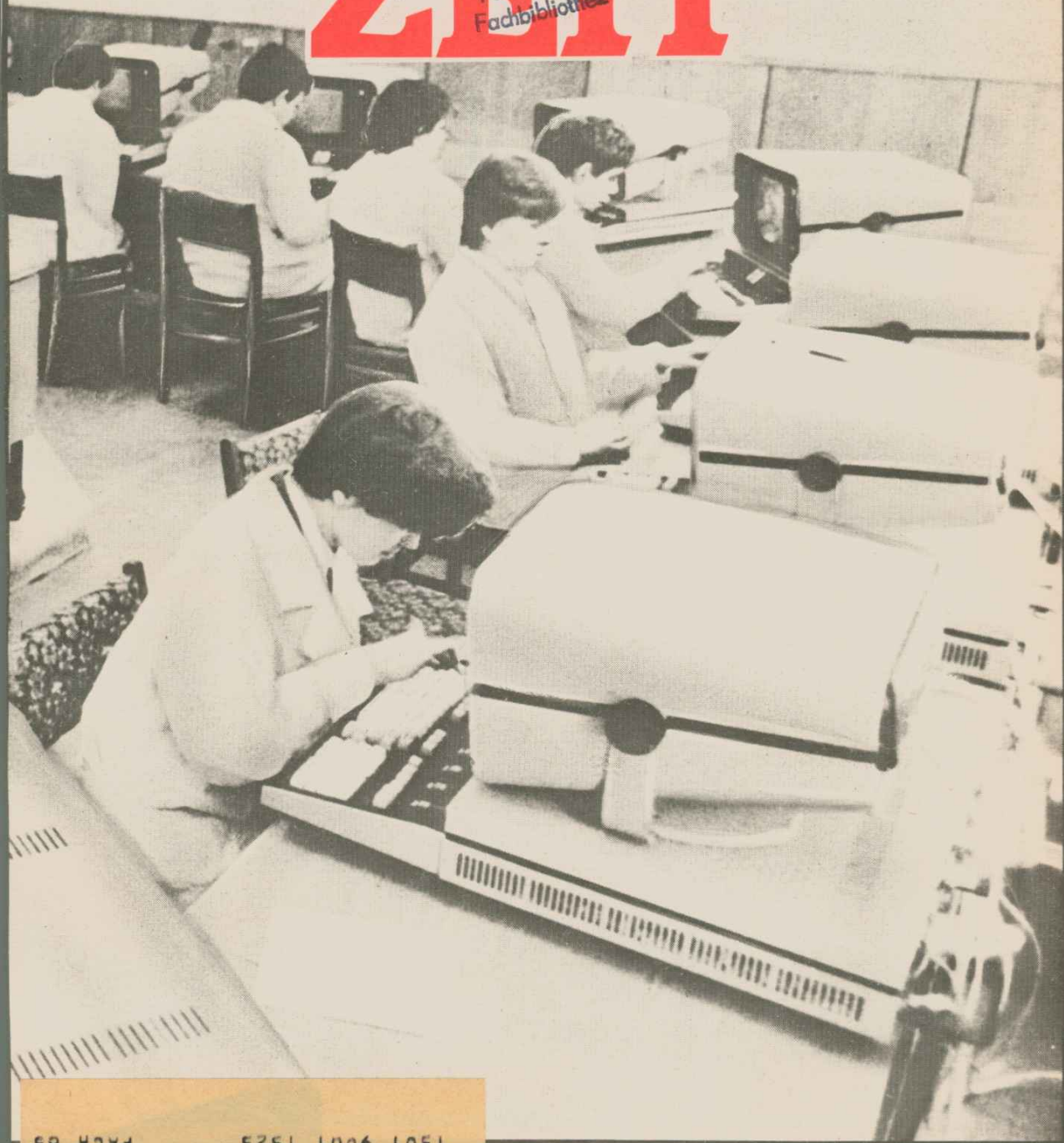


NEUE ZEIT

Handl. d. Zentr. Erwählung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ost. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



14159 35 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525
FACH 65



In den letzten Jahren leben immer öfter alte Traditionen auf. Eine von ihnen sind die alljährlichen Jahrmärkte. Früher fanden sich dazu an den Kreuzungen von Handelsstraßen viele Menschen ein. Die Jahrmärkte spielten in der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Sie waren aber nie nur eine Stätte des Handels. Im Gedächtnis des Volkes und in der Literatur lebten sie als wahre Feste fort. Viel Volkes strömte zu Fuß und zu Wagen aus nahen und fernen Städten und Dörfern herbei. Die Leute brachten ihre Kinder mit, für die es immer Süßigkeiten und Belustigungen gab. Man verließ den

Jahrmarkt mit leichterem Beutel, aber ohne das zu bedauern.

Vor mehr als zwei Jahrhunderten fanden beim Swenski-Kloster in der Nähe von Brjansk Jahrmärkte mit großem Trubel statt. Vor kurzem, vor der 1000-Jahr-Feier dieser Stadt, wurden dort erneut Budenreihen aufgebaut. Der wiedererstandene Swenski-Jahrmarkt konnte sich sehen lassen. Da waren originelle Spielsachen, Hausrat und allerlei Volkskupstartikel, die vor den Augen der Kundschaft angefertigt wurden. Folklore-Ensembles und Laiensänger und -musiker gaben auf dem Jahrmarkts-gelände ihre Kunst zum



besten. Der Kontakt zum Publikum war sofort hergestellt.

Wie in alten Zeiten, so waren auch jetzt in der Menge der Käufer außer Brjanskern auch Leute aus den anstoßenden Gebieten Rußlands, der Ukraine und Belorußlands anzu-

treffen. Sie machten Einkäufe und bekamen unvergeßliche Eindrücke. Der Jahrmarkt soll aber nicht nur die Tradition pflegen. Er trägt auch zum Wiedererstehen alter und zur Förderung lokaler Gewerbe bei, deren Erzeugnisse immer sehr gefragt sind.

Fotos:
V. Achle

WORT DES REDAKTEURS



LEKTION DES FRIEDENS

Pst! Die erste Unterrichtsstunde beginnt, die Stunde des Friedens. Sie eröffnet das neue Lehrjahr an allen allgemeinbildenden Schulen, Berufs- und Fachschulen, Universitäten der UdSSR... Schauen Sie sich den Umschlag dieses Heftes an! Kinder an Schuldplays. Sie werden erwachsen und bereits im neuen Jahrhundert ein selbständiges Leben beginnen. Wie wird es sein, das kommende Jahrhundert? Ein Jahrhundert des Friedens? Oder...

Pst! Hört die Stille der sowjetischen Nuklearversuchsgelände! Hört alle hin! Hört voller Kriegshaß! Denkt euch in unsere Stille hinein! Sie verkündet, sie bringt den Frieden — allen und überall, mobilisiert den Willen, befreit den Intellekt, lehrt Mut, Wahrhaftigkeit und Verantwortungsgefühl, lehrt es, menschenwürdig auf unserem Planeten zu leben.

Noch ist es zum Lernen nicht zu spät. Wir leben und lernen in einem Jahr, das von den Vereinten Nationen zum Jahr des Friedens erklärt wurde. Diese Worte enthalten einen Lehrplan für die ganze Menschheit. Die Geschichte — ein strenger und unvoreingenommener Lehrer — stellt den Regierungen und den Völkern, den Parteien und den gesellschaftlichen Bewegungen komplizierteste Aufgaben. Und die können nur jene lösen, die sich zwingen, auf neue Weise zu denken, die nicht ständig die abgegriffenen Phrasen aus den Lehrbüchern der vornuklearen Epoche wiederholen, die am 6. August 1945 im nuklearen Inferno von Hiroshima unterging. Lösen können sie nur jene, die gewissenhaft, objektiv die Veränderungen in der Welt wahrnehmen und analysieren.

Am 18. August des Jahres des Friedens hat die Sowjetunion vor der Geschichte eine weitere Reifeprüfung abgelegt. Indem die UdSSR den nicht leichten Beschluß faßte, das Moratorium für Nuklearexplosionen bis zum 1. Januar 1987 zu verlängern, hat sie erneut mit aller Verantwortlichkeit ihre Friedensliebe nicht nur verbal, sondern real manifestiert — durch einen entschiedenen, kühnen, wohlgedachten, notwendigen Schritt.

Wir allein können die von der Geschichte gestellte Aufgabe, das Überleben der Menschheit zu sichern, nicht lösen. "Das Problem der internationalen Sicherheit", sagte Michail Gorbatschow, "ist ein gemeinsames Problem, und das bedeutet, daß es gemeinsame Sorge und gemeinsame Verantwortung voraussetzt."

Wird Nevada mit Stille auf die Stille unserer Versuchsgelände antworten? Davon hängt in vielem das Schicksal dieses und des künftigen Jahrhunderts ab.

Pst! Die Stunde des Friedens ist im Gange. Hört alle zu!

POST

Die Initiative der sowjetischen Regierung, das Moratorium für alle Atomversuche zu verlängern, ist für alle fortschrittlichen Kräfte unseres Planeten eine gewaltige moralische Unterstützung. Sie zeigt, wer wirklich Frieden will und sich in der Praxis für den Schutz allen Lebens auf dem Planeten und der uns umgebenden Natur einsetzt. Das sind bestimmt nicht diejenigen, die auch jetzt noch Panik machen wegen einer Havarie in einem sowjetischen Atomkraftwerk. Gleichzeitig belasten sie die Umwelt, indem sie Nukleartests durchführen und chemische Waffen entwickeln.

Holger Töpfer
Torgelow, DDR

Führende Politiker aller, großer und kleiner, Länder sind vor die Wahl gestellt: Weise handeln und Kriegsgerät nicht anwenden, oder das Leben auf der Erde, die Zivilisation vernichten. Der Aufruf, Schluß zu machen mit den Atomtests, ist jetzt außerordentlich aktuell. Die Sowjetunion geht dabei mit gutem Beispiel voran.

Umberto Calla
Pinerolo, Italien

Meine Freunde und ich, wir widersetzen uns den amerikanischen Waffentrüstungsplänen, SDI und einer Stärkung des japanischen Militärpotentials durch Zusammenarbeit mit den USA. Wir würden am liebsten eine Massenkundgebung veranstalten, auf der die USA aufgefordert werden, als Antwort auf das sowjetische Moratorium ihre Nukleartests einzustellen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Menschen guten Willens gemeinsam handeln werden und die Militaristen zwingen, auf ihre Pläne zu verzichten.

Masao Watanabe
Osaka, Japan

Weitere Reaktionen unserer Leser auf die sowjetische Initiative auf S. 32. Alexander Bowin kommentiert.

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

35 AUGUST
1986

Gründungsjahr 1943

14
USA. Haushaltsschlacht

18
Pakistan.
Zunehmende Proteste

21
Vietnam.
Festes Glied
der Gemeinschaft

22
Äthiopien.
Entwurf der neuen
Verfassung

23
Reise ins 21. Jh.

28
Ein Bericht aus Kostarika

WORT DES RE-
DAKTEURS (1),
PANORAMA (7),
INFORMATIONEN,
NOTIZEN, GLOSSEN (16)



Am 1. September, dem Tag des Wissens, werden Millionen sowjetische Schüler die Klassenräume betreten. Ihnen steht ein Jahr angespannten Lernens bevor. Eine Stunde des Friedens wird das neue Schuljahr einleiten

Foto: TASS



Für die Beendigung der Nukleartests

ist die überwiegende Mehrheit der Regierungen, der Politiker und der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aller Länder, betonte in Moskau der Erste Stellvertreter des UdSSR-Außenministers, Juli WORONZOW

Das Weiße Haus ist dagegen

Ohne Tests können Weltraumangriffswaffen nicht stationiert werden erklärte der Erste Stellvertreter des UdSSR-Verteidigungsministers, Generalstabschef der UdSSR-Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion, Serge ACHROMEJEV vor Journalisten.

Die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts 5,2

würde bei einem Testverbot stark verringert. Es wäre ein Faktor der Festigung der beiderseitigen Sicherheit — das ist die Meinung von Dr. sc. phil. Alexander KALJADIN. Akademiemitglied Alexander BAJEW: Die Rüstung verlangt nicht nur enorme Ausgaben. Sie lenkt talentierte Menschen von humanen Aufgaben ab.

Nicht zu viele Zugeständnisse?

Diese Besorgnis ist Briefen einiger sowjetischer und ausländischer Leser der NZ zu entnehmen. Ihnen antwortet der Publizist Alexander BOWIN.

Sind die Amerikaner bereit

zu einem neuen Denken? Vorurteile und Mißtrauen sind im Nuklearzeitalter selbstmörderisch. Darin waren sich die sowjetischen und die amerikanischen Teilnehmer einer Friedensfahrt auf dem Mississippi, an der unsere Sonderkorrespondentin teilnahm, einig.

Chefredakteur: V. IGNATENKO
Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW



MEINUNG EINES POLITIKERS

Erster Stellvertreter
des UdSSR-Außenministers

Alexander WORONZOW

Den Nuklearwahnsinn beenden

Die Erklärung Michail Gorbatschows über die Verlängerung des einseitigen Moratoriums für Nukleartests durch die Sowjetunion wird weltweit beachtet. Die überwiegende Mehrheit der Regierungen, der Politiker und der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aller Länder haben sich entschieden für die unverrückbare Einstellung der Nuklearexplosionen aus. Ihnen widersetzt sich nur eine kleine, doch hartnäckige und einflussreiche Gruppe von US-Politikern, die dafür eintreten, daß Nuklearexplosionen

weiter unseren Planeten erschüttern.

In Washington herrscht jetzt merkliche Nervosität: Widersprüchliche Argumente für eine Fortsetzung der US-Nukleartests werden angeführt. Einige Beispiele. Der Leiter des Apparats des Weißen Hauses, Donald Regan, erklärte, die USA seien nicht gegen einen Vertrag über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffentests, doch könnten sie sich dazu nicht ohne das erforderliche Kontrollsystem entschließen. Andere

Vertreter des US-Präsidenten weisen die Kontrollthese zurück und sprechen direkt davon, daß die USA Tests für die Vervollkommenheit ihrer Nuklearwaffen brauchen. In Washington ist man auch bei der Diskussion darüber, wer wen bei den Nuklearrüstungen einholt, durchgekommen. Im Grunde hat Washington keine vernünftigen Erklärungen für die Weigerung, sich dem sowjetischen Moratorium anzuschließen, wenn man nicht konstatiert, daß die USA die Nukleartests ausschließlich zur Fortsetzung des nuklearen Wettrennens, um militärische Überlegenheit zu erlangen, brauchen. Und natürlich geht es dabei nicht um die Kontrolle.

Für die Sowjetunion besteht die Kontrollfrage nicht. Das wird deutlich zumindest am Beispiel des gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Experiments,

In Dutzenden Städten der Sowjetunion fanden Manifestationen zur Unterstützung der Erklärung Michail Gorbatschows statt. Unser Bild: Manifestation in Moskau

Foto: W. Panow

das Wissenschaftler der USA und der UdSSR im Raum Semipalatinsk durchführen. Die diesbezügliche Vereinbarung wurde von der Sowjetregierung unterstützt, die sich bereit erklärte, zur Verwirklichung des Experimentes auf UdSSR-Territorium beizutragen. Die US-Administration zeigt bislang keine solche Bereitschaft gegenüber einem parallelen Experiment auf amerikanischem Territorium.

Die Sowjetunion schätzt die gemeinsame Tätigkeit der Staats- und Regierungschefs der Sechs von Delhi — Argentinien, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und Tansanias — für eine schnellstmögliche Beendigung der Nuklearexplosionen hoch. Wir haben bereits unsere Bereitschaft erklärt, auf ihren Vorschlag für Hilfe bei der Kontrolle einer Einstellung der Kernwaffentests, einschließlich von Inspektionen vor Ort, einzugehen. Natürlich, wenn das auch von den USA angenommen wird. Gleichfalls haben wir bereits unsere positive Haltung zu dem Vorschlag bekundet, ein Treffen von Experten dieser Länder mit sowjetischen und amerikanischen Spezialisten durchzuführen, wovon in der am 24. August veröffentlichten Antwort Michail Gorbatschows an die Staats- und Regierungschefs der Sechs die Rede war.

Wir sind nicht dagegen, daß die Verhandlungen unter Beteiligung Großbritanniens wiederaufgenommen werden. Solche Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien wurden seinerzeit geführt, doch wurden sie nicht durch unsere Schuld abgebrochen. Wir würden jegliche Schritte Frankreichs begrüßen, die es in diesem Bereich unternehmen könnte. Jetzt geht es aber darum, daß sich die UdSSR und die USA konkret mit Fragen eines Teststopps befassen. Doch sollten sich später auch andere Länder einem Moratorium und einem möglichen diesbezüglichen Abkommen anschließen, würde das auf jegliche Weise begrüßt werden.

Heute sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, durch ein sowjetisch-amerikanisches Moratorium und durch einen entsprechenden Vertrag ein für allemal den Nuklearrisinn in der Welt zu stoppen. Ist die Frage eines Moratoriums ja nicht isoliert, nicht nur als Maßnahme zur Beendigung der Nuklearexplosionen zu betrachten, sondern im Kontext des Gesamtproblems der Befreiung der Menschheit von den Nuklearwaffen, als eine Art Prolog zur vollständigen nuklearen Abrüstung. Die Beendigung der Nuklearexplosionen könnte, bildlich gesprochen, einer der Fäden sein, an dem man nur zu ziehen braucht, um damit zu beginnen, das gesamte komplizierte Knäuel des Problems der nuklearen Abrüstung zu entwirren. Ohne solche Explosionen würden auch keine neuen Nuklearwaffen entwickelt werden. Für die bereits vorhandenen Kernwaffen

aber würden härteste Beschränkungen eingeführt. Und das würde in gleicher Weise für die USA wie für die Sowjetunion gelten.

Im Westen wird die Idee einer Zwischenlösung propagiert, die eine allmähliche Verringerung der Zahl der Nuklearexplosionen vorsieht. Solche Vorschläge sind von dem Streben diktiert, ein Schlupfloch für das Wettrüsten zu behalten. Warum sollen Nukleartests in irgendeiner begrenzten Form fortgeführt werden, wenn man sie vollständig einstellen kann, und das unverzüglich? Dafür sind alle Voraussetzungen gegeben. Hierzu ist die UdSSR bereit, hierzu rufen die Sechs von Delhi auf.

Man möchte hoffen, daß der gesunde Menschenverstand letztlich in Wa-

shington Oberhand gewinnen und die historische Chance für die Beendigung des Wettrüstens nicht versäumt wird. Wir wiederholen erneut, daß ein Abkommen mit den USA über die Beendigung der Nukleartests bei voller Kontrolle, einschließlich von Inspektionen vor Ort, erreichbar ist, zudem in kurzer Zeit. Ein solches Abkommen könnte bei dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen unterzeichnet werden, das seinerseits möglich würde, wenn eine entsprechende politische Atmosphäre dafür geschaffen und sein Erfolg gesichert sein wird. Bislang aber gibt es keinerlei Vereinbarung über ein konkretes Datum wie es einige Massenmedien des Westens nennen, für ein neues Treffen Michail Gorbatschows mit Ronald Reagan.

● MEINUNG EINES MILITÄRS

Erster Stellvertreter des UdSSR-Verteidigungsministers, Generalstabschef der Streitkräfte der UdSSR, Marschall der Sowjetunion

Sergej ACHROMEJEW

Bereit auf SDI gebührend zu antworten

Einige amerikanische Vertreter, die die Weigerung der Administration zu rechtfertigen suchen, die Nuklearexplosionen zu beenden, behaupten, die USA lägen hinter der UdSSR bei der Modernisierung der Nuklearwaffen zurück, und deshalb bräuchten sie eben Tests. In Washington heißt es ferner, die UdSSR könne sich ein Moratorium erlauben, da sie angeblich die USA bei der Zahl der Tests überholt habe. Derartige Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit. Die Tatsachen sprechen von etwas anderem: Gerade die USA führen bei der Zahl der Kernwaffentests, auf sie entfällt mehr als die Hälfte der Explosionen, die von allen Ländern jemals durchgeführt wurden. Die USA sind Nr. 1 auch bei der Zahl der Tests in jedem einzelnen Bereich — in der Atmosphäre, unter der Erde und unter Wasser.

Nehmen wir die letzten zwei Jahre. 1984 führten die USA und die UdSSR etwa die gleiche Zahl von Nukleartests durch. 1985, vor dem Moratorium, nahm die UdSSR 9, die USA 20 Tests vor. Die UdSSR führt bekanntlich schon über ein Jahr keine Kernwaffentests durch, die USA aber haben seit Inkrafttreten unseres Moratoriums 18 Explosionen vorgenommen. Dabei informierten sie über 15 Tests, 3 verschwiegen sie. Diese

3 Explosionen waren von geringer Stärke, eine von ihnen erfolgte im August 1985, gleich nach Verkündung des sowjetischen Moratoriums, die beiden anderen wurden im Herbst 1985 bzw. im Frühjahr 1986 durchgeführt. Sie wurden von nationalen technischen Mitteln der Sowjetunion fixiert.

Von einem "Rückstand" kann also nicht die Rede sein, sondern vielmehr davon, daß bei einer Beendigung der Nukleartests eine landesweite Raketenabwehr nicht geschaffen werden kann und Weltraumangriffswaffen nicht stationiert werden können — zumindest nicht in großem Umfang, wie das in den USA geplant ist. Das Pentagon beabsichtigt zudem, die Nuklearkräfte vollständig modernisieren. Dazu sind neue Nuklearsprengköpfe nötig, die aber möglichst getestet werden. Ein Teil der Nukleartests erfolgt, um die Zuverlässigkeit bereits vorhandener Nuklearsprengkörper zu überprüfen. Das ist ein verschwindend kleiner Teil.

Mindestens 80% der Tests erfolgen mit dem Ziel, neue Nuklearwaffen und Energiequellen für Weltraumwaffen zu entwickeln.

Wenn von der Vorbereitung der USA auf "Sternenkriege" gesprochen wird, dann sind ihre Pläne für die Stationierung

ung eines gestaffelten Systems der Raketenabwehr über dem Territorium der USA, für die Entwicklung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen gemeint. Ziel der USA ist es, die strategischen Nuklearkräfte der Sowjetunion zu entwerten, die UdSSR zu entwaffnen und dadurch die Möglichkeit zu erlangen, uns ständig mit einem massiven Nuklearraketenschlag zu drohen. Die Stationierung eines landesweiten Raketenabwehrsystems und kosmischer Angriffswaffen würde das bestehende militärische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA untergraben, statt Stabilität ein strategisches Chaos schaffen und die Gefahr eines Nuklearkrieges jäh vergrößern.

Wenn die USA ihre Arbeiten zur Verwirklichung der "Sternenkriegs"-Pläne fortführen werden, wird die UdSSR entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen müssen. Wir werden schnell die gebührende Antwort finden, zudem wird sie nicht so sein, wie die USA sie erwarten. Das wird eine Antwort sein, die das "Sternenkriegs"-Programm wertlos machen wird. Die USA besitzen kein Monopol auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt im militärischen Bereich. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im militär-technischen Bereich hat heute einen Stand erreicht, da der ewige Kampf von Schwert und Schild, von Defensiv- und Offensivsystemen nicht in einer, sondern in vielen Richtungen entschieden wird. Auf Handlungen der USA zur Untergrabung des Gleichgewichts durch Entwicklung einer landesweiten Raketenabwehr und kosmischer Angriffswaffen vermag die UdSSR eine entsprechende Antwort zu erteilen. Doch man kann auch die strategischen Offensivwaffen vervollkommen, um das SDI-Programm astronomisch teuer und schwer realisierbar zu machen. Möglich sind auch andere Maßnahmen.

Natürlich werden wir, wenn die USA SDI-Systeme stationieren werden, darauf antworten müssen. Und das wird leider zusätzliche Mittel verlangen. Unter allen anderen Problemen, die wir im Kampf gegen das Wetrüsten in den Mittelpunkt stellen, ist die Frage der Wirtschaftlichkeit. Warum Ressourcen, die Arbeit von Menschen für die Schaffung immer neuer Waffenarten ergeuden! Das ist auch ein Grund, weshalb wir für die Beendigung des Wetrüstens, gegen die Entwicklung von Weltraumangriffssystemen sind.

Doch muß die Sowjetunion in der entstandenen Situation Grundlagenforschungen in vielen Richtungen treiben. Darunter solche, wo sich klar genug effektive Maßnahmen abzeichnen, um dem amerikanischen SDI-Programm entgegenzuwirken. Sie können rechtzeitig verwirklicht werden, wenn die USA trotzdem eine landesweite Raketenabwehr und Weltraumangriffswaffen stationieren würden. Die Sowjetunion wird Formen des Handelns wählen, die den

Interessen ihrer Verteidigung weitgehend entsprechen. Und ihrerseits wird sie die USA vor die Notwendigkeit stellen, eine Antwort zu suchen.

Bei einer Beendigung der Nukleartests aber würde die Weiterentwicklung der strategischen Rüstungen gestoppt. Dann wäre die Stationierung von Weltraumangriffswaffen wie einer landesweiten Raketenabwehr praktisch unmöglich. Die UdSSR ist daran interessiert. Sie meint, daß die friedliebenden Staaten und die

Weltöffentlichkeit das Moratorium unterstützen werden. Es war nicht leicht, sich zur vierten Verlängerung zu entschließen. Not tut die genaue Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Und doch haben wir einen gewissen Nachteil in Kauf genommen, in der Meinung, daß dies noch zulässig ist. Die Verteidigungsfähigkeit des Landes und unserer Freunde wird auf gebührendem Stand erhalten.

● MEINUNG EINES WISSENSCHAFTLERS

Mitglied des ständigen Ausschusses
für Abrüstungsprobleme
der Weltföderation der Wissenschaftler
Dr. sc. phil., Historiker

Alexander KALJADIN

Neues Denken in Aktion

Heute wird die Frage der vollständigen und allgemeinen Einstellung von Atomwaffentests mit ungewöhnlicher Schärfe gestellt. Zum einen fördern Tests das atomare Wetrüsten, das auf eine neue gefährliche Runde hinausläuft, und zum andern haben sich neue politische und wissenschaftlich-technische Möglichkeiten ergeben, die erlauben würden, Textexplosionen bei zuverlässiger Kontrolle vollständig zu verbieten. Hier ist an erster Stelle das einseitige Moratorium zu nennen, das die UdSSR dieser Tage zum vierten Mal verlängerte, und andere konstruktive sowjetische Initiativen und Pläne, die zeigen, was neues politisches Denken in Aktion bedeutet. Die internationale Öffentlichkeit, führende Politiker und

Staatsfunktionäre vieler Länder fordern entschlossen von den anderen Kernwaffenmächten, in erster Linie von den USA, dem sowjetischen Beispiel zu folgen, die Tests einzustellen und einen Vertrag über ihr vollständiges Verbot abzuschließen.

Die Meinung von Wissenschaftlern und ihr Einsatz für den Abbruch von Atomtests gewinnt hierbei an Bedeutung. In letzter Zeit entstanden in mehreren Ländern Wissenschaftlergruppen mit Vertretern verschiedener Disziplinen, die Problemen im Zusammenhang mit einem Testverbot auf den Grund gehen. Maßgebliche internationale Wissenschaftlervereinigungen unterstützen sie dabei: Die Pugwash-Bewegung, die Weltföderation der Wissenschaftler und auch eine unlängst gegründete internationale wissenschaftliche Initiativgruppe.

Wichtige Ergebnisse, die im Lauf der komplexen Untersuchungen zum Problemkreis "Atomtestverbot" erzielt wurden, kamen auf zwei repräsentativen Konferenzen in Moskau zur Sprache: auf dem internationalen Forum der Wissenschaftler für die Einstellung der Kernwaffentests und auf dem internationalen Forum "Wissenschaft, Technik und Frieden". Die Teilnehmer gehörten zwar unterschiedlichen politischen Lagern an, gingen folglich mit unterschiedlichen Methoden an einen Teststopp heran, aber bei allen hatte das sowjetische Moratorium, wie Michail Gorbatschow feststellte, einen tiefen Eindruck hinterlassen. Wissenschaftler verstehen besser als manch anderer, welche Gefahren das Atom in sich birgt. Um so interessanter sind ihre Schlußfolgerungen, die sie nach objektiver, komplexer Analyse aller Aspekte des Problems ziehen.

Zeichnung: N. Stscherbakow



Drohende Gefahr

Wichtigste Schlußfolgerung: Testzündungen stimulieren eine qualitativ neue, gefährliche Tendenz des Wetrüstens, nämlich die Entwicklung von Waffen, die über noch vielfältigere und wirkungsvollere Vernichtungseigenschaften verfügen, die u.a. ihren Einsatz im Weltraum ermöglichen. Die Entwicklung der Streitkräfte führt zwangsläufig zur Entwicklung eines Erstschlagspotentials. Kernsprengsätze werden sich nicht einfach "vermehren", sondern ihre Vernichtungskraft um ein Mehrfaches steigern. Dazu kommt, daß schon an der dritten Generation der Kernwaffen mit selektiv verstärkten Faktoren gebaut wird. Letztendlich soll das strategische Gleichgewicht zerstört werden. Die Folgen sind nicht mehr kalkulierbar.

Darunter leiden regionale Stabilität und Sicherheit. Die Fortsetzung der Tests erschwert die Nichtverbreitung von Kernwaffen, weil sich diejenigen in den nuklearen Schwellenstaaten freier fühlen, die sie haben wollen.

Atomtests bergen obendrein globale Gefahren anderer Art in sich. Umweltforscher beispielsweise schlagen Alarm: Der Zustand des Planeten macht ein unverzügliches Verbot atomarer Tests erforderlich.

Japanische Ärzte kamen nach entsprechenden medizinischen Untersuchungen zu folgendem Ergebnis: Die radioaktive Verseuchung des Stillen Ozeans in Folge der dort durchgeführten Atomexplosionen entspricht dem quantitativen Anstieg einer ganzen Reihe von einschlägigen Erkrankungen. Darüber hinaus machten sie auf genetische Auswirkungen aufmerksam, die auf atomare Explosionen zurückgehen. Deshalb seien die Tests sofort einzustellen, um der jetzigen und zukünftigen Generationen willen. Andernfalls wird die Menschheit mit unvorhersehbaren Folgen biosphärischer Genmutationen konfrontiert.

Würde man die Tests verbieten...

Zunächst würde sich das strategische Gleichgewicht stabilisieren. Ohne Tests wäre es sehr schwer, Atomwaffen zu modernisieren und zu akkumulieren. Die Möglichkeiten wären eingeschränkt, neue atomare Waffen zu entwickeln, strategischer und operativ-taktischer Bestimmung, mittlerer Reichweite, Sprengköpfe für einige Trägermittel, wie z.B. Flügelraketen, die, weil kaum kontrollierbar, ein destabilisierendes Element darstellen.

Diese Maßnahme würde ermöglichen, ein Schwellen des atomaren Offensivwaffenarsenals zu unterbinden. Experten versichern, daß ein Testverbot schon die Wahrscheinlichkeit, daß ein atomarer Konflikt ausgelöst wird, drastisch verringern würde. Das stärkt die beiderseitige Sicherheit.

Die Einstellung der Tests wäre ein effektives Hindernis für die Realisierung kosmischer Angriffswaffen, weil ihre Hauptkomponente, der Röntgenlaser, Energie aus Atomexplosionen braucht.

Ein umfassendes atomares Testverbot bei entsprechender Kontrolle würde das internationale Vertrauen stärken und die weltpolitische Atmosphäre verbessern. Ein Kontrollmechanismus auf diesem Gebiet kann sich auch für andere Abrüstungsbereiche als äußerst nützlich erweisen.

Kontrolle kein Problem

Daß man über keine effektiven Kontrollmittel eines Moratoriums verfüge, muß nun schon seit Jahren als Argument gegen den Abschluß eines Vertrages über ein allgemeines und vollständiges Verbot von Kernwaffenversuchen herhalten. Seismologen, Physiker und Mathematiker kommen dagegen übereinstimmend zu folgendem Ergebnis: Technische Kontrollprobleme sind kein Hindernis für einen unverzüglichen Abbruch der Atomtests und den Abschluß eines entsprechenden internationalen Vertrages. Neue wissenschaftliche Fakten belegen, daß durch Errungenschaften in der Seismologie und durch ein höheres Niveau der internationalen wissenschaftlichen Kooperation im Bereich der Kontrolle sich die Möglichkeiten beträchtlich erweitert haben, Explosionen zu orten und zu messen.

Bei den nationalen Kontrollmitteln ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Hätte man in den 70er Jahren z.B. alle technischen Reserven aktiviert, mit denen sich seismische Erscheinungen bestimmen ließen, dann hätte man eine Explosion von 1 Kilotonne festhalten können. Heute liegt die Untergrenze bei weniger als 0,1 kt. Eine moderne Erdbebenstation kann bereits unterirdische Explosionen zwischen 20 und 30 t Stärke in 2000–3000 km Entfernung registrieren. Verfügt man nicht nur über eine, sondern mehrere Stationen, erweitern sich die Aufspürchancen entsprechend.

Sowjetische Seismologen versichern, daß man eine Explosion von 1 kt Stärke über 10 000 km weit "hören" kann. Das werde anhand einer Atomexplosion in Nevada deutlich, die auf sowjetischem Territorium aufgezeichnet wurde. Mit Hilfe eigener seismischer Kontrollmechanismen, verteilt über das ganze sowjetische Territorium, konnte die UdSSR über einen langen Beobachtungszeitraum Kernexplosionen von rund 1 kt Stärke exakt ausmachen. Entsprechend versichern amerikanische Seismologen, hätten unter Verwendung ähnlicher Kontrollgeräte die USA in den letzten 20 Jahren keine einzige sowjetische Explosion von 1 und mehr kt Stärke verpaßt.

Bis in jüngste Zeit wurde behauptet, man könne atomare Explosionen immer

noch durch "decoupling" verheimlichen. Bei dieser Methode werden seismische Signale gedämpft, indem man Explosionen in unterirdischen Hohlräumen durchführt. Anhand von Berechnungen läßt sich überzeugend nachweisen, daß moderne Erdbebenstationen auch diese Kernexplosionen selbst bei geringer Stärke noch registrieren. Es ist praktisch unmöglich, die für solche unterirdischen Hohlräume notwendigen Erdaushebungen geheimzuhalten, wenn man noch andere Kontrollmittel, wie z.B. Satelliten berücksichtigt. Um nämlich ein perfektes "decoupling" einer Explosion von 8 kt Stärke zu verwirklichen, muß man Gesteinmassen vom Ausmaß der Cheopspyramide ausheben.

Die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit hat besondere Bedeutung für die Vervollkommnung seismischer Kontrollmethoden. Laut Vertrag zwischen der AdW der UdSSR und dem Rat zum Schutz der Naturressourcen der USA wird zu diesem Zweck ein gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Experiment durchgeführt. Erste Ergebnisse liegen bereits vor.

Die multilaterale Zusammenarbeit von Seismologen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz, die ebenfalls internationale technische Experimente durchführen, ist hochbedeutsam. Das letzte Experiment fand 1984 statt. 72 Stationen aus 32 Staaten, inklusive der UdSSR, waren angeschlossen. Sie bewiesen erneut die Effektivität der erarbeiteten Kontrollprozeduren. Zur Zeit wird ein neues Experiment vorbereitet, wieder unter Teilnahme der UdSSR, um eine internationale seismische Kontrolle des Verbots atomarer Explosionen zu fundieren.

Das ist ein Instrument der erfolgreichen Zusammenarbeit und des Vertrauens unter Verwendung der neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften im Interesse des Friedens.

Bleibt anzumerken, daß die seismische nicht die einzig mögliche Kontrolle darstellt. Auch hydroakustische Mittel über das Weltmeer verteilt, und Beobachtungssatelliten lassen sich verwenden.

Somit haben Erfolge der heutigen Wissenschaft und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Länder wesentlich zu der Überzeugung beigetragen, daß Kontrolle keinen Stein auf dem Weg zu einem Verbot atomarer Explosionen in jedem beliebigen Medium darstellt.

Das Problem steckt nicht in der Technik, sondern in der Politik. Deswegen steigt die Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte, auch der Wissenschaftler und ihrer Organisationen. Sie sind aufgerufen, Öffentlichkeit und Regierung die wissenschaftlichen Fakten, ihre Einschätzung der verhängnisvollen Folgen fortgesetzter Atomtests und der Möglichkeiten, ihnen ein Ende zu bereiten, bewußt zu machen.

DIE STOCKHOLMER KONFERENZ

Vor dem Abschluß

● UNSER KOMMENTAR

Über dem Kulturhuset im Zentrum Stockholms wehen wieder die Fahnen von 33 Ländern Europas und den USA und Kanada. Am 19. August wurde hier die Schlußtagung der ersten Phase der Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und für Abrüstung in Europa eröffnet.

Die meisten Delegierten waren schon vorher angekommen, um sich mit Kollegen aus anderen Ländern zu beraten. Früher war nämlich beschlossen worden, die Stockholmer Konferenzphase spätestens am 9. September d. J. abzuschließen. Für ein Forum hat ja der Zeitfaktor besondere Tragweite, und der ungelösten Probleme sind noch ziemlich viele.

In den letzten Tagen bekam die Konferenz neue Impulse, die eine greifbare Aussicht auf positive Resultate bieten. Die erste Neuigkeit war die Ansprache Michail Gorbatschows im sowjetischen Fernsehen. Viele Konferenzteilnehmer bezeichnen den Beschluß, das einseitige Moratorium der UdSSR für alle Kernexplosionen erneut zu verlängern, als wichtigen Ausdruck guten Willens, der auch zur Erfüllung der Aufgaben der Stockholmer Verhandlungen über die Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Europa beitragen wird.

Die sozialistischen Länder arbeiten in Stockholm konstruktiv mit anderen Teilnehmern des Forums zusammen. Schon viel ist für die Lösung von Schlüsselproblemen wie dem Gewaltverzicht, der Benachrichtigung über militärische Übungen und Truppenverschiebungen, dem Austausch der militärischen Jah-

respläne, der Einladung von Beobachtern und der Kontrolle, wie die Vereinbarungen befolgt werden, getan. Voriges Jahr verging keine Tagung, ohne daß die sozialistischen Länder umfassende Vorschläge machten. In den letzten Tagen der vorigen Sitzungsperiode konnte die Lösung für die Frage der Benachrichtigung über Übungen der Luftstreitkräfte gefunden werden. Beobachter sahen darin eine wichtige Wende. Sämtliche Verhandlungsteilnehmer haben zur Findung des Kompromisses beigetragen, sie haben damit politischen Willen und Realitätssinn bewiesen.

Eine allgemeine Grundlage deutet sich auch in einigen anderen Bereichen an, so im Hinblick auf die Benachrichtigung von Übungen der Landtruppen. Man hat sich darauf geeinigt, daß sich die beiden Seiten von Übungen der Landtruppen unter Einbeziehung der Luft- und Seestreitkräfte sowie der Amphibien- und Luftlandtruppen in Kenntnis setzen werden. Auf dem Forum hat sich das Klima merklich gebessert.

Zur Annäherung der Standpunkte und zur Behebung der Differenzen bleibt aber noch immer viel zu tun. Die Stockholmer Diskussion läßt erkennen, daß einige Aspekte der Kontrolle immer noch ein großes Hindernis für das Zustandekommen beiderseits annehmbarer Vereinbarungen sind. Die sozialistischen Länder messen diesem Problem erstrangige Bedeutung bei. Sie sind nicht weniger als ihre westlichen Partner an einer zuverlässigen und gründlichen Kontrolle dessen interessiert, wie die erzielten Übereinkünfte eingehalten werden.

Schon am ersten Tag der jetzigen Tagung erklärten sich die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten bereit, Kontrollen am Ort nach einer festen jährlichen Inspektionsquote von 1-2 in jedem einzelnen Staat zu akzeptieren. Die neue Initiative hat bei den Konferenzteilnehmern Anklang gefunden. Botschafter Citron, der Chefdelegierte der BRD, hat sie als guten Schritt

bezeichnet. Der Presse zufolge hat dagegen Washington abermals versucht, die sowjetische Initiative als "Propagandatricks" abzutun.

Die USA und einige ihrer NATO-Partner obstruieren in Stockholm auch einen Beschluß über die Festsetzung einer Höchstgrenze für zulässige militärische Übungen, für die Zahl ihrer Teilnehmer und ihre Dauer. Ein Beispiel solcher Übungen waren die großen NATO-Manöver "Autumn Forge", die gerade während der Eröffnung der jetzigen Stockholmer Konferenzphase begannen. In ihrem Rahmen wurden in Dänemark unweit Stockholms bis zu 200 000 Mann sowie Kampfflugzeuge und -schiffe und andere Kriegstechnik der NATO-Staaten eingesetzt.

Positive Entscheidungen über Truppenmanöver könnten aber auf die militärisch-politische Situation in Europa stabilisierend wirken. Sie würden die Wahrscheinlichkeit einer falschen Beurteilung des gegnerischen Vorgehens und damit das Risiko eines Kriegs infolge eines Irrtums oder eines Defekts der Warn- und Fernmeldetechnik verringern. Eine derartige Vereinbarung hätte auch deshalb ausnehmende Bedeutung, weil unter den heutigen Umständen große Truppenübungen manchmal schwer von Angriffsvorbereitungen zu unterscheiden sind.

In dem Bestreben, ihre militärischen Aktivitäten in Europa auch weiter unkontrolliert intensivieren zu können, machen die Westmächte in Stockholm vorläufig zu den Manövern keine konkreten Vorschläge. Dabei ist doch klar, daß die Annahme eines maßgeblichen Schlußdokuments in Stockholm ohne eine Einigung über eine Beschränkung der militärischen Aktivitäten kaum möglich ist.

Die Konferenz soll das Prinzip des Gewaltverzichts konkretisieren und praktikabel machen. In der jetzigen explosiven Situation ist es dringender denn je, die Kontrolle, wie die internationalen Verpflichtungen, Gewalt oder Gewaltandrohung zu unterlassen,

eingehalten werden, gründlicher zu gestalten. Ein diesbezügliches Dokument darf nicht einfach ein Abklatsch der UNO-Charta oder der Schlußakte von Helsinki sein. Vielmehr muß das Prinzip des Gewaltverzichts mit konkreten Vertrauensmaßnahmen im militärischen Bereich gekoppelt sein.

Ein Erfolg könnte eine ganze Folge von Verhandlungen über dringende internationale Angelegenheiten in Gang bringen. Für beide Seiten annehmbare Beschlüsse, das Vertrauen zu stärken, wären ein erstes Abkommen über die Lösung der militärischen Fragen der letzten 7 Jahre unter Beteiligung der USA.

W. BOGATSCHOW,
N. WUKOLOV

Korrespondenten der TASS,
exklusiv für "Neue Zeit"
Stockholm

USA--RSA

Einer Wurzel entwachsen

● MEINUNG EINES KOMMENTATORS

Die Washingtoner Diogenesse zünden ihre Laternen an, um einen Kandidaten für den Posten des US-Botschafters in Pretoria zu finden (ein Termin ist für September angesetzt).

Vor allem darf er keine langen Finger haben (was dort eine Seltenheit ist). Auch sollte er möglichst dunkelhäutig sein (im State Department eine Rarität). Man glaubt, ein Neger werde eher die Sympathie der schwarzen Afrikaner gewinnen und ihnen die Uneigennützigkeit und Humanität Onkel Sams glaubhaft machen. Gar zu gern möchte Washington Gutes tun. Es ist unglücklich, wenn jemand irgendwo unterdrückt wird.

Gott appelliert an das Weiße Haus und dieses an

Pieter Botha: "Alle Menschen sind gleich geschaffen. Vom Standpunkt der Moral ist die Apartheid ein Übel, und politisch ist sie inakzeptabel. Die USA können mit einer Regie-

den! Eine Drohung mit dem kleinen Finger. Die Presse schreibt über eventuelle Sanktionen. Die schlimmsten wären ein Landeverbot für Flugzeuge der RSA in den

ihnen noch die letzten Schneidezähne ziehen wird.

Wenn die Washingtoner Diogenese Glück haben und finden, was sie suchen, dann wird man dem neuen Botschafter wie der Freiheitsstatue eine Fackel in die Hand drücken, damit er den nach Freiheit dürstenden rebellierenden Massen "heimleuchte". Das Licht der Fackel kann ebenso wenig wie das Kraushaar und die schwarze Hautfarbe des Botschafters über die Doppelzüngigkeit, Grausamkeit und Habgier der westlichen weißen Machthaber hinwegtäuschen. Es läßt sich nicht verbergen, daß deren "humane Demokratien" aus derselben Wurzel wie die nationale und soziale Unterdrückung gewachsen sind.

L. MAKAREWITSCH

Zeichnung aus

"Asahi Evening News" (Japan)



rung, die der Bevölkerungsmehrheit aus Rassegründen alle Rechte vorenthält, keine Freundschaft halten... Die Apartheid muß ein Ende haben."

Jahrelang merkten die USA von den Bestialitäten in der RSA nichts. Warum wettet Washington jetzt plötzlich gegen die Rassenscheidung?

Das Big Business kommt auch ohne Moral aus, die Politik aber nicht. Nun stehen Kongreßwahlen bevor. Die zur Schau getragene Liebe zu den dunkelhäutigen Brüdern ist eine Ansteckblume am Smokingaufschlag vieler Diener des Volkes, denen es so sehr um die Menschenrechte zu tun ist. Deshalb pochen sie urplötzlich auf hochmoralische Grundsätze.

Inzwischen wimmelt es in der Presse von Meldungen aus der RSA: Folterungen und Erschießungen am laufenden Band; 12 000-17 000 Menschen eingekerkert; Wirtschaftserpressung, Druckausübung und bewaffnete Aktionen gegen Angola, Mocambique, Simbabwe, Sambia, Lesotho und Botswana. Die US-Regierung aber gibt den Rassisten noch eine Gelegenheit, sich zu bessern. In einem neuerlichen Schreiben an Pieter Botha heißt es etwa: Erwartet nicht, daß wir das noch länger dulden wer-

USA, ferner die Verweigerung von Einreisevisa an Repräsentanten des Apartheidregimes.

Eine Handelssperre? Chester Crocker, im US-Außenministerium für Afrika zuständig, ist entsetzt. Das Weiße Haus warnt, sie würde schreckliche Folgen haben. Schwarze Kumpels würden die Arbeit verlieren, ihre Familien würden hungern. Die Washingtoner Tartuffes nehmen das Evangelium sehr ernst, namentlich die Worte, daß man dem Dürstenden zu trinken und dem Hungernden zu essen geben soll. Die RSA seien wie ein Zebrafell: Man haut auf einen weißen und es tut an einem schwarzen Streifen weh.

London hilft nach: Der Westen habe in Südafrika viele Milliarden investiert. Waren und Dienstleistungen bringen ihm alljährlich 14 Md. Dollar ein.

Fast 20 Prozent der US-Senatoren haben Investitionen in der RSA, teilt die Associated Press unter dem Siegel der Verschwiegenheit mit. Deshalb ist die kürzlich vom US-Senat angenommene Bill über Sanktionen, verglichen mit der des Repräsentantenhauses, so blutarm. Jetzt werden beide Dokumente an die Koordinierungskommission des Kongresses weitergeleitet, wo man

US-Marineinfanterie um jeden Preis schalten und walten wollen.

Als die "Forrestal" mit den Geleitschiffen im französischen Hafen Cannes zu den Manövern auslief, ersuchten Journalisten US-Amtspersonen um Auskunft, wohin der "Seewind" wehe. Sie bekamen zur Antwort, daß die Manöver geheim seien und daß nichts darüber verlauten werde. Später, am 24. August, als die Manöver begannen, entschloß sich ein Pentagon-Sprecher, offenbar weil er nachteilige Folgen der Geheimhaltung voraussah, anzugeben, daß die Manöver "planmäßig" und "keine Vorbereitung zu einer neuen Militäraktion gegen Libyen" seien.

Man könnte sagen, diese Auskunft von Pentagon-Sprechern verrate die wirklichen Pläne Washingtons, wenn diese nicht schon von der Weltöffentlichkeit und -presse enthüllt worden wären. So äußerte die libysche Zeitung "an-Nida" Besorgnis über die Aktivierung der US-Streitkräfte im Mittelmeer und wies auf den direkten und logischen Zusammenhang des "Seewinds" mit der von Washington im vorigen Frühjahr gegen Libyen verübten Aggression hin. Das Blatt erinnerte an eine Anzahl libyenfeindlicher Aktionen der USA nach dem Überfall der amerikanischen Luftwaffe und 6. Flotte im April auf die Libysche Jamahiriya und an die Drohungen hoher Beamter des Weißen Hauses gegen Libyen. Weiter: "Washington, das seine feindselige Einstellung zu den Rechten der Araber durch den Mord Vizepräsident Bushs bekräftigt hat, spielt jetzt im Mittelmeer den Muskelprotz. Die USA greifen zur Erpressung und Einschüchterung der Staaten, die nicht zulassen wollen, daß den Arabern kapitulantenhafte Projekte aufgenötigt werden.

Die "planmäßigen" und die "geheimen" amerikanischen ägyptischen Manöver finde bei einer Intensivierung der Bemühungen Washingtons um Tel Aviv statt, einige arabische Länder zu Separatverhandlungen mit Israel zu zwin-

NAHER OSTEN

"Seewind"

● HINTERGRÜNDE EINES MANÖVERS

Die über dem Mittelmeer brauenden Gewitterwolken haben nichts mit den üblichen Herbststürmen zu tun, obwohl in der westlichen Presse schon der Ausdruck "Seewind" aufgetaucht ist, u. zw. als Kodebezeichnung für Manöver. Die 6. US-Flotte hat sie am 24. August vor der libyschen Küste unter Beteiligung ägyptischer Kampfschiffe und -flugzeuge begonnen. Offiziell nennt man sie amerikanisch-ägyptisch, ähnlich wie die vorjährigen Manöver "Bright Star", die in der arabischen Welt Proteste auslösten. Fanden die vorjährigen aber in Ägypten statt, so haben die jetzigen internationale Gewässer zum Schauplatz, auf denen der US-Flugzeugträger "Forrestal" und seine Geleitschiffe und Bordflugzeuge sowie die

gen und damit in Nahost einen Frieden nach US-Fasson, im Sinne der Abkommen von Camp David unseligen Angedenkens herbeizuführen. Ebenso wie Syrien ist Libyen entschieden gegen die Pläne der USA und Israels und ihrer Anhänger.

Ist es etwa keine unverblühte Drohung, wenn jetzt der Pentagon Sprecher sagt, daß die derzeitigen "Manöver in einem Konflikt resultieren können, falls Libyen versuchen sollte, die an den Übungen beteiligten Streitkräfte anzugreifen? Flugzeuge der Aufklärung und solche, die funkelektronische Störungen verursachen, werden die libyschen Fliegerhorste und die Stellungen der mit Raketen bewaffneten Fliegerabwehr ununterbrochen beobachten." Erinnert diese "Warnung" etwa nicht an die Erklärungen von Pentagonvertretern im vergangenen Frühjahr vor den Bombenangriffen auf Libyen? Bereitet Washington etwa eine neuerliche blutige Provokation vor?

Natürlich wird es auch diesmal nicht gelingen, das libysche Volk einzuschüchtern. Gerade dieser Tage ist der Präsident Syriens, Hafez al-Asad, in Tripolis eingetroffen, um mit den Spitzenpolitikern Libyens einen ganzen Kreis aktueller Nahostfragen zu besprechen. Sein Besuch war ein neuerlicher Beweis der Solidarität mit den Kräften der Region, die gegen die amerikanisch-israelischen Nahostpläne auftreten. Zugleich nehmen sie den Kampf dafür auf, daß das Mittelmeer zu einer Region des Friedens und der Sicherheit gemacht und die Kriegsdrohung gegen die Völker der Mittelmeerküste endgültig zum Schweigen gebracht wird.

"an-Nida" schreibt: "Angesichts der Truppenzusammenziehung und der provokativen Manöver, die die Unabhängigkeit und Souveränität aller Länder dieser Region bedrohen, erkennt man nochmals die Tragweite des sowjetischen Vorschlags, das Mittelmeer zur Friedenszone zu machen. Die konstruktive sowjetische Initiative berücksichtigt die Interessen der

Mittelmeervölker und -staaten. Würde sie verwirklicht, dann könnte man die Lunte auslöschen, die durch Verschulden der Aggressionskräfte jederzeit eine große Explosion zünden kann."

Dieser Gefahr sollten die Kreise eingedenk sein, die mit dem Feuer spielen, ebenso diejenigen, die bei diesem Spiel gewollt oder ungewollt mitmachen. Sie müssen sich genauso Rechenschaft darüber ablegen, in welcher gefährlicher Richtung der "Seewind" weht.

J. KORSCHUNOW

INDOCHINA

Feste

Entschlossenheit

● INITIATIVEN

Die Teilnehmer der 13. Außenministerkonferenz von Vietnam, Laos und Kampuchea vom 17. und 18. August in Hanoi haben sich erneut bereit erklärt, nach Kräften zum Gelingen der Situation in Südostasien beizutragen. Sie haben sich fest entschlossen gezeigt, durchzusetzen, daß dieser Teil der asiatisch-pazifischen Region zur Friedenszone gemacht wird, in der gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit gepflogen werden. Die Bemühungen der UdSSR um den Frieden, besonders das von Michail Gorbatschow in Wladiwostok verkündete große Programm für internationale Sicherheit und friedliches Zusammenwirken in dieser Region, haben bei ihnen hohe Wertschätzung gefunden.

Behindert wird die Sanierung der Lage in Südostasien noch immer durch die von den imperialistischen Kreisen geschaffene sogenannte Kampuchea-Frage. In Hanoi wurde festgestellt, daß sie, wenn die

Verbrecherbande Pol Pots verschwindet und wenn die vietnamesischen Freiwilligen aus Kampuchea zurückgenommen werden, von der Tagesordnung gestrichen werden kann. Die SRV, die VDRL und die VRK haben sich bereit erklärt, gleichzeitig Debatten darüber aufzunehmen.

Volkskampuchea baut mit sicherer Hand das neue Leben auf. Seine Lebensfähigkeit steht außer jedem Zweifel. Es ist bereit, die Teilnahme der gegnerischen Khmer-Elemente und -Gruppen an der Entscheidung über innerpolitische Fragen zu gestatten, vorausgesetzt, daß sie jede Verbindung mit der Clique Pol Pots abbrechen. In diesem Zusammenhang äußerte sich die Konferenz in Hanoi anerkennend über den Vorschlag des australischen Ministerpräsidenten Hayden, ein Tribunal einzusetzen, das eine Untersuchung gegen diese Verbrecherclique einleiten soll.

Was die in Kampuchea stehenden vietnamesischen Freiwilligen betrifft, so hat ihre stufenweise Zurücknahme schon begonnen und wird 1990, wie schon erklärt, zum Abschluß gelangen.

Vietnam, Laos und Kampuchea schätzen ihre alte Freundschaft mit China und haben den Wunsch geäußert, sie wiederherzustellen und auszudehnen. Die Außenminister haben hervorgehoben, daß eine Normalisierung der Beziehungen der drei Länder zu China viel zur Sanierung der Lage in Südostasien beitragen würde.

Die drei Staaten Indochinas haben nochmals für eine Normalisierung der Beziehungen zum benachbarten Thailand Stellung genommen. Die SRV hat vorgeschlagen, über eine Bereinigung der vorhandenen Probleme zu verhandeln. Auch die VDRL will alles tun, um ihre Beziehungen zu ihrem Nachbarn im Westen zu fördern. Die VRK ihrerseits hat vorgeschlagen, auf beiden Seiten der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand eine Friedenszone zu schaffen, in der nur Streitkräfte Kampuchea und Thailands stehen könnten.

Die drei Länder haben dem Vorschlag Indonesiens zugestimmt, Südostasien zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, sie haben ihre Bereitschaft bekräftigt, diesen Raum gemeinsam mit den ASEAN-Ländern zu einer Zone des Friedens und der Stabilität zu machen.

Ein Schwerpunkt bei dem Treffen in Hanoi waren die die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, vor allem die 8. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Harare, betreffende Fragen. Die SRV, die VDRL und die VRK sind bereit, gemeinsam mit den anderen nichtpaktgebundenen Ländern alles aufzubieten, um diese Konferenz zum Erfolg zu führen und zur Lösung der lebenswichtigen Probleme beizusteuern, vor die sich die Menschheit heutzutage gestellt sieht.

Um die Einheit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bemüht und in dem Streben danach, daß sie ihr Augenmerk den dringlichsten Problemen zuwendet und sich nicht durch Diskussionen ablenken läßt, die der Solidarität innerhalb der Bewegung schaden können, hat Volkskampuchea den Wunsch geäußert, daß der Platz Kampuchea darin frei gelassen wird. Indessen sind die drei Länder Indochinas ganz entschieden gegen jeden Versuch aufgetreten, auf dem Forum in Harare Vertreter der sattsam bekannten "Koalitionsregierung des demokratischen Kampuchea" einschleppen zu lassen oder dem Forum eine Debatte über die "Kampuchea-Frage" aufzunötigen. So ein Versuch hätte nur den Zweck, die Konferenz zu torpedieren und ihre Resultate zunichte zu machen.

Vietnam, Laos und Kampuchea haben nochmals ihr aufrichtiges Interesse daran bekundet, daß in Südostasien Probleme friedlich gelöst werden. Diese Bemühungen werden von der UdSSR und den anderen Mitgliedern der sozialistischen Ländergemeinschaft, ja von allen Friedenskräften unterstützt.

J. KUSMITSCHOW

JAPAN

„Gäste“ in Sasebo

REPORTAGE

Der August ist auf den japanischen Inseln ein Monat des Gedenkens. Im August verneigen sich die Menschen vor den 350 000 Einwohnern Hiroshimas und Nagasakis, deren Tod die Menschheit erschütterte.

Am 6. August wurde in Hiroshima der traditionelle Appell verlesen. Darin heißt es: Die Zeit drängt. Es ist notwendig, unverzüglich und für immer alle atomaren Versuche einzustellen. Die Vereinigten Staaten und die UdSSR müssen ein Treffen auf höchster Ebene durchführen und praktische Schritte zur atomaren Abrüstung unternehmen. Der Bürgermeister der Stadt schlug vor, den zweiten Teil des Treffens in Nagasaki stattfinden zu lassen, der Stadt, der es bestimmt sein möge, die letzte Stadt auf der

Erde zu sein, die Zeuge eines atomaren Großbrands wurde.

In Japan nennt man die komplizierten Gefühle, die mit der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki verbunden sind, „Atomallergie“. Das ist Abscheu vor dem Atomkrieg und seinen Waffen, der Wunsch, eine Wiederholung der Tragödie im Weltmaßstab nicht zuzulassen. Das ist die Hoffnung auf den Triumph des Guten und des Friedens, die das Fließband des Todes zum Stillstand bringen. Atomallergie ist eine „Krankheit“, unter der eigentlich jeder leiden müßte. Allerdings sind viele wieder nachhaltig immunisiert!

Erst dieses Jahr schloß sich Hiroshima den mehreren Hundert Präfekturen, Städten und Dörfern Japans an, die Deklarationen gegen Atomwaffen verabschiedet haben. Nagasaki plant einen solchen Schritt, zumindest in absehbarer Zukunft, nicht, sagte man mir in der Stadtverwaltung. An eben den Tagen, als das Ewige Feuer am Grabmal der Atombombenopfer hätte allen leuchten müssen, erklärte der Generalsekretär des Ministerkabinetts, Masaharu Gotoda, daß in nächster Zeit eine endgültige Entscheidung über

die Teilnahme Japans an den SDI-Arbeiten fallen wird, weil nämlich die Parlamentsresolution, die eine militärische Nutzung des Weltraums verbietet, einer Teilnahme am „Sternenkriegs“-Programm nicht widerspreche. Ein regierungsamtliches Weißbuch zu Verteidigungsfragen wurde veröffentlicht. Darin wird die Möglichkeit geprüft, das auf 5 Jahre angelegte Militärprogramm auszuweiten. In Tokio beabsichtigt man, schon im folgenden Finanzjahr die Rüstungsausgaben über die 1976 festgelegte Marke in Höhe von 1% des Bruttosozialprodukts zu steigern. Damit will man die letzten Hemmnisse beseitigen, die einem Aufstieg Japans zur militärischen Großmacht bisher im Weg standen.

40 Kilometer von Hiroshima entfernt liegt Iwakuni. Beide Städte verkörpern etwas. Was Hiroshima verkörpert, ist klar. Was Iwakuni, versteht derjenige, der aus einem Fenster des Rathauses nach draußen schaut: Amerikanische Kampffljets starten vom Flughafen, der sich die Küste entlangzieht.

„Der US-Stützpunkt bringt unserer Stadt eine Menge

Probleme.“ Das sagen Mitsuo Saito, Mitglied des Stadtrats, und Hiroshi Makita, Vize-Vorsitzender der Verwaltungsangestelltengewerkschaft. Nicht nur, daß die Flugzeuge den Bewohnern der an der Startbahn liegenden dichtbesiedelten Wohnviertel auf den Kopf fallen können. Hochhäuser zu bauen ist uns untersagt. Industriefirmen ziehen ab, und die Einwohnerzahl sinkt. Hier ist die Luftwaffe der Marineinfanterie stationiert. Die Arbeiten zur Verlängerung der Start- und Landebahn haben eingesetzt. Neue Hangars und Lagerhallen entstehen. Die Amerikaner weigern sich zu erklären, ob es in Iwakuni Atomwaffen gibt. Die meisten Einwohner zweifeln nicht daran. Trotzdem ist die Protestbewegung hier ziemlich schlaff. Der Landstrich zeichnet sich traditionell durch seine konservative Haltung aus. Die Menschen hoffen, daß es zum Atomkrieg nicht kommt und daß Iwakuni nicht das Schicksal Hiroshimas ereilt.

Ein ähnliches Gespräch hatte ich in Sasebo, 90 km nördlich von Nagasaki. Japanische Zeitungen schreiben, daß hier, wo Schiffe der 7. Flotte konzentriert wurden, der Stützpunkt erweitert wird

NEUKALEDONIEN

Mitte August führte die Nationale Sozialistische Befreiungsfront der Kanaken ihren 4. ordentlichen Parteitag durch und brachte die Wünsche der einheimischen Bevölkerung von Neukaledonien im französischen Pazifikterritorium zum Ausdruck. Hier wurde die Strategie der Organisation beraten für die Zeit nach dem Machtantritt rechter Parteien im „Mutterland“. Im französischen Parlament sollte nämlich ein Gesetzentwurf verabschiedet werden, der vorsieht, die Kontrolle Neukaledoniens durch Paris zu verschärfen und die Vollmachten der im vorigen Jahr gewählten örtlichen Selbstverwal-

tungsorgane einzuschränken. In der Parteitage resolution wird die Kolonialpolitik des neuen französischen Kabinetts entschieden verurteilt.

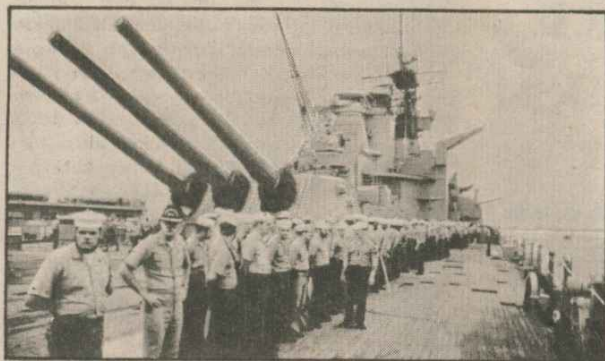
13 zum Südpazifischen Forum zählende Länder der Region richteten Anfang August an den UNO-Sonderratsausschuß für Entkolonialisierung die Forderung, Neukaledonien in die Liste der nichtselbstverwalteten Territorien einzutragen, denen Unabhängigkeit zu gewähren sei.

Frankreichs Premierminister Jacques Chirac will Neukaledonien in den letzten Augusttagen besuchen.

Kundgebung von Kanaken, die ihre Unabhängigkeit fordern.

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)





Schlachtschiff und Raketenbasis "New Jersey". Amerikanische Militärs gaben keine Auskunft, ob Atomwaffen an Bord sind... Foto: "Der Spiegel"(BRD)

und Atomwaffen gebunkert werden.

Wie um diese Pläne zu bekräftigen, lief ein US-Geschwader unter Führung der "New Jersey" den Hafen von Sasebo an. Wie die japanische Presse mitteilt, taucht vor den Ufern des Landes zum ersten Mal eine solche Masse von Schiffen mit Atomwaffen und "Tomahawk"-Flügelraketen an Bord auf. Von meinem Kollegen mußte ich mir dafür ein seltsames Argument anhören.

"Sasebo war schon immer Marinestützpunkt, zuerst der kaiserlichen Flotte und dann der amerikanischen Seestreitkräfte", erzählt Yoichi Momota, Korrespondent der "Asahi Shimbun". "Die Lebensqualität von Tausenden Hafentarbeitern, Schiffbauern und Kaufleuten hängt vom Stützpunkt ab. Jetzt sind harte Zeiten. Die Werftindustrie steckt in der Krise, und die Arbeitslosigkeit steigt."

Traurig, daß es heute, 41 Jahre nach dem ersten Atombombenabwurf, immer noch Menschen gibt, die lieber nicht an die Möglichkeit denken, daß alle diese "Tomahawks", "New Jerseys", Bomber und Atom-U-Boote einmal ihrer Bestimmung gemäß eingesetzt werden könnten...

Trotzdem will das Volk, das Hiroshima und Nagasaki durchgemacht hat, sich mit der atomaren Gefahr nicht abfinden. Die Ankunft des Geschwaders in Sasebo rief Massenproteste hervor.

Der erste Einwohner von Hiroshima, den ich in diesem

Jahr kennenlernte, war Kenji Hirayoshi, Feuerwehrhauptmann. Seine Worte habe ich noch frisch im Gedächtnis:

"Wir haben die gefährlichsten Brände löschen gelernt. Unsere Tschernobyl-Kollegen konnten ein großes Unglück im Atomkraftwerk verhindern. Kann man aber einen Brand oder eine Havarie mit einem Atomkrieg vergleichen? Es würde nichts mehr geben, womit man den löschen könnte. Einen Atomkrieg kann man nur noch verhindern."

J. TAWROWSKI
NZ-Korrespondent

Hiroshima — Iwakuni — Sasebo — Nagasaki — Tokio

ASIEN UND PAZIFIKRAUM

Gemeinsame Forderung

● DIREKT BERICHTET

Die Meldung, daß die Sowjetunion zum 4. Mal ihr Moratorium für Nukleartests verlängerte, erreichte die Teilnehmer einer Begegnung von Friedensanhängern der sozialistischen Länder Asiens in der Hauptstadt der Jakutischen ASSR. Es war der fünfte Tag einer Begegnung von Delegationen der Friedenskomitees

der Mongolei, der KDVR, Vietnams, Laos' und Kampuchas sowie des Sowjetischen Friedenskomitees in Sibirien und im sowjetischen Fernen Osten. Dieses Treffen fand anläßlich des Internationalen Jahres des Friedens statt, um aktuelle Fragen von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum zu erörtern. In einem Telegramm, das die Teilnehmer an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, richteten, begrüßten sie leidenschaftlich die neue Friedensinitiative der Sowjetunion. In einem Telegramm an Präsident Reagan appellierten sie an die US-Regierung, auf die Stimme der Vernunft zu hören, auf die weltweit zu vernehmenden Forderungen einzugehen und sich dem sowjetischen Moratorium anzuschließen.

Die Route der Teilnehmer des Treffens, die in Tynda begann, endete in Chabarowsk. Es kam zu zahlreichen Begegnungen mit Werktätigen — mit Bauleuten und Betriebsarbeitern der Baik-Amur-Magistrale, mit den Einwohnern neuer Siedlungen, die zusammen mit der BAM entstanden. Viele verhehlten ihre Begeisterung über die Leistungen der heldenhaften Neulanderschließung nicht, die in dieser rauen Region, in der Taiga und auf ewigem Frostboden, moderne Städte errichtet haben.

Die Menschheit von der Nuklearkriegsgefahr zu erlösen, das friedliche Leben der Werktätigen, der Völker des gesamten asiatisch-pazifischen Raums zu gewährleisten und zur Schaffung eines zuverlässigen Sicherheitssystems beizutragen — dazu wurde auf Meetings der sowjetischen Öffentlichkeit in Tynda, Nerjungri, Jakutsk und Chabarowsk unter Teilnahme unserer ausländischen Freunde aufgefordert.

Die Reise der Gäste durch Städte Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens endete in Chabarowsk mit einer Konferenz über Fragen von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum. In seiner Rede gab Wikenti Mat-

wejew, Leiter der UdSSR-Delegation und stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees, eine hohe Einschätzung der Rolle der Friedensbewegungen bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit der Länder der Region zum Kampf für die Festigung der Sicherheit. Die ausländischen Konferenzteilnehmer vertraten die gleichen Ansichten über die Wege zur Festigung des gegenseitigen Verständnisses und der Sicherheit. Sie unterstrichen die Rolle, die die sozialistischen Länder mit ihren konkreten Friedensinitiativen spielen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Koreanischen Friedenskomitees, Yu Hae Yong, verwies darauf, daß die Lage auf der koreanischen Halbinsel infolge der militaristischen Politik der USA, die Südkorea in ein nukleares Sprungbrett verwandeln, explosiv bleibt. Er berichtete, daß die KDVR-Regierung eine neue Friedensinitiative zur Verwandlung der koreanischen Halbinsel in eine kernwaffenfreie Friedenszone ergriffen hat.

An den Vorschlag der Regierung der MVR, eine Konvention über Nichtangriff und Nichtanwendung von Gewalt zwischen den Staaten Asiens und des Pazifikraums zu schließen, erinnerte in ihren Ausführungen die stellvertretende Vorsitzende des Mongolischen Friedenskomitees Ch. Dolgor. Jetzt sei die Zeit gekommen, da die Länder Asiens und des Pazifikraums einen konstruktiven Dialog über die Regelung regionaler Fragen auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität der Völker und des Ausschlusses einer Konfrontation führen müssen, betonte das Mitglied des Präsidiums des Vietnamesischen Friedenskomitees Pham Van Truong.

Die Teilnehmer des Treffens appellierten an die Öffentlichkeit der Länder Asiens und des Pazifikraums, die Anstrengungen und die Zusammenarbeit für eine friedliche Zukunft der Region und des ganzen Erdballs zu verstärken.

A. CHODAREWA

700 Meilen Suche nach dem „anderen Amerika“



Über die Friedensfahrt auf dem Mississippi

Von unserer Sonderkorrespondentin
Galina SIDOROWA

In Abendkleidung betraten Einwohner von Saint Paul behäbig den Saal und grüßten schon anwesende Bekannte. Die Eintrittskarten waren nicht leicht zu bekommen gewesen, denn die Darbietung war für diesen Ort ein kulturelles Ereignis. In der Nebenreihe beugte sich eine Dame zu einer Bekannten und sagte, stolz auf ihr Wissen: "Es heißt, der Komponist und Dirigent ist ein griechischer Marxist!"

Drei Stunden später wußte sich das Publikum vor Begeisterung nicht zu lassen. Die wohl situierten Amerikaner bereiteten Mikis Theodorakis eine Ovation — er war speziell nach Saint Paul gekommen, um seinen "Canto General" zu dirigieren, den er nach Versen Pablo Nerudas komponiert hatte. Auch jubelte es dem schwedischen Dirigenten Stefan Sköld zu (das Konzert war dem Gedenken an Olof Palme gewidmet, der seinerzeit dazu beitrug, daß der "Canto general" in Minnesota aufgeführt wurde), den Interpreten aus Griechenland und den USA und dem amerikanischen Dichter Robert Bly, dem Übersetzer der Verse Nerudas. Kaum hatte dieser bekanntgegeben, daß Teilnehmer der anderntags beginnenden ersten sowjetisch-amerikanischen Friedensfahrt auf dem Mississippi anwesend waren, setzte wieder ein Beifallsturm ein.

Als unser internationales "Team" gegen Mitternacht endlich ins Hotel zurückkam, standen wir alle noch immer unter dem Eindruck des Abends. Was geht mit Amerika vor? Ich blättere in einer kleinen Broschüre über die Vorbereitungen zum Konzert. Da fällt mir ein

Beitrag mit der Überschrift "Verschiedenheit und Einheit" auf. Ich lese: "Menschen und die menschliche Gesellschaft haben wie die Erde selbst ihre Unterschiede. Wir müssen lernen, das zu akzeptieren. Daraus resultiert eine Abhängigkeit voneinander und aus dieser die moralische Notwendigkeit des Zusammenwirkens... Was hindert uns daran? Vielleicht ein psychologischer Defekt vieler von uns, der uns zwingt, in allem Andersgearteten und Unverstandenen etwas 'Fremdes' zu sehen, von dem es nicht mehr weit bis zur Feindseligkeit ist? In der Nuklearära sind Vorurteile und Mißtrauen nicht nur gefährlich. Sie sind potentieller Selbstmord, denn sie tragen die Drachensaat der globalen Vernichtung in sich."

Dieser Appell zum Umdenken, die Eindrücke vom Konzert und die Devise der Friedensfahrt selbst (ein amerikanischer Zeichner hat einen Dampfer gezeichnet, dessen Bug der der sowjetischen "Alexander Puschkin" und dessen Heck das der amerikanischen "Delta Queen" ist), ihre Devise, die lautet: "In einem Boot in der Nuklearära", verschmolzen zur Kardinalfrage, ob die Amerikaner im "Herzen Amerikas" — so werden die Bundesstaaten, durch die wir fahren sollten, traditionsgemäß genannt — wirklich bereit sind, die Umwelt und sich selbst in dieser Welt mit neuen Augen zu sehen. Sind sie bereit, die Idee der gegenseitigen Abhängigkeit zu akzeptieren?

Ich habe auf meiner Suche nach der Antwort einen Mann um Hilfe gebeten, der seine Landsleute so gut wie kein

anderer kennt: Mark Twain oder vielmehr seinen jetzigen "Doppelgänger" Bill McLinn, der an der Fahrt teilnahm. Bill ist in den USA der bekannteste Darsteller Mark Twains und Interpret seiner Werke. Er ist eine Ein-Mann-Bühnentruppe. Einst studierte er an der Universität Berkeley internationale Beziehungen und politische Wissenschaften. Deshalb empfindet man seinen Twain wie einen Zeitgenossen, einen Schriftsteller und Denker über Gegenwartsprobleme Amerikas, in erster Linie desjenigen von Krieg und Frieden, und der fähig ist, die Amerikaner dahin zu bringen, daß sie sich selbst wie von der Seite sehen.

"Mark Twain zeigt meinen Landsleuten, wie wenig sie sich geschichtlich und kulturell seit 100 Jahren verändert haben", sagt Bill. "Wir sind noch immer selbstsicher, egozentrisch und überheblich, belehren gern andere und hören auf niemanden. Übrigens riet uns Mark Twain, wie wir einige unserer 'Komplexe' überwinden können. In seinem 'Einfaltspinsel im Ausland' schrieb er, daß Begegnungen mit Angehörigen anderer Nationen für die Amerikaner lehrreich sind, weil sie ihnen zu der Erkenntnis verhelfen, daß es auch andere Menschen und andere, nicht minder beachtliche Meinungen als ihre eigenen gibt. Die meisten amerikanischen Teilnehmer der Fahrt haben die Notwendigkeit erkannt, die Welt und das Problem, wie das Leben auf der Erde erhalten bleiben kann, nüchtern zu sehen. Diese Fahrt ist wichtig, denn wir müssen noch viele meiner Landsleute hiervon überzeugen, nicht nur am Mississippi."

Alle Mann an Deck!

26. Juli. Auf dem Strom von Samuel Clemens, der unter dem Pseudonym Mark Twain weltbekannt ist, treten wir die Fahrt auf der Route an, die im vergangenen Jahrhundert die Vorfahren der heutigen Bewohner von Minnesota, Wisconsin, Iowa, Illinois und Missouri auf der Suche nach Neuland und auf der Jagd nach Glück nahmen. Unsere Reise ging von Saint Paul in Minnesota bis Saint Louis, Missouri. Schon die Namen der Städte, wo wir anlegen, sind Geschichte. La Crosse hieß ein uraltes Ballspiel der Indianer, Prairie du Chien war eine Indianersiedlung, an deren Stelle Frankoamerikaner eine Faktorei zum Ankauf von Fellen gründeten. Siedler aus Norwegen und Deutschland flößten auf dem Mississippi Holz und ließen sich an seinen Ufern nieder.

Vorüber ist die Zeit, als auf dem großen Strom 11 000 Raddampfer verkehrten und einander grüßten. Der letzte ist die "Delta Queen" (Königin des Deltas), sie figuriert im Landesregister der Denkwürdigkeiten und steht für

Touristen bereit. Dieses Mal hat sie eine besondere Mission: An Bord sind 46 sowjetische und 130 amerikanische Teilnehmer einer Friedensfahrt.

Die 60jährige "Queen" tritt bei den Klängen eines ebenso alten Leierkastens auf dem Promenadendeck würdevoll die Fahrt an. Uns tönen Rufe von Kindern in T-Shirts mit der Aufschrift "Ja lublu russki jasyk" (Ich liebe die russische Sprache) und gute Wünsche zahlreicher Erwachsener nach, in denen die Schreie ultrarechter Fanatiker untergehen.

Am meisten strahlen wohl die Leiter der Organisation "Für einen festen Frieden", Howard und Alice Frazier. Vier Jahre lang leiteten sie amerikanische Friedensfahrten auf der Wolga und in den beiden letzten Jahren hatten sie alles getan, um das erträumte Treffen mit sowjetischen Freunden auf dem Mississippi zustande zu bringen. Alice ist eine pensionierte Lehrerin, Howard war bis 1972 unter allen US-Regierungen, angefangen von derjenigen Franklin Roosevelts, Regierungsbearbeiter. Wie kommt es, daß das Ehepaar, ihre Kinder und sogar ihre Enkel so viel Zeit und Mühe auf den

"Herzens Amerikas" das ehrlich zu begreifen wünschen. Die Bürgermeister aller Städte, bei denen wir anlegten, erklärten den Tag zum Tag des Friedens und der Freundschaft mit der UdSSR.

Am meisten verblüffte uns aber wohl etwas anderes.

In der ersten Nacht an Bord ertönte der Ruf: "Alle Mann an Deck!" Verschlafen, wie wir waren, begriffen wir nicht gleich und verließen gehorsam unsere Kajüten. Die "Queen" befand sich in einer der zahlreichen Mississippi-Schleusen. Am Ufer drängte sich eine Menge mit Spruchbändern, auf denen in russischer Sprache Willkommensgrüße an die sowjetischen Freunde und "Frieden und Freundschaft" standen. Eltern hatten ihre Kinder mitgebracht, denen man es nicht ansah, daß sie um diese Zeit gewöhnlich schlafen. In den Schleusen darf man nicht an Land gehen, deshalb konnten wir uns nur einiges zurufen.

"Woher wußten Sie, daß wir kommen?"

"Es stand gestern in der Lokalzeitung. Schön, daß Sie da sind. Also wird es besser."

man in der Zeitung, daß welche ruiniert worden sind."

"Sorgen haben sie mehr als genug", versetzte er nachdenklich. "Und doch interessiert man sich in Iowa mehr als anderwärts für den Stand unserer Beziehungen zu Ihnen und will Freundschaft und Zusammenarbeit. Wir waren doch jahrelang Handelspartner! Manche haben übrigens das Schrumpfen des Handels mit der UdSSR am eigenen Leibe gespürt. Hier sehen viele ein, daß wir ein Teil der großen Welt sind."

Merlyn Bradley, ein 63jähriger Farmer in vierter Generation, sagte mir das auch, als wir uns die Hände drückten, und Terry Logan, Ingenieur im Traktorenwerk Caterpillar in Davenport, das infolge der Notlage der Farmer nur zu einem Drittel ausgelastet ist, sagte es so: "Wir brauchen einander. Klar! Unser Betrieb arbeitet mit Ihnen zusammen. Aber Russen sehe ich zum ersten Mal. Sie sind ja genau wie wir."

Allerdings wandten sich ein paar Angestellte dieses Betriebs, als wir herantraten, ab...

Täglich diskutierten die Teilnehmer der Fahrt in Arbeitsgruppen, und gab es bei konkreten Abrüstungsmaßnahmen so gut wie keine Differenzen, so war die Diskussion über die Ursachen der Vorurteile und des Mißtrauens unserer Völker füreinander und über Methoden zu ihrer Überwindung manchmal recht hitzig. Wir haben uns immer wieder davon überzeugt, daß es auf die Frage, ob die Amerikaner bereit sind, die Welt mit neuen Augen zu sehen, keine eindeutige Antwort gibt.

Es war interessant zu hören, was die Amerikaner über sich selbst denken.

"Wir sind an keiner Regierung interessiert, aus der wir nicht ein paar Dollar mehr herausholen können."

Oder so: "Wir sind einfach einer zu hohen Meinung von uns selbst und halten uns für die allerbesten. Wir möchten alle so haben, wie wir mitsamt unseren Vorzügen und Unzulänglichkeiten sind, und vergessen, daß andere Völker über vieles anders denken."

Oder: "Es gibt noch Leute, die keine Arbeit und keine Bleibe haben und arm sind. Die kümmern sich nicht um Weltprobleme."

Oder: "Ich weiß nicht, wie es mit der UdSSR ist, aber die USA brauchen ein Feindbild, eine Ausgeburt alles Bösen. Wozu sonst Waffen produzieren? In der Darstellung einer solchen Gestalt haben es bei uns Fernsehen, Presse und Film weit gebracht. Was wir zu sehen bekommen, sind keine wirklichen, sondern entstellte Russen. Ein Austausch mit den Russen ist nötig. Man kann ein Land schwerlich hassen, in dem man Freunde hat. Man versteht so ein Land leichter."

Nach einer Sitzung fragte ich Admiral a. D. LaRocque, der dem großen Washingtoner "Zentrum für Verteidigungsinformation" vorsteht, nach seinen Eindrücken von unseren Diskussionen.



Die erste Vertrauensbrücke
Foto: Autorin

Ausbau der Kontakte zwischen Sowjetbürgern und Amerikanern aufwenden? "Wie das kommt?" fragt Howard verwundert. "Jetzt geht es besonders darum, daß möglichst viele Amerikaner folgendes begreifen: Abgesehen von den Unterschieden haben wir ein gemeinsames Ziel, den Frieden. Wir können es nur gemeinsam erreichen, nur indem wir unsere Ängste und unser Mißtrauen gegeneinander überwinden. Ich möchte, daß meine Landsleute sehen, daß die Russen genau solche Menschen wie wir sind und daß man mit ihnen Freundschaft halten kann und soll."

Während der acht Tage der Fahrt erkannten wir, wie viele Bewohner des

Abzeichen, Ansichtskarten und Luftballons flogen von hüben nach drüben.

Ja oder nein!

Als wir in Davenport (Iowa) hielten, kam ich mit dem Bürgermeister, Mr. Thomas Hart, ins Gespräch. Er hatte 19 Geschwister, und sein Gemeinschaftssinn aus der Kindheit hat bei der glänzenden Organisation unseres Treffens einschließlich des gemütlichen Mittagstischs auf dem Hof des Bürgermeisters gewiß eine Rolle gespielt.

"Die Leute hatten begeistert alles vorbereitet", sagt er.

"Erstaunlich, daß sich Farmer so für uns interessieren. Die haben ja in den letzten Jahren genug Sorgen. Andauernd liest

"Seitdem ich denken kann, habe ich im Pentagon einen Kernwaffenkrieg gegen Sie geplant", sagte er. "Ich selbst habe am zweiten Weltkrieg, am Korea- und am Vietnam-Krieg teilgenommen und endlich begriffen, daß der Krieg die dümmste Methode ist, Konflikte zwischen Ländern aus der Welt schaffen zu wollen, und daß ein Kernwaffenkrieg Irrsinn ist. Für Washington ist die UdSSR aber ein Gegner. Wir trauen ihr nicht. Warum nicht? Weil sie ein anderes, uns fremdes politisches System hat. Ich persönlich möchte allen sagen: Den Russen können wir trauen. Wir können daran glauben, daß sie im eigenen Interesse handeln werden, und sie sind daran interessiert, es zu keinem Krieg kommen zu lassen. Die UdSSR weiß, daß ihre Sicherheit von der der USA abhängt und umgekehrt. Was die Bereitschaft der Amerikaner zum Umdenken in Begriffen der Zusammenarbeit mit Ihnen betrifft, so bleibt uns noch eine Menge zu tun."

Mit offenen Augen

Die Fahrt ging zu Ende. Bei unserem letzten Aufenthalt in Hannibal, Mark Twains Vaterstadt, kam ich auf mein Gespräch mit Bill McLinn zurück. Anlässlich des Besuchs von Becky Thatcher und Tom Sawyer, die in Begleitung des Bürgermeister zu uns auf die "Queen" kamen, verwandelte sich Bill in Mark Twain. Sogar seine Stimme war anders. Wir unterhielten uns über Gutes und weniger Gutes, und Bill zog den Schlußstrich:

"In vieler Hinsicht sind wir wie vor 100 Jahren. Aber wir verändern uns ja doch. Einstein sagte einmal, wenn wir die kritische Masse der Erkenntnis dessen erreicht haben, wie man etwas auf neue Art macht, könne die ganze Kultur über Nacht anders werden. Manchmal reichen zum Entstehen dieser kritischen Masse 5 Prozent der Bevölkerung."

Einstein hat aber noch etwas anderes gesagt: Heutzutage könne die Menschheit die von ihr selbst geschaffenen Probleme nicht auf dem Denkniveau lösen, auf dem sie sie geschaffen hat. Ich blickte auf die vorüberziehenden Ufer des Mississippi und konnte nun erst recht die Schnelligkeit schätzen, mit der sich die neue Denkweise fest bei meinen Landsleuten auf einem anderen großen Strom, der Wolga, eingebürgert hat, die ihrem amerikanischen Bruder so ähnlich ist, während sie sich in Amerika nicht so leicht durchsetzt.

Mag sein, daß die Amerikaner gerade hier, im Herzen Amerikas, wo die Kameradschaftlichkeit immer groß war und die Menschen einander in schwerer Stunde zu Hilfe kamen, in der Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens, der kritischen Masse näher gekommen sind.

Mag sein, daß das Interesse für die Friedensfahrt beim einfachen Volk wie auch bei der lokalen und nationalen Presse und beim Fernsehen kommende Veränderungen ahnen läßt. Oder die Tatsache, daß in einer Buchhandlung in Burlington, Iowa, die "Prawda" in englischer Sprache zu haben ist (der Verkäufer sagte mir, daß sie in Minneapolis, Minnesota, bestellt wird). Oder die Tatsache, daß die Fernsehgesellschaft KTCA in Saint Paul jeden Monat ein einstündiges Programm aus Meldungen des Nachrichtenprogramms des Moskauer Fernsehens ausstrahlt, das von einer Universität über einen Fernsehsatelliten empfangen wird. Oder daß tausend Menschen im Süden Iowas am Mississippi die "Delta Queen" mit der alten amerikanischen Hymne "Amerika, du schönes!" empfangen und dann zu den "Abenden bei Moskau" überleiteten. Oder daß die Senatoren Simon und Pell sowie die Mitglieder des Repräsentantenhauses Leach und Morrison im Kapitol bereitwillig Teilnehmer der Fahrt empfangen.

New York. 8. August. Im UNO-Gebäude. Wir Vertreter der sowjetischen und der amerikanischen Friedenskämpfer treten nacheinander an einen Tisch, auf dem der "Friedensappell an die Völker" in russischer und englischer Sprache liegt. Am Vortag wurde die gemeinsame Stellungnahme bis spätabends Wort für Wort formuliert: ein kontrollierbares allgemeines und vollständiges Verbot der Nukleartests zu erzielen; sämtliche A-, C- und biologische Waffen einzufrieren, stufenweise zu reduzieren und schließlich zu liquidieren; die Ressourcen für militärische Zwecke auf humanitäre umzuleiten; die Kontakte zwischen Menschen auszubauen. In einem Jahr sollen von Millionen in beiden Ländern unterzeichnete Petitionen mit diesem Wortlaut den Spitzenpolitikern der UdSSR und der USA sowie dem Generalsekretär der UNO zugeleitet werden.

Während ich meine Unterschrift unter den Appell setze, muß ich an den Abend in Saint Paul denken. Eine kleine Broschüre, die die Veranstalter des Konzerts verteilten, enthielt eine Art gewisses Kredo des Menschen im Nuklearzeitalter. Da stand: "Ich gehöre zur Familie der Menschen. Meine Heimstatt ist die Erde. Mein Erbgut sind die Leistungen von Männern und Frauen in Jahrhunderten. Mögen wir unserer Familie nie schaden. Mögen wir niemals denen schaden, die nach uns kommen." Viele Amerikaner, die uns auf unserer Fahrt auf dem großen Strom empfangen, und auch andere sind bereit, das als ihr Kredo anzuerkennen. Sie sind das Neue Amerika. Viele müssen noch sehen lernen, wie klein unsere Welt ist und wie sehr sie es nötig hat, daß wir alle uns als Passagiere eines und desselben Schiffs — der Erde — fühlen.

Washington--Saint Paul--Saint-Louis--
New York--Moskau

In Washington, das für drei Ferienwochen vom Präsidenten mit seinen Beratern und den Abgeordneten verlassen wurde, wird erregt von "radikalen Veränderungen" gesprochen. Mary McGrory, Kommentatorin der "Washington Post", schrieb sogar von dem "Banner der Rüstungskontrolle", das der Kongreß hiße. McGrory beleuchtete schon viele Jahre das politische Leben der Hauptstadt. Ihr kritischer Verstand und die langen Erfahrungen zwingen sie, die von Natur aus zur Ironie neigt, zu unverhohlenem Sarkasmus zu greifen. Mit diesen gewohnten Farben malt sie auch die letzten Ereignisse im Kongreß.

Wer ist dort unter den Bannerträgern? Les Aspin im Repräsentantenhaus und Bennett Johnston im Senat. Selbst wenn man es sehr wollte, fällt es wirklich schwer, sich Sarkasmus zu verweigern.

Aspin bekleidet das wichtige Amt des Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses. Das erhielt er für sein Versprechen, die Bewegung gegen die MX-Raketen im Repräsentantenhaus zu leiten. Er brach sein Versprechen gleich nach der Wahl. Dann weigerte er sich, die Pläne für einen Abbau der Rüstungsausgaben zu unterstützen. Danach bildete sich eine Meinung heraus, die kurz wie folgt formuliert wurde: "Aspin ist für eine führende Position nicht geeignet." Und als eine neue Kandidatur auftauchte, die schnell Anhänger fand, stellte sich Les Aspin überraschend an die Spitze der Kräfte, die für ein Verbot der Nukleartests eintreten.

Bennett Johnston gehört zu den Falken. Jetzt aber kämpft er um das Amt des Führers der demokratischen Minderheit, das Robert Byrd innehat, und so hofft er, sich durch Anschluß an die Gegner erhöhter SDI-Bewilligungen Unterstützung im Senat zu sichern.

So sieht es bei näherer Betrachtung mit den Bannerträgern im Kongreß aus. Und doch nennt Mary McGrory, die mit Prinzipienlosigkeit nicht aus zweiter Hand vertraut ist, den vom Repräsentantenhaus verabschiedeten Antrag auf ein einjähriges Moratorium bei den Kernwaffentests einen "Wendepunkt". Und zwar nicht, weil er auch von eingeschworenen Falken unterstützt wurde, sondern weil diese sich dem Antrag schon nicht mehr widersetzen konnten, genauer gesagt, das neue Kräfteverhältnis nicht mehr zu ignorieren vermögen.

Unerwartet für die meisten Beobachter entwickelten sich die wichtigsten Ereignisse Mitte August, als der Kongreß wie gewöhnlich vor seinen Ferien fieberhaft noch möglichst viele unerledigte Dinge abhaken wollte. Nachdem sich der Staub gelegt hatte, der durch Kulissenkämpfe, gegenseitige Beschuldigungen und Abmachungen sowie mitternächtliche Sitzungen aufgewirbelt worden war, sollte der Kongreß laut seine Ablehnung von "Grundelementen der Politik Reagans im

Mißstimmungen

Kongreß und Weißes Haus: zunehmende Differenzen

Bereich der Verteidigung und der Rüstungskontrolle" (so eine Zeitung) bekunden.

Wie ernst diese Herausforderung ist und zu welchen Folgen sie führen kann, ist noch nicht abzusehen. Doch allein schon die Tatsache verdient Aufmerksamkeit.

Bei der Erörterung der Gesetzesvorlage der Regierung über den Rüstungshaushalt für das am 1. Oktober beginnende Finanzjahr 1987 billigte das Repräsentantenhaus folgende Änderungen:

- Mit großer Mehrheit stimmte es für die Einführung eines einjährigen Moratoriums für Nuklearexplosionen von über 1 kt (jetzige Obergrenze 150 kt) ab 1. Januar;

- Bewilligungen für die Aufstellung von Nuklearsystemen, die über den Rahmen des SALT-2-Vertrages hinausgehen, werden verboten;

- Für ein weiteres Jahr wird das am 30. September auslaufende Verbot für die Erprobung von Antisatellitenwaffen verlängert;

- Mit 210 gegen 209 Stimmen ließ es das Verbot für die Produktion binärer C-Waffen in Kraft bleiben;

- Mit 239 gegen 176 Stimmen werden die Bewilligungen für das "Sternkriegs"-Programm gekürzt: Statt der von der Administration beantragten 5,3 Md. Dollar werden vom Repräsentantenhaus 3,1 Md. und vom Senat 3,95 Md. Dollar bestätigt;

- Schließlich wird der Rüstungshaushalt um 34 Md. Dollar gekürzt: auf 286 Md. statt der von Regierung beantragten 320 Md. Dollar.

Zeichnung: W. Peskow

All diese Entscheidungen sind nicht endgültig. Sie müssen im Vermittlungsausschuß des Kongresses im September erörtert werden, um die Differenzen zwischen Repräsentantenhaus und Senat beizulegen. Die Haushaltsschlachten im Kongreß sind also noch lange nicht vorbei, wenn bis zum Beginn des neuen Finanzjahres auch nur wenige Wochen bleiben. Der Präsident seinerseits hatte bereits mit dem Veto gedroht. Ferner sei an die Inkonsistenz des Kongresses erinnert, die sowohl durch die offene Unentschiedenheit des Senats als auch die Zaghaflichkeit des Repräsentantenhauses deutlich wird. So ist das Votum für den Antrag, ein Moratorium für Nukleartests ab 1. Januar und nicht früher zu erklären, kein Zufall. Das erlaubt es dem Pentagon, zwei geplante Explosionen durchzuführen, von denen eine besondere Bedeutung hat: Der neueste Sprengkopf für die Trident-2-Rakete soll getestet werden.

Nichtsdestoweniger widerspiegeln die Ergebnisse der Abstimmung über das Pentagonbudget, wie der Kongreßabgeordnete Thomas Foley sagte, daß man mit dem "Stand der Rüstungsausgaben nicht einverstanden" ist und die Administration zu "ernsthaften Anstrengungen bei der Rüstungskontrolle" drängen will. Erstmals wird der Versuch unternommen, das Wettrennen durch ein Verbot von Nukleartests zu stoppen — zudem nicht mittels einer unverbindlichen Resolution, sondern durch Zusatzantrag zu einer Gesetzesvorlage.

Natürlich lassen sich die Abgeordneten von verschiedenen Erwägungen leiten, die nicht selten mit Rüstungskontrolle nichts zu tun haben. Das unterstreicht auch Mary McGrory. Sicher wird dabei an die Wahlen am

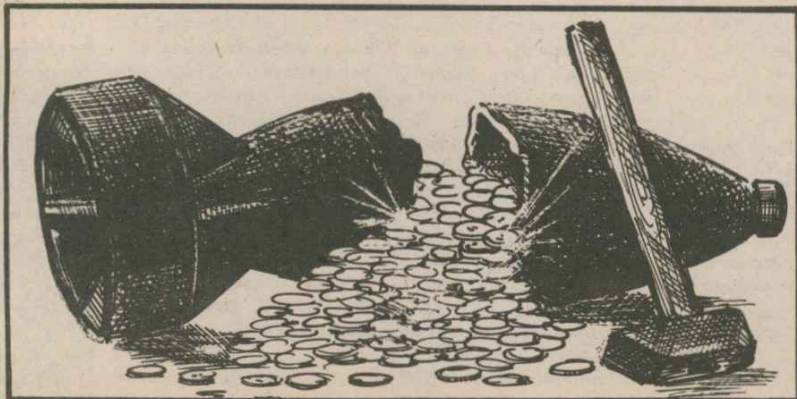
4. November gedacht, wenn das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats zur Neuwahl anstehen. Unschwer versteht man da Profilierungswünsche. Doch diesmal geschieht das wohl vor allem auf Wunsch der Wähler. Nach Meinung der Kongreßabgeordneten, schreibt die "Washington Post", bringen die Abstimmungsergebnisse im Repräsentantenhaus "eine immer skeptischere Haltung im Lande sowohl zur Aufstockung des Rüstungspotentials als auch zur Entschlossenheit Reagans zum Ausdruck, ein neues Rüstungskontrollabkommen zu erreichen". Die Ereignisse im Kongreß zeugen davon, daß dieser Faktor eine immer größere Rolle spielt.

Zu Beginn des Billionenprogramms der "Umrüstung" versprach Ronald Reagan, "die Sicherheit Amerikas zu festigen". Sichtbares Ergebnis schon jetzt wurden die jähe Zunahme der internationalen Spannungen und der faktische Verzicht auf die Suche nach einem Ausweg aus der nuklearen Sackgasse. Hochrüstung und Rüstungskontrolle sind unvereinbar. Oberdies begann die jetzige Administration, die im Bereich der Rüstungskontrolle buchstäblich nichts getan hat, den von der UdSSR und den USA in den 70er Jahren geschaffenen Mechanismus zu demontieren. Die Erklärung des Präsidenten vom 27. Mai d. J., die USA würden sich nicht mehr an die quantitativen Beschränkungen für Nuklearsysteme aus dem SALT-2-Vertrag halten, und die Attacken auf den ABM-Vertrag sind bezeichnend. Nicht nur die Anhänger von Verhandlungen, von denen es in den USA immer mehr gibt, waren besorgt. Korrespondenten der "Washington Post" melden: "Jetzt erklären die Führer des Kongresses direkt, keine von Reagans Initiativen, was die Ausgaben für strategische Rüstungen, einschließlich SDI, angeht, würde es überleben, wenn ihn die Schuld für das Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen treffen würde."

Unterdes verdichten sich schnell die Wolken am ökonomischen Horizont. Die spürbare Flaute zeugt davon, daß das Land in eine weitere Rezessionsphase tritt.

All diese Tatsachen, die allein schon bedeutsam genug sind, zeigen den besonderen Ernst des Augenblicks. Die Folgen des Kurses, den die USA 1981 eingeschlagen haben, sind jetzt schon glasklar. Die zwischen Exekutive und Legislative deutlich gewordenen Differenzen zeigen, wie groß die Besorgnis ist. So ergibt sich die Notwendigkeit einer Rückkehr zur Entspannung, eines Verzichts auf die überholten Vorstellungen von militärischer Gewalt und Krieg als Instrument der Politik. Die Haltung der Sowjetunion gibt eine Chance, zu historischen Vereinbarungen zu gelangen.

J. GUDKOW



ZU UNABHÄNGIGKEIT VERURTEILT...

Die Völker müssen ihre Unabhängigkeit normalerweise erkämpfen. Im süd-afrikanischen Bantustan Kwanabele wird aber dafür gekämpft, daß eine Unabhängigkeit verhindert wird.

Kwanabele ist eines der 10 Bantustans, die von den RSA-Behörden auf 14% des Territoriums gebildet wurden. Die tragende Idee bestand darin, die Mehrheit der 25 Millionen zählenden schwarzen Bevölkerung dort hinter Schloß und Riegel zu halten. Alljährlich wird etwa eine halbe Million Schwarze aus RSA-Städten in die Bantustans deportiert. Die Bantustans Transkei, Ciskei, Bophuthatswana und Venda sind bereits zu "unabhängigen Staaten" erhoben worden — auf dem Papier.

Man stellt sich das so vor: Erstens entledigt sich Pretoria jeglicher Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung der Bantustans. Zweitens stellen die "diplomatischen Beziehungen" zu den neuen "Staaten" eine erquickliche Fata Morgana in der Wüste der weltweiten Isolation des Apartheid-Regimes dar.

Kwanabele (etwa 400 000 Menschen auf 350 000 ha steinigem Boden) soll am 11. Dezember "unabhängig" werden. Die Wirtschaft Kwanabebes glänzt laut der französischen "Le Matin" durch Abwesenheit. In 12 einzelnen Teilen des Bantustans gibt es keine Bodenschätze, keine Industrie. Ackerbau zu treiben bedeutet dort Hungertod auf Raten. Kwanabele ist praktisch eine riesige Schlafstelle. Eine einzige Asphaltstraße führt dahin. Morgens gegen 3 oder 4 Uhr werden die fröstelnden Afrikaner

von Bussen abgeholt und in die Fabriken von Pretoria oder Johannesburg gebracht. Abends gegen 21 Uhr kehren sie in den gleichen Bussen wieder zurück. So verbleiben am Tage in Kwanabele lediglich Kinder, Familienangehörige des König Mabokho Malangu und die "Regierung".

Die Mehrheit des Ndebele-Stammes lehnt eine "Unabhängigkeit", die nichts, anderes als noch ärgeres Elend bringen soll, ab. Die Arbeiter aber, die über Nacht "Ausländer" werden, büßen in der RSA ihre kargen Rechte nunmehr ganz ein. Die Ndebeles erhoben sich zum Kampf, den die hiesige "Regierung" mit Hilfe der Gruppe der Ordnungshüter "Imbokotho" unterdrücken wollte. Es wurde gemordet und gequält. Anfang August wurde jedoch der Innenminister und "Imbokotho"-Chef umgebracht. Die Ordnungshüter verschanzten sich in einem Lager, das von RSA-Soldaten beschützt wurde.

Schließlich mußte die hiesige "Regierung" am 15. August offiziell die angebotene "Unabhängig-

keit" ablehnen. Doch das letzte Wort bleibt leider bei Pretoria.

HUT UND GEHSTOCK



Der Biograph Charlie Chaplins, David Robinson, ließ es sich viel Mühe kosten, damit der Hut und der Gehstock des großen Filmkomikers in England verbleiben. Auf seine Initiative hin sammelten mehrere Vereine und Privatpersonen Geld, mit dem dieses Beiwerk, das bereits Reliquienwert hat, bei einer Versteigerung gekauft werden konnte. Ausländische Interessenten zogen den kürzeren, nachdem die englischen Chaplin-Fans den Preis auf 15 000 Pfund getrieben haben. Hut und Gehstock sollen nun im Londoner Film-Museum ausgestellt werden.

● WISSENSCHAFT

EIN "LOCH" ÜBER DER ANTARKTIS

Etwas Geheimnisvolles liegt in der Luft über der Antarktis — der Ozonanteil geht in erschreckendem Tempo zurück. Im Oktober, wenn in der südlichen Hemisphäre der Frühling anbricht, entsteht in der Ozonschicht, die die Erde

vor ultravioletter Strahlung schützt, ein Loch. Beginnt der Sommer, dann ist es wieder weg, doch im nächsten Jahr entsteht es abermals und wird noch größer. 1985 betrug die Öffnung in der Ozonschicht soviel wie die Fläche der USA.

Das Ozon wird durch Stickstoffoxyde (Verbrennungsprodukte) sowie Freone zerstört, die z. B. in Kühlschränken und Brandschutzmitteln verwen-

det werden. Die Ozonanteilverminderung kann unheilvolle Folgen haben: Verbreitung von Krebs-erkrankungen, Vernichtung einiger Arten der Seefauna und sinkende Erträge in der Landwirtschaft.

Auf dem Satelliten-Foto ist das Loch in der Ozonschicht über dem Südpol sichtbar

● Ein Gebiet im Norden Englands verwarf ein "sowjetisches Territorium": Dort wurden sowjetischer Kampfflugzeuge, Panzer und Alles aus Holz und Pappe. 70 Kamp-8 NATO-Ländern stürmten die "Sowjets".

● Ab 1987 wird in allen französischen Flugticketsteuer eingeführt. Die Einkünfte aus Terrorismus-Bekämpfung finanzieren.

● In Shenyang ist erstmalig in der VR China ein Kollektivbetrieb (er gehörte gehörigen auf gemeinschaftlicher Grundlageschäftigten Pleite gegangen. Der Bankrott def werden, wenn die Schulden eines Gesamtwert der Immobilien übersteigen und mehr als 80% der Grundfonds betragen.

● Das UNO-Sekretariat veröffentlichte ein dem die "Heritage Foundation" vorsätzlich banaler Ignoranz beschuldigt wird. In einem dem Titel "Moskaus Hochburg in Manhattan" "Heritage Foundation" wissen, daß das UNO-Sekretariats, das die Konferenzen Ostblockvertretern kontrolliert wird". Angaben per 31. Dezember 1985 wurden insgesamt 116 Posten von USA-Bürgern bei Mitarbeitern aus Westeuropa und led Bürgern der UdSSR und der anderen Länder.

● Laut der Zeitung "Lloyd's List" sind d. J. bei Kampfhandlungen im Persischen Schiffe angegriffen worden. Seit Beginn irakischen Krieges 1981 hat die Zahl der S Passieren der internationalen Gewässer k den, 200 erreicht. Es sind immer mehr Me beklagen: Bis Ende 1985 kamen 50 S diesem Jahr sind bereits 20 gefallen und worden.

det werden. Die Ozonanteilverminderung kann unheilvolle Folgen haben: Verbreitung von Krebs-erkrankungen, Vernichtung einiger Arten der Seefauna und sinkende Erträge in der Landwirtschaft.

Auf dem Satelliten-Foto ist das Loch in der Ozonschicht über dem Südpol sichtbar

Foto aus:
"International
Herald Tribune" (USA)

"NEUE ZEIT" 35.86

NEORELIGION ?

Am Stadtrand des Kurortes Hayden Lake (Bundesstaat Idaho) steht die hölzerne Jesus-Christus-Christen-Kirche. Allerdings haben die Predigten des hiesigen Pastors Richard Butler mit der christlichen Nächstenliebe nichts gemein. Das Wesen der Neoreligion Butlers ist äußerst einfach: Vom Kain stammen alle Juden, von denen stammt alles Übel — der internationale Kommunismus, der politische Liberalismus. Den Ideen dieser neonazistischen Predigten entsprechen auch die äußeren Kennzeichen des Hirten.

Die Gemeinde des "braunen" Pfaffen beträgt lediglich 200 bis 300 Mann. Seine Ideen fanden aber eine warme Aufnahme bei fast allen US-amerikanischen Rechten. Der Pastor steht allen zu Diensten. Für Ku-Klux-Klan-Leute läßt er vor seiner Kirche ein Kreuz aus Holz in Flammen aufgehen. Für die Verfechter des "reinen Bluts" schlägt er eifrig vor, dort, wo sich jetzt die 5 Nordwest-Staaten befinden, ein neues "viertes Reich" zu gründen. Butler erklärte sich bereit, zwei Terroristen zu unterstützen, die im Mai eine Schule in



Wyoming besetzt und 300 Mio. Dollar für die Fortpflanzung der weißen Nation gefordert haben.

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

KURZE NACHRICHTEN

Ungeachtet der Appelle, Sanktionen gegen die RSA zu verhängen, haben vier US-amerikanische "Weizen"-Staaten Exportabkommen über Lieferungen nach Südafrika abgeschlossen.

Die Militärregierung des Präsidenten Babangida, die seit einem Jahr an der Macht ist, begann mit der Verlegung der Hauptstadt Nigerias aus dem überbevölkerten Lagos nach Abuja. Dort wurden ein überdimensionaler Präsidentenpalast und das zweitgrößte Hilton-Hotel der Welt im Wert von 230 Mio. Dollar errichtet.

Dutzende Soldaten und Offiziere aus den Strafeinheiten des ehemaligen Rassistenregimes von Ian Smith, die nach der Erringung der Unabhängigkeit durch Simbabwe in die RSA flohen, gehören heute zu den Contras, die sich auf dem Territorium von Honduras eingenistet haben.

Die Abgeordnetenkammer des argentinischen Nationalkongresses nahm ein Gesetz über die Ehescheidung an. Es wird nach der Bestätigung durch den Senat in Kraft treten. Das Gesetz sieht die Auflösung der ehelichen Bindungen und die Möglichkeit, eine neue Ehe zu schließen, nicht vor. Über zwei Millionen Argentinier werden damit zu Rechtsverletzern wider Willen erklärt.

GESUNDHEIT

"VERBAND" FÜR HERZ

Der US-amerikanische Chirurg George Magovern aus der Allegheni-Klinik der Stadt Pittsburgh konnte laut der Zeitschrift "Time" eine Methode erfinden, wie man die Pumpfunktion des Herzens wiederherstellen kann. Bei einer fünfstündigen Operation trennte er den breiten Rückenmuskel ab und transplantierte ihn in den Brustkasten. Der Chirurg wickelte so das Herz in ein Verband aus Muskeln.

Auf dem Operationstisch lag damals Mary Jones (46), die mit einem Aneurysma der linken Herz-

kammer eingeliefert wurde. Eine Woche später pflanzte Dr. Magovern einen Elektroschrittmacher an den transplantierten Muskel und ließ ihn sich zusammen mit dem Herzen zusammenziehen und das Blut bewegen. Nach einem Jahr machte Mary Jones, die vorher zweimal einen Herzinfarkt erlitten hatte und die Haustreppe kaum erklimmen konnte, bereits Spaziergänge von 2 bis 3 km und spielte mit ihrer Tochter sogar Basketball.

Auf seine Idee ist Dr. Magovern durch Zufall gekommen. Eines Tages mußte er einen Kranken wegen einer Verlagerung des Herzschrittmachers operieren. Der Brustmuskel des Patienten, der vom

"heruntergefallenen" Gerät irrtümlich stimuliert wurde, hatte seinen Umfang verdoppelt und keine Ermüdungsanzeichen gezeigt. Also funktionierten Skelettmuskel bei Elektrostimulation genauso wie der Herzmuskel.

Der Herzchirurg Larry Stephenson aus Pennsylvania meint, der Einsatz einer winzigen Blutpumpe, hergestellt aus einem Rückenmuskel, kann die Blutversorgung um 20% erhöhen. Derartige "Hilfspumpen" kann man praktisch überall im Körper unterbringen. Nach Stephensons Meinung läßt ihr Einsatz auf mehrere gefährliche Herzeingriffe sowie auf Transplantationen verzichten.

NAMEN UND TATSACHEN

- Der dänische Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Arne Melchior, mußte seinen Rücktritt erklären. Er wurde beschuldigt, 36 000 Kronen aus der Staatskasse für die Fete bei seinem 60. Geburtstag im Oktober 1984 sowie 6250 Kronen für ein inoffizielles Essen veruntreut zu haben.
- Der tunesische Präsident auf Lebenszeit Habib Bourgiba (83)

"NEUE ZEIT" 35.86

ließ sich von seiner Ehefrau scheiden. Der Grund: "Ihre Äußerungen und Gesinnung sind verfassungsfeindlich".

- Der BBC-Korrespondent Humphrey Hawksley wurde aus Sri Lanka ausgewiesen. Er wurde der Spionage und des Terrorismus verdächtigt.

- "Star Peace" ["Sternenfrieden"] — unter diesem Titel erlebte eine neue Schallplatte von Yoko Ono, der Witwe des "Beatles" John Lennon, ihre Premiere.

Die Gastspielreise Yokos durch die USA wurde von Friedensmanifestationen begleitet. Den Höhepunkt bei jedem Auftritt Yoko Onos bildete Lennons Lied "Gebt dem Frieden eine Chance".

- Der bekannte bundesdeutsche Schriftsteller Günter Grass erklärte, daß er für ein Jahr die BRD verlassen und in Kalkutta wohnen werde. Nach seinen Worten gäbe es sogar im Dickicht dieser asiatischen Stadt mehr wahres Leben als in der westlichen Gesellschaft.



An die Wand gedrängt

In pakistanischen Städten fallen erneut Schüsse, fließt das Blut von Demonstranten. Dutzende Menschen wurden ermordet, Hunderte verletzt. Immer wieder heulen Sirenen von Einsatzwagen auf, die weitere Patrouillen von Polizisten und Soldaten herbeibringen und die Verhafteten fortschaffen sollen. Tausende werden ins Gefängnis geworfen... All diese Tatsachen sind den Pakistanis noch gut bekannt vom Juli 1977, als die Armee unter General Zia ul-Haq gegen die Zivilregierung unter Zulfikar Ali Bhutto putschte. (Zwei Jahre später wurde der gestürzte Premierminister hingerichtet.) Etwa das gleiche konnte man auch im August/September 1983 beobachten, bei dem spontanen, nichtabgestimmten und deshalb zum Scheitern verdammt Versuch der buntscheckigen Opposition, das dem Land aufgezwungene Militärregime loszuwerden.

Seit 1977 sind neun Jahre vergangen. Am 14. August, dem Tag der Unabhängigkeit, gingen viele Menschen, dar-

unter jene, die dem Aufruf der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie, einer Sammelbewegung der oppositionellen Gruppen, folgten, auf die Straßen, um nicht eine formelle, zur Schau gestellte, sondern die tatsächliche Rückkehr Pakistans zu demokratischen Lebensnormen zu verlangen. Allein schon die Tatsache, daß Zehntausende in Karatschi, Lahore, Peschawar, Haidarabad und anderen Städten an Demonstrationen und Meetings teilnahmen, zeigt klar die Haltung der Pakistanis zu den neun Jahren Militärregime. Die Spontaneität, mit der die Menschen auf den Aufruf der Opposition reagierten, ihre Entschlossenheit, die auch die Zahl der bei den Zusammenstößen mit Polizei und Armee Getöteten und Verwundeten demonstriert, belegen klar: Sie wollen nicht unter Bedingungen leben, da Kugeln und angelegte Gewehre das Hauptargument der Behörden sind.

Doch wenn man einmal von den Realien des politischen Kampfes abstrahiert, wie ist

die Lage in den Städten und auf dem Lande, wie ist die Atmosphäre, in der heute 100 Millionen Pakistanis leben?

In vielem wird sie durch den Prozeß der "Islamisierung von oben" bestimmt, den Zia ul-Haq bald nach dem Machtantritt der Militärs inszenierte. Mit der Losung "Der Islam ist unsere Religion, unsere Wirtschaft, unser Regierungssystem" leitete der General die Durchdringung des islamischen Militärregimes in alle Lebensbereiche — Rechtsordnung, Bildung, Wirtschaft und Kultur — ein.

Die "Islamisierung" ist auch an der Wirtschaft nicht vorübergegangen. Einzelne Neueinführungen in diesem Bereich wie die Festlegung von speziellen Steuern für die Armen und die Ushr-Steuer (von den Agrarerzeugnissen) wurden relativ ruhig aufgenommen. Doch die Schmälerung irgendeines finanziellen "Interesses", darunter der Bankzinsen, hätte fast ein Chaos im gesamten System der kapitalistischen Wirtschaft Pakistans ausgelöst. Letztlich fan-

den clevere Finanzleute einen Ausweg, und die Praxis der Zinserhebung blieb, wenn auch unter anderem Namen. Dafür ist es gar nicht so einfach, mit der Tendenz zur Verschlechterung der Hauptkennziffern der Volkswirtschaft fertig zu werden. Der durchschnittliche Jahreszuwachs von 6% wird nur mit US-Finanzspritzen aufrechterhalten. Die Auslandsschulden liegen bei über 10 Md. Dollar, wobei für Rückzahlungen (mit den Zinsen!) alljährlich 1 Md. Dollar gebraucht wird. Der Umfang der Privatinvestitionen nimmt ab, während das Haushaltsdefizit katastrophal schnell wächst. Der Export stagniert. Die verschlechterte Wirtschaftskonjunktur in den Ölländern des Nahen Ostens ließ viele Tausende dort tätiger Pakistanis in die Heimat zurückkehren. Das verringert den Zustrom der so dringend benötigten Devisen und verschärft die auch ohnehin akute Arbeitslosigkeit.

Wie wir sehen, nicht wenige Probleme. Wie weit sie den Generalspräsidenten beunruhigen, ist schwer zu sagen. Bezeichnenderweise hatte sich Zia ul-Haq am Vorabend der von der Opposition angekündigten August-Manifestationen zur Pilgerfahrt nach Mekka

ASIATISCH-PAZIFISCHE REGION

Die ANZUS-Krise.

Wie weiter?

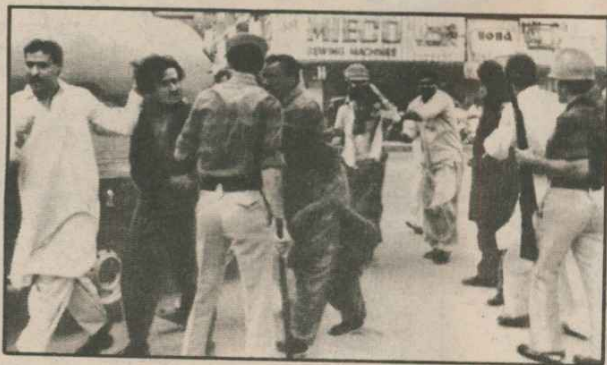
Zufällig oder nicht hat fast gleichzeitig mit der turnusmäßigen Tagung des Südpazifischen Forums, das unlängst in der Hauptstadt der Fidschi-Inseln zusammentrat, in San Francisco ein amerikanisch-australisches Treffen der Außen- und der Verteidigungsminister stattgefunden. Diese Treffen werden schon das zweite Jahr anstelle der alljährlichen Ratstagungen des ANZUS (Pazifischen Sicherheitspakts, kurz, Pazifikpakts) abgehalten, von denen Washington wegen der antinuklearen Stellungnahme Neuseelands Abstand genommen hat. Auf den Fidschi-Inseln und in San Francisco wurde über

Schlüsselprobleme des Südpazifiks, allerdings von verschiedenen Gesichtspunkten, debattiert.

Im August 1985 beschlossen 11 Staaten und 2 sich selbst verwaltende Gebiete, die zum Südpazifischen Forum gehören, den Süden des Pazifik zur kernwaffenfreien Zone zu erklären und einen dementsprechenden Vertrag zu schließen. Dessen Punkte widerspiegeln einen Kompromiß zwischen den Mitgliedern des Forums, u. a. in einer so wichtigen Frage wie dem Anlaufen ihrer Häfen durch atomgetriebene oder kernwaffenbestückte Schiffe. Der Vertrag gestattet es jedem Land, selbständig

darüber zu entscheiden. Die Regierung Neuseelands hat es bereits verboten, worüber man in Washington sehr ungehalten ist und was im ANZUS zur Krise geführt hat. Ganz unlängst haben die USA die militärischen Verbindungen mit Wellington offiziell abgebrochen und erklärt, daß sie es von jetzt an "ablehnen, Neuseelands Sicherheit im Rahmen des ANZUS-Pakts zu garantieren".

Der Pazifikpakt wurde 1951 geschlossen, er hat seitdem in der militärpolitischen Strategie der USA eine wichtige Rolle gespielt und war ein Schwerpunkt der Außen- und Militärpolitik Australiens und Neuseelands. Seinerzeit wurden die beiden Länder dadurch zur Gründung des Blocks veranlaßt, daß es zum Wiederaufleben des japanischen Militarismus zu kommen drohte, gegen den sie und die USA im zweiten Weltkrieg gekämpft hatten. Eine Rolle spielte auch der Wunsch Australiens und Neuseelands, sich militärisch von Großbritannien endgültig auf die USA umzuorientieren.



Die pakistanische Polizei geht gegen Teilnehmer von regierungsfeindlichen Demonstrationen vor

Foto: AFP-TASS

begeben. Das gibt ihm die Möglichkeit zu behaupten, er habe mit der brutalen Unterdrückung der regierungsfeindlichen Demonstrationen nichts zu tun.

Wer regiert nun eigentlich heute in Pakistan? Der ehemalige Chef des Militärregimes und derzeitige Präsident Zia ul-Haq, der sich nach Möglichkeit im Hintergrund hält, doch dessen Handschrift und Willen hinter jedem Schritt der Behörden erkennbar sind? Oder Ministerpräsident Mohammad Khan Junejo, der demonstrieren will, daß sich das von ihm geleitete Kabinett aus-

schließlich von seinem Gewissen leiten lasse, wenn es auch vom Präsidenten ernannt sei? Oder das Majlis-i-Shura (Parlament) — die "Verkörperung des Volkswillens", wie es in offiziellen Dokumenten heißt —, das jeden Augenblick auf Geheiß des Präsidenten aufgelöst werden kann? Fragen Sie einen beliebigen Pakistani, und er wird sagen, daß die "Demokratie" in Pakistan nach wie vor eine Militärherrschaft ist, wenn auch mit leichtem zivilen Anstrich.

Und doch wäre es unrichtig zu behaupten, in den Jahren der Militärherrschaft habe sich

im Lande nichts geändert. Die Veränderungen sind deutlich. Allein schon die Tatsache, daß 1985 Parlamentswahlen abgehalten wurden (allerdings ohne Teilnahme der Parteien) spricht für vieles. Vor allem, daß die Militärclique begreift: Nicht endlos kann man zu diktatorischen Methoden greifen. Veränderungen, die das Demokratisierungstreben des Volkes widerspiegeln, zeichnen sich im Gesamtspektrum des öffentlichen Lebens ab. Im gleichen Parlament, dessen Abgeordnete vor der Wahl von den Behörden gründlichst gesiebt worden waren, entsteht plötzlich eine Opposition — wenn auch zahlenmäßig klein, so doch sehr aktiv. Der Speaker des Unterhauses, Fakhar Imam, wendet sich im Mai auf einmal gegen die hartnäckigen Versuche des Generals, dem Parlament die Gesetzgebung vorzuschreiben. Natürlich ist auch bezeichnend, daß die Regierung der absoluten Mehrheit sofort den Speaker absetzen läßt (noch sind die Kräfte ungleich).

Die Armee, die Militärbürokratie haben sich in Staat fest eingenistet, haben tiefe Wurzeln in der Wirtschaft geschlagen. Zudem kommt noch die starke Unterstützung der USA.

Milliarden Dollar in Form

von Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe, die aus den USA nach Pistan gelangen, tun das Ihre. Pakistan wurde von Washington in das Hauptsprungbrett des nichterklärten Krieges gegen die DR Afghanistan und in ein Instrument zum Druck auf Indien verwandelt. Sowohl ihrer Truppenstärke als auch der Ausrüstung nach ist die pakistanische Armee eine der stärksten in der Region. Sie kann auf Befehl der USA in jeder Richtung eingesetzt werden — wie gegen Afghanistan. Armee-Operationen zur Vorbereitung und Durchführung der Schleusung konterrevolutionärer Banditen in die DRA und dann wieder zurück nach Pakistan, auf ihre zahlreichen Stützpunkte, gingen wiederholt durch die Weltpresse. Das jüngste Geschehen zeigt, daß die pakistanische Armee auch gegen das eigene Volk eingesetzt werden kann.

Doch eine zahlenmäßig überlegene Kraft bestimmt weitaus nicht immer die Richtung der historischen Entwicklung. In der Geschichte waren immer wieder die geistige Kraft, das Streben der Menschen nach Freiheit und Demokratie ausschlaggebend — was heute die Volksmassen Pakistans so dramatisch demonstrieren.

O. PLESCHOW

tieren. Die herrschenden Kreise Australiens bemühen sich, ihre Stellung als wichtigster Verbündeter Washingtons im Pazifikraum zu untermauern.

Aber der von Washington angezettelte kalte Krieg und der Abschluß des amerikanisch-japanischen "Sicherheitsvertrages" gaben dem ANZUS-Block sehr bald eine antisowjetische und antikommunistische Ausrichtung. Die Einbeziehung Australiens und Neuseelands in die Politik des "Rollback des Kommunismus" führte zur Beteiligung an den Kriegen, die der US-Imperialismus in Korea und Vietnam führte.

Das tückische Abenteuer in Indochina war beiden Ländern eine ernste Lehre und trug zur rapiden Zunahme der Antikriegsstimmungen bei. Die Erkenntnis, daß die außenpolitischen Prioritäten geändert werden mußten, führte nicht zuletzt dazu, daß Anfang der 70er Jahre in Canberra und Wellington die Labourparteien zur Macht kamen. Zur Zeit der Entspannung besserten sich die

Beziehungen beider Länder zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Staaten. Damals eben kam es zwischen Canberra und Wellington einerseits und Washington andererseits zu schweren Reibungen.

Auf die erste Hälfte der 70er Jahre zurückkommend, kann daran erinnert werden, was in Washington äußersten Unmut auslöste. Vor allem die ausgesprochene politische Selbständigkeit: das Verbot für atomgetriebene Kriegsschiffe, australische Häfen anzulaufen (es galt von 1972 bis 1976), der Versuch, den Status der strategischen US-Objekte in Australien zu ändern, die "übermäßige" Beachtung, die die Aktivitäten der US-Spionagedienst in Australien fanden, sowie gewisse Beschränkungen für das Auslandskapital. Die USA übten einen massierten Druck auf Australien aus und bewirkten, daß die Labour-Regierung zurücktreten mußte.

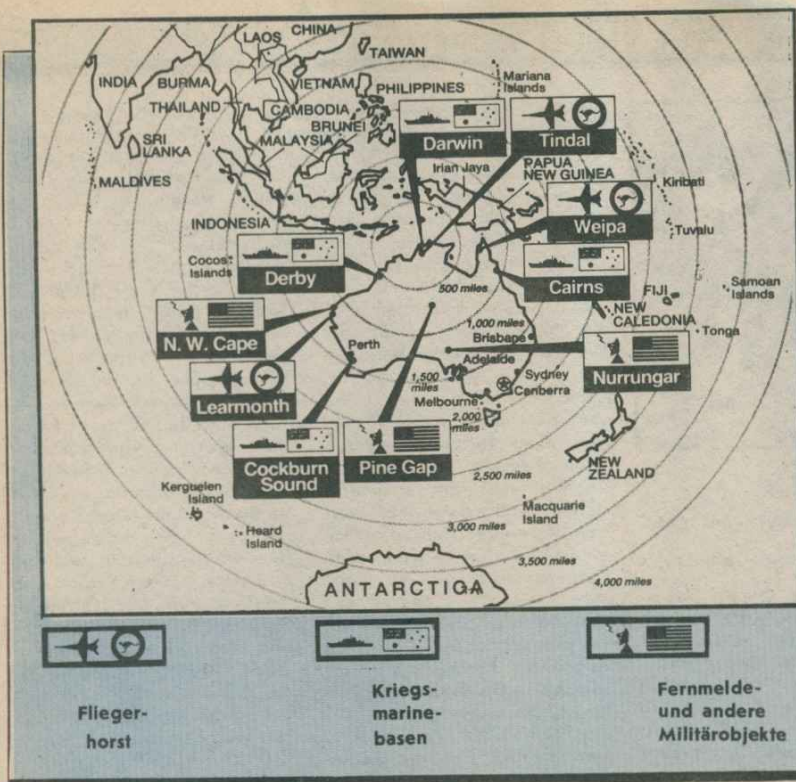
Was Neuseeland betrifft, so verbot dessen Regierung ebenfalls das Anlaufen

seiner Häfen durch Schiffe mit Kernwaffen an Bord, ergriff die Initiative dazu, daß der Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone erklärt wird, und mußte ebenfalls zurücktreten.

Das Comeback konservativer Regierungen in Canberra und Wellington forcierte die Ausführung der Idee von einer kernwaffenfreien Zone für 10 Jahre ein. Wieder verstärkte sich die proamerikanische Ausrichtung der Außenpolitik. Der Aktionsbereich des ANZUS-Paktes wurde erweitert, neben dem Pazifik wurde der Indik einbezogen, und zwar unter dem Vorwand einer "sowjetischen Bedrohung". Die Beziehungen zur UdSSR wurden erheblich eingeengt.

Diese Politik war nicht von Vorteil. Das beherrschten die Labour-Parteien, als sie nach ihrer Rückkehr zur Macht — in Australien im März 1983, in Neuseeland im Juli 1984 — ihr außenpolitisches Programm aufstellten.

Ihre wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Interessen verbinden Austra-



Auf dieser Landkarte aus der Hongkonger Wochenschrift "Far Eastern Economic Review" sind die wichtigsten Militärstützpunkte der USA in Australien eingezeichnet. Pentagon und CIA halten einen großen Teil der Staaten des Pazifikraums, Südostasiens und Indochinas unter elektronischer Beobachtung. Dort werden die für Nuklearschläge einsatzbereiten strategischen B-52-Bomber aufgetankt, und von dort aus werden die Atom-U-Boote im Pazifik und Indik Angriffsbefehl bekommen.

Deshalb tun die USA alles, damit sich Australien nicht "bei Neuseeland ansteckt". Das gemeinsame Kommuniqué über die australisch-amerikanischen Verhandlungen in San Francisco enthält einen Punkt, laut dem "die Beziehungen zwischen Australien und den USA gemäß dem ANZUS-Pakt sowie die gegenseitigen Verpflichtungen in vollem Umfang rechtskräftig bleiben".

Zugleich hat man Wirtschaftssanktionen und eine Revision des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen angedroht. Das richtet sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften und anderen sozialen Kräfte, die von der Regierung verlangen, daß sie dem Beispiel Neuseelands folgt.

lien und Neuseeland immer enger mit der Asien- und Pazifikregion. Die hier vor sich gehenden komplizierten Prozesse erfordern unbedingt Flexibilität und Selbständigkeit in der Außenpolitik, die sich in das von Washington konstruierte globalistische Schema nicht einfügt. Die antinukleare Politik Wellingtons zeugt von einem Zusammenprall zwischen der regionalen außenpolitischen Ausrichtung der jüngeren Blockpartner und der globalen Strategie der USA. Rein oberflächlich gesehen, läuft das auf einen Konflikt zwischen Washington und Wellington in einer wenn auch wichtigen konkreten Frage hinaus.

Es ist ganz klar, daß Australien und Neuseeland den Beziehungen zu den USA nach wie vor viel Bedeutung beimessen. Sie wollen aber freie Hand und freie Wahl haben. Canberra hat sich der Ausdehnung des Aktionsbereichs des ANZUS-Paktes auf den Indik widersetzt. Die Regierung Hawke, die auf die Stimmungen im Land Rücksicht nimmt und bemüht ist, Australiens Anspruch auf die führende Rolle in dieser Region zu erhärten, hat die Initiative zur Abfassung und zum Abschluß des Vertrags über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone ergriffen. Zugleich hat die Labourregierung erreicht, daß jedes zum Südpazifischen Forum gehörende Land über die Zulassung von Flugzeugen und Schiffen mit Kernwaffen selbst entscheidet, um nicht an den entsprechenden Verpflichtungen Australiens den USA gegenüber zu rühren.

Der neuseeländische Ministerpräsident Lange stellt seinerseits nicht die eigentliche Existenz des ANZUS in Frage, sondern nur das Prinzip freier Zulassung kernwaffenbestückter US-Schiffe zu den Häfen der Bündnispartner.

In Washington hat man den Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik mit unverkennbarer Mißbilligung aufgenommen, obwohl sich seine Bestimmungen vor allem gegen die dortigen Nukleartests Frankreichs richten. Durch das Verbot, Kernwaffen zu stationieren, wird nach Washingtons Ansicht ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Insbesondere kann das einer ausgiebigen Benutzung der Inseln Mikronesiens als Speicher von Kernwaffen und dem Ausbau des Netzes der Luftwaffen- und Marinestützpunkte im Wege stehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hinter dem wütenden Druck auf Neuseeland ungeachtet des Versuchs Langes, "die Sache friedlich zu bereinigen", nicht nur die Absicht steckt, es von seinem antinuklearen Standpunkt abzubringen und den Bündnispartner an die Kandare zu nehmen, sondern auch der Unmut wegen des Vertrags über die kernwaffenfreie Zone.

Die ANZUS-Krise hat Australien und Neuseeland veranlaßt, sich Gedanken darüber zu machen, ob der Block überhaupt nötig ist und ob der fünfte Kontinent die US-Stützpunkte überhaupt braucht, um so mehr, als im kommenden Oktober der Pachtvertrag über einen der wichtigsten Stützpunkte — Pine Gap —

abläuft. In den Augen vieler Australier, die durch die Krise im ANZUS-Pakt an das Problem der US-Stützpunkte erinnert worden sind, sind diese merklich entwertet worden, ganz abgesehen von den australischen Politikern, Prominenten und einfachen Bürgern, die schon lange und dringend die Auflösung der Stützpunkte fordern.

Die jetzige Situation im ANZUS zeugt davon, daß dieser scheinbar so unerschütterliche imperialistische Block infolge der objektiven globalen Vorgänge einen tiefen Riß bekommen kann. Die imperialistische Blockstruktur in Asien und im Pazifikraum ist der Probe der Zeit nicht gewachsen (denken wir auch nur an die SEATO), weil sie früher oder später in Gegensatz zu den Interessen der dortigen Länder tritt.

Zugleich hat die Situation im ANZUS-Pakt erneut gezeigt, daß die militärisch-politischen Blöcken angehörenden mittleren und kleinen Staaten zum Wahren ihrer eigenen Interessen nur sehr wenig freie Hand haben. Insofern werden solchen Staaten durch den Vorschlag der UdSSR, diese Region in die Bildung eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems einzubeziehen, große Aussichten und Möglichkeiten geboten. Das würde zur dynamischen Entwicklung der freundschaftlichen, gleichberechtigten Beziehungen im politischen, kommerziellen, wirtschaftlichen, kulturellen und in anderen Bereichen zwischen allen Ländern dieser Region beitragen.

W. AMIROW

"NEUE ZEIT" 35.86

Zu neuen Ufern

Am 2. September feiern das Volk Vietnams und seine Freunde in aller Welt den 41. Jahrestag der siegreichen Augustrevolution und der Unabhängigkeits-erklärung Vietnams. Heute überwinden die Werktätigen der SRV die Hindernisse, die Geschichte und lange Kriege ihnen brachten, und errichten die materiell-technischen Grundlagen des Sozialismus. Der bevorstehende 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams wird eine neue Etappe seiner Entwicklung markieren.

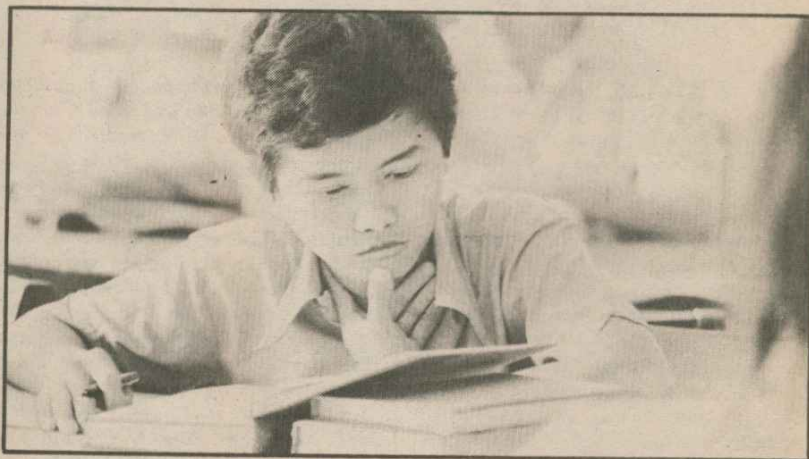
Der Sieg der Augustrevolution wurde möglich, nachdem sich 1945 eine für die vietnamesischen Patrioten ausgesprochen günstige innen- und außenpolitische Situation ergeben hatte. Die sowjetischen Streitkräfte hatten die deutschen Faschisten und japanischen Militaristen geschlagen. Die vietnamesische Revolution hatte relativ leicht gesiegt, mußte jedoch in den folgenden Jahrzehnten schwerste Prüfungen durchstehen. Anfangs mußte sie sich gegen die französischen Kolonialisten behaupten, die versuchten, wieder an die Macht zu kommen. 1954 erlitten sie eine vernichtende Niederlage. Dann begann der Kampf gegen das volksfeindliche Saigoner Regime. Es war durch den amerikanischen Imperialismus installiert worden und stützte sich auf amerikanische Bajonette. Die Wiedervereinigung des Landes wurde eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie wurde erst 1975 gelöst, als das proamerikanische Saigoner Regime unter den Schlägen der Patrioten zusammenbrach. Bereits zwei Jahre früher, 1973, mußte Washington den Pariser Vertrag unterzeichnen, in dem Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams festgeschrieben wurden.

Als es seine Heimat wiedervereinigt hatte, konnte das vietnamesische Volk beginnen, den Sozialismus im ganzen Land aufzubauen. Auf dem 4. Parteitag der KPV im Dezember 1976 wurde das Programm für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft und ihre weitere sozialistische Entwicklung erarbeitet und die Leitlinien für den 2. Fünfjahrplan festgelegt, der die Entwicklung der Volkswirtschaft von 1976 bis 1980 bestimmte. Von neuen Bedingungen ausgehend, bestimmte der Parteitag die generelle Entwicklung der vietnamesischen Revolution: die Diktatur des Proletariats behaupten, das Recht des arbeitenden Volkes auf Kollektiv-igentum erweitern, Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, in Ideologie und Kultur herbeiführen, die sozialistische Industrialisierung beschleunigen, den neuen Menschen herausbilden, die Verteidigung stärken, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus kämpfen.

Der 5. Parteitag der KPV im März 1982 stellte einen wertvollen Beitrag dar zur Weiterentwicklung der Strategie für

mehr Wohnungen und Sozialeinrichtungen gebaut werden, ließ sich ein Schritt weiter zur Entwicklung der Kultur, der Kunst und des Gesundheitswesens verwirklichen.

Das sozialistische Vietnam bereitet sich in diesen Tagen aktiv auf den 6. Parteitag der KPV vor. Die Parteiorganisationen ziehen sachlich die Bilanz des zurückgelegten Weges, analysieren Erfolge und Mängel und stellen sich neue Aufgaben.



In den Jahren der Volksmacht wurde das Polytechnische Institut in Ho-Chi-Minh-Stadt zur größten höheren Lehranstalt Vietnams. Ohne Fernhörer sind hier 3300 Studenten, fast doppelt soviel wie 1975 immatrikuliert.

TASS-Foto

die 80er Jahre. Partei und Volk sollten ihre Kräfte auf die Entwicklung der Landwirtschaft konzentrieren, auf eine erweiterte Produktion von Waren des täglichen Bedarfs, allerdings auch auf mehrere Bereiche der Schwerindustrie, ohne die jeder weitere Fortschritt des Staates undenkbar gewesen wäre.

In den Jahren nach der Wiedervereinigung erzielten die vietnamesischen Werktätigen Erfolge in allen Bereichen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus, in der Entwicklung der Produktivkräfte und bei der Festigung neuer, sozialistischer Produktionsverhältnisse. In der SRV wurden über 300 wichtige volkswirtschaftliche Objekte gebaut. Dadurch konnte die Produktivität in vielen entscheidenden Bereichen der Industrie wesentlich gesteigert werden. Die Stärkung der materiell-technischen Basis und die Erhöhung des Leitungsniveaus in allen Wirtschaftsbereichen brachten eine beträchtliche Beschleunigung der gesellschaftlichen Produktion. Während von 1976 bis 1980 der landwirtschaftliche Produktionszuwachs durchschnittlich bei 2% pro Jahr lag, konnte er im letzten Planjahr, 1981-1985, auf 5,1 % gesteigert werden. In der Industrie betragen diese Kennziffern entsprechend 0,7 bzw. 14 %. Auf der Grundlage dieses Produktionsaufschwungs konnten

Die vielseitigen Beziehungen Vietnams zu unserem Land entwickeln sich besonders fruchtbar. Im Januar d. J. wurde in Hanoi ein Protokoll über die Koordination der Staatspläne der UdSSR und der SRV für die Jahre 1986 bis 1990 unterzeichnet. Darin werden Maßnahmen für die Realisierung des langfristigen Programms für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vorgesehen, das 1983 von beiden Staaten beschlossen wurde, und der Beschlüsse der RGW-Tagung auf höchster Ebene 1984. Gemäß Protokoll vergrößert sich der gegenseitige Warenaustausch im laufenden Planjahr fünf auf das 1,7fache, und die Hilfe der UdSSR für den Bau wichtiger volkswirtschaftlicher Objekte in Vietnam wird erweitert.

Das vietnamesische Volk arbeitet unermüdlich dafür, daß die Republik erstarkt. Beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung der Heimat und im Kampf für die Stärkung der internationalen Position Vietnams, eines festen Glieds im Freundschaftsverband der sozialistischen Länder, hat das vietnamesische Volk Erfolge erzielt und tritt gemeinsam mit den Völkern von Laos und Kampuchea für Frieden und Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region und auf der ganzen Erde ein.

E. PAWLOW

Die Republik, ein Kind der Revolution

Vor dem Verfassungsreferendum

Gewöhnlich sind die Straßen von Addis Abeba sonntags sehr belebt. Diesen Sonntag jedoch war die Innenstadt so gut wie menschenleer. In den Vorstädten (Kebele) wurde der Verfassungsentwurf der zukünftigen Volksdemokratischen Republik Äthiopien (VDRÄ) beraten.

Die Versammlung, die ich miterlebte, fand unter einem riesigen Sonnensegel statt. Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Soldaten, Hausfrauen hatten sich in seinem Schatten eingefunden. Ein junger Mann in einem blauen uniformähnlichen Anzug, wie ihn hier meistens die Funktionäre der Arbeiterpartei Äthiopiens tragen, las den Textentwurf vor. Er verlas einen Artikel nach dem anderen. Dann begann die Diskussion. Die Fragen wollten kein Ende nehmen.

Die aus 343 Personen bestehende Verfassungskommission war seit Februar tätig. Als demokratisches Organ gehörten ihr Parteiarbeiter, Wissenschaftler, Studenten, Soldaten, Bauern, Schriftsteller, Geistliche und sogar ein bekannter Schlagersänger an. Anfang Juni wurde der Entwurf in den 15 Hauptsprachen der Völkerschaften Äthiopiens in Millionenauflage veröffentlicht. Die Zeitung "Sertoader" und die in Englisch erscheinende "Ethiopian Herald" brachten den Text ebenfalls, damit sich auch die Nachbarländer ein Bild machen konnten.

An der Beratung war tatsächlich das ganze Volk beteiligt. Die Menschen wurden aufgefordert, keine Frage ungestellt zu lassen, Ergänzungen, schriftliche Verbesserungsvorschläge beizubringen, für die an allen Straßenkreuzungen leuchtend gelbe Kästen bereitstanden, sich telefonisch oder telegrafisch zu Wort zu melden. Parteifunktionäre und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen stellten sich den Fragen auf diesen Versammlungen. In ihrem Wohngebiet nahmen auch Mengistu Haile Mariam und seine Frau an einer solchen Versammlung teil. Der Regierungschef hörte aufmerksam zu und sprach dann selbst.

Bei dieser Verfassung, deren Entwurf

demnächst per Referendum abgestimmt werden soll, handelt es sich nicht um das erste äthiopische Grundgesetz. 1931 beschloß der junge Kaiser Haile Selassie, kaum daß er den Thron erklommen hatte, seine Untertanen mit einer Verfassung zu beglücken. Seinerzeit kannte das Land weder politische Parteien noch gesellschaftliche Organisationen. Unter solchen Bedingungen war die Verkündung eines Grundgesetzes eine Farce. Das dem britischen abgeschauten Zweikammerparlament bemäntelte die Monarchendiktatur und festigte die Macht des Autokraten. Die Verfassung des kaiserlichen Japan stand Modell bei der Jubiläumsverfassung 1955, als Haile Selassie schon ein Vierteljahrhundert auf dem Thron saß. Sie ließ Wahlen zum Unterhaus zu, aber nur von bei Hofe wohlgeleiteten Abgeordneten. Bis 1974 sanktionierte dieses Kulissenparlament alle kaiserlichen Beschlüsse. Bis die Revolution den Monarchen stürzte.

Im neuen Verfassungsentwurf steht, daß die Volksdemokratische Republik Äthiopien ein Staat der Werktätigen ist. Ihre politische Grundlage ist das Bündnis von Arbeitern und Bauern bei Zusammenarbeit mit der Intelligenz, der Revolutionsarmee, Handwerkern und anderen demokratischen Schichten der Gesellschaft. Die Nationalversammlung, direkt und geheim gewählt, soll oberstes Organ der staatlichen Macht werden. Zwischen ihren Tagungen nimmt der Staatsrat unter Vorsitz des Präsidenten der VDRÄ ihre Aufgaben wahr.

Auf der Kebele-Versammlung, die ich miterlebte, fesselte ein betagter Mann meine Aufmerksamkeit. Nach seinem Äußeren zu schließen — wettergegerbtes Gesicht, abgearbeitete Hände — Bauer. Ich nahm mir vor, darauf zu achten, wie er der Verlesung des Textes folgen und auf einzelne Passagen der Verfassung reagieren würde. Bald machten wir uns bekannt. Er heißt Regassa Fantaye. Er ist Bauer, aber vor kurzem zog er in die Stadt um. Regassa hielt die ganzen 12 Jahre überzeugt zur

Revolution, aus dem einfachen Grund, weil er selbst sein halbes Leben lang leibeigener Landarbeiter war. Vor kurzem diente er noch bei der Volksmiliz, bis er zu seinen erwachsenen Kindern in die Hauptstadt zog. Um ihnen nicht auf der Tasche zu liegen, arbeitet er als Pförtner.

Regassa hörte gespannt zu, als der Abschnitt "Ökonomisches System" vorgelesen wurde. Darin heißt es, das Hauptziel des Staates beim wirtschaftlichen Aufbau bestehe darin, Lebensstandard und Kultur der arbeitenden Massen zu erhöhen und feste Wirtschaftsbeziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Zentrum und Peripherie herzustellen. Um die Rückständigkeit zu beseitigen und bessere soziale Bedingungen auf dem Land zu schaffen, werden abseits gelegene Einzelsiedlungen zu Dörfern zusammengefaßt.

Regassa erzählte mir aus seiner Kindheit. Er wuchs in einem Dorf, aus einigen wenigen Gehöften bestehend, auf, mußte zur nächsten Ortschaft eine halbe Stunde zu Fuß laufen, noch weiter bis zum nächstgelegenen Brunnen. Menschen und Vieh lebten unter einem Dach. Jetzt leben die Bauern in großen Siedlungen zusammen und vereinigen sich zu Kooperativen. Vieles ist im Wandel. Rechte und Pflichten der Bürger des neuen Äthiopiens faßt der Bauer schon nicht mehr abstrakt auf. Die Bürger haben das Recht auf Arbeit, Erholung, Bildung und medizinische Betreuung.

"Alle diese Rechte nutzen wir bereits heute", sagt Regassa.

Im Verfassungsentwurf heißt es: "Die Volksdemokratische Republik Äthiopien garantiert allen Völkerschaften Gleichheit und ist ein einheitlicher Staat mit administrativen und autonomen Territorien." Grenzen und Status dieser Territorien müssen noch definiert und durch ein entsprechendes Gesetz fixiert werden. Kein leichtes Unterfangen in einem Staat, den man "Nationalitätenmuseum" nennt, bei um die 90 ethnischen Gruppen!

Die Annahme der Verfassung ist ein gesetzmäßiger Schritt im Prozeß der nationaldemokratischen Revolution und soll die Grundlagen für den sozialistischen Aufbau schaffen.

Als ich mich von Regassa Fantaye verabschiedete, fragte ich ihn, was er sich von der Verfassung verspricht. Ohne lange zu grübeln, antwortet er: "Eine leuchtende Zukunft". Ich fragte nicht weiter, wie er bei der Volksabstimmung wählen würde...

G. GABRIELIAN
TASS-KORRESPONDENT
EXKLUSIV FÜR DIE "NZ"

Addis Abeba



REISE INS XXI. JAHRHUNDERT

tuelles und technisches Potential für Aufbauzwecke freisetzt."

Der Gordische Knoten der globalen Probleme muß zerhauen werden. Von der Einstellung der Kernwaffentests bis zur restlosen Vernichtung der Kernwaffen ist es dann noch ein weiter Weg. Das ist aber die einzige Möglichkeit, der Erde eine friedliche Zukunft zu sichern.

In Heft 28 brachten wir erstmalig Antworten von Schriftstellern, Wissenschaftlern und anderen im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten auf unsere Frage, wie sie sich die Welt im 21. Jahrhundert vorstellen, falls der sowjetische Plan für eine nukleare Abrüstung verwirklicht und die Welt von Kernwaffen befreit werden würde.

In Fortsetzung dieser kompetenten Stellungnahmen bringen wir heute die Antworten namhafter Persönlichkeiten aus der BRD, aus Indien und der UdSSR. Die ersten beiden betreffen mögliche Resultate der nuklearen Abrüstung für die Entwicklungsländer. Dann erteilen wir einem der bedeutendsten sowjetischen Wissenschaftler, Mitglied der AdW, Prof. Dr. Alexander Bajew, das Wort.

Michail Gorbatschow sagte in seiner Erklärung vom 18. August: "Viele neue internationale Prozesse sind also fest miteinander verknüpft, und hier könnte die Abrüstung eine große Rolle spielen, indem sie einen bedeutenden Teil von Mitteln sowie intellek-

Und das denkt hierzu Dr. PETER WAHL, Mitglied des Sekretariats des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika

Die entscheidende Voraussetzung

Dr. Peter WAHL

Die Auswirkungen von Unterentwicklung und ökonomischer Ausbeutung in der 3. Welt nehmen immer katastrophalere Formen an. Innerhalb von 14 Monaten sterben genauso viel Menschen auf unserem Globus den Hungertod, wie der 2. Weltkrieg an Todesopfern kostete: 50 Millionen Menschen! Hinzu kommen ökologische Katastrophen, wie die Abholzung der tropischen Wälder, der Vormarsch der Wüsten etc. und die Verschmutzung der Umwelt in den industrialisierten Regio-

nen, die immer gefährlichere Dimensionen annehmen. Ein Zusammenbruch des globalen Klimasystems und des ökologischen Gleichgewichtes können nicht mehr ausgeschlossen werden. Dabei werden die natürlichen Ressourcen nicht mehr — im Gegenteil, auf vielen Sektoren ist eine Verknappung von Brennstoffen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln schon abzusehen, während die Weltbevölkerung — vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika unaufhaltsam wächst. All diese Probleme schürzen sich zu

einem Knoten zusammen, der die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte darstellt.

Das Schlüsselproblem ist dabei das der Rüstung. Seine Lösung ist *conditio sine qua non*, um die anderen globalen Probleme wirksam lösen zu können. Deshalb ist der sowjetische Vorschlag, die Welt bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei zu machen, von historischer Bedeutung. Und dies gilt für die 3. Welt mehr noch als für alle anderen. Die 3. Welt, das sind schon jetzt drei Viertel aller Menschen.

Auch für sie ist die Kriegsgefahr mit dem Streben der USA nach militärischer Überlegenheit gewachsen. Und mit der Militarisierung des Weltraums rücken auch Afrika, Asien und Lateinamerika näher an den atomaren Abgrund heran. Eine Illusion ist es, zu glauben, daß im Falle eines Atomkrieges die Südhalbkugel (im wahrsten Sinne des Wortes) weitab vom Schuß wäre.

Selbst wenn — was unwahrscheinlich ist — auf der Südhalbkugel keine einzige Bombe fiel, allein die weltweiten Klimaveränderungen, der nukleare Winter, würde den Menschen die Lebensgrundlage entziehen. Man stelle sich vor, der Amazonas vereist, die Pyramiden mit Schnee bedeckt, die Strände der Karibik von Packeis

blockiert. Sibirische Kälte in tropischen Ländern, in denen die Menschen weder geeignete Kleidung noch Behausungen kennen, das Vieh erfroren, die Nahrungsmittel — schon jetzt nicht ausreichend — durch Kälte vernichtet. Dazu der Handel und die internationalen Kommunikationswege zusammengebrochen — wahrlich eine apokalyptische Vorstellung. Und sollte tatsächlich jemand glauben, in einer Höhle am Himalaja überleben zu können, die atomaren Strahlen würden auch dorthin Siechtum und Tod bringen. Doch selbst wenn es zum Äußersten nicht kommt — was wir sehr hoffen — auch ohne Atomkrieg ist die Rüstungslast für die 3. Welt unerträglich geworden.

Zur Zeit werden jährlich ca. 900 Mrd. Dollar weltweit für die Rüstung ausgegeben. Dabei genügt schon 1% der weltweiten Rüstungsausgaben, um sauberes Wasser für die ganze 3. Welt zu garantieren, für ein Kampfflugzeug kann man 40 000 Dorfapotheeken ausstatten, und für einen Panzer könnten 1000 Klassenräume für 30 000 Schüler gebaut werden.

Das Wettüben saugt nicht nur Finanzmittel aus der 3. Welt ab, sondern auch Rohstoffe, Brennstoffe und menschliche Ressourcen. Der Kapitalverlust, der sich z. B. durch den sog. "Brain Drain", d. h. die Abwanderung wissenschaftlicher und technischer Intelligenz aus den Entwicklungsländern ergibt, wird auf 10 Mrd. Dollar jährlich geschätzt. Mit dem technologisch ehrgeizigen SDI-Programm der USA wird sich diese Problematik noch zuspitzen.

Die Vergeudung von Roh- und Brennstoff für Armeen und Rüstungen ist aber nicht nur ökonomisch schädlich, sondern bringt auch neue politische

Probleme hervor — ist der Imperialismus doch interessiert, den Zugriff auf billige Rohstoffquellen zu sichern, wenn nötig auch durch militärische Mittel. Der Interventionismus — diese moderne Form der imperialistischen Kanonenbootpolitik — hat hier eine seiner Ursachen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die direkte militärische Einbeziehung der 3. Welt in die Globalstrategie des Pentagon, bis hin zur Einbeziehung in die SDI-Pläne. Ein typisches Beispiel ist hier die chilenische Osterinsel im Südpazifik. Nach dem Willen des Pentagon soll diese Insel als "Notlandeplatz" für die amerikanische Weltraumfähre, die bekanntlich zum überwiegenden Teil militärischen Zwecken dient, hergerichtet werden. Es ist klar, daß diese Region der Erde damit für die Globalstrategie der USA mißbraucht und natürlich auch zum potentiellen Ziel sowjetischer Gegenschläge im Konfliktfall wird.

Die Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge würde demgegenüber helfen, regionale Konfliktherde in der 3. Welt zu entschärfen, regionale Spannungen abzubauen und generell den Unterwerfungsdruck auf kleine und schwache Länder der 3. Welt durch die imperialistischen Pressionen zu mindern. Ihre Souveränität würde gestärkt, die Chancen auf eine selbstbestimmte Entwicklung ohne äußere Einmischung würden wachsen.

Kooperation, Vertrauen und politische Konfliktlösung statt Druck, Interventionismus, Mißtrauen und militärischen Konflikten in den Beziehungen zwischen den Völkern könnten, gerade auch für die 3. Welt eine wichtige Voraussetzung schaffen, die Lösung ihrer brennenden Probleme anzupacken.

wie wichtig der Kampf gegen die Kernwaffengefahr ist. Sollte es aber nicht gelingen, einen Kernwaffenkrieg zu verhüten, welchen Sinn hätten dann alle unsere Bemühungen um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt? Wird die Menschheit auch nur imstande sein, den Anbruch des neuen Jahrtausends zu feiern?

Dafür, daß ihr das möglich ist, muß man kämpfen, und zwar jetzt gleich. Betrachten wir einmal die bekannte Initiative der sechs Länder Indien, Tansania, Argentinien, Mexiko, Griechenland und Schweden vom Standpunkt der Aussicht, daß die Erde das dritte Jahrtausend erleben wird! Diese Initiative legt den Tenor auf die Notwendigkeit der nuklearen Abrüstung. Der erste Schritt dazu wäre die Einstellung der Kernwaffentests. Mit dem Beschluß, ihr alleiniges Testmoratorium nochmals zu verlängern — dieses Mal bis zum 1. Januar 1987 —, hat die UdSSR die Aussicht auf ein kernwaffenfreies Jahr 2000 realer gemacht. Indien und die anderen fünf Signatäre der 'Initiative der Sechs' werden darauf hinarbeiten, daß die übrigen Nuklearmächte dem sowjetischen Beispiel folgen.

Gewisse Kreise bezeichnen die Initiative der UdSSR als Propaganda. Rajiv Gandhi sagte, wie gut es wäre, wenn sich auch die anderen Nuklearmächte einer solchen Propaganda befleißigen würden. Dann könnte die Menschheit darauf rechnen, bis zum Anbruch des neuen Jahrtausends vorwärtszukommen und die Nuklearbomben loszuwerden.

Überhaupt muß ich sagen, daß das Jahr 2000 in der Entwicklungswelt als eine magische Zeitenwende angesehen wird. Die Vorzüge der Zivilisation, die man sich dort davon verspricht, sind den jungen Nationalstaaten aber viel weiter als den Industriestaaten entrückt. Damit sie in greifbarere Nähe rücken, muß Frieden sein. Darum sieht die Bewegung der Nichtpaktgebundenen den Friedenskampf als ihre erstrangige Aufgabe an und ergreift immer wieder Initiativen zur Verhütung eines Kernwaffenkrieges.

Aus Indien erhielten wir die Stellungnahme des namhaften Politikers und Repräsentanten der Öffentlichkeit Arjun SINGH, der unserem Korrespondenten in Delhi, Leonid Shegalow, ein Interview gab.

Träume wahr machen

Arjun SINGH

"Die Frage Ihrer Redaktion ist doch wohl keine Sache der Phantasie, sondern eher der politischen Aktivität."

Mein Gegenüber denkt eine Weile nach. Er ist kein Futurologe, sondern vielmehr im Indischen Nationalkongreß (I) nach Rajiv Gandhi der zweite Mann, Vizevorsitzender dieser Partei.

Dann sagt er: "Glauben Sie bloß nicht, daß uns Politikern das Träumen fernliegt. Nur hängen unsere Träumereien — anders als bei den Futurologen — mit

politischen Realitäten zusammen, und diese verhindern ja eben, daß Träume wahr gemacht werden. Indira Gandhi hat z. B. auf dem 7. Gipfel der Nichtpaktgebundenen (März 1983 in Delhi) folgendes gesagt: 'Alle unsere Träume werden zu Wasser, wenn kein Frieden ist.' Jetzt, drei Jahre später, trifft das wohl noch mehr zu, denn der Frieden ist noch viel mehr bedroht. Manchmal vergessen die Bewohner der Entwicklungsländer, von ihren eigenen, Tagesproblemen belastet,

Es ist erfreulich, daß Initiativen, wie der der Sechs, die außenpolitischen Schritte der UdSSR entsprechen, so der in Michail Gorbatschows Erklärung vom 15. Januar enthaltene Vorschlag, die Erde bis zum Jahr 2000 von Kernwaffen zu befreien. Würde man ihn in die Tat umsetzen, so wäre die Gefahr eines Kernwaffenkrieges an der Jahrtausendwende nur noch eine schaurige Erinnerung. Der Traum der Menschheit von einem Fortschritt in allen Bereichen ginge in Erfüllung. Die von den nuklearen Alpträumen erlösten Menschen würden dem Hunger, den Seuchen, der Not — kurz, allem ein Ende bereiten, worunter weite Gebiete der Erde jetzt zu leiden haben. Vorläufig sind das nur Träume, sie sind aber real. Deshalb wird Indien alles tun, um diejenigen, die es angeht, zu veranlassen, auf die sowje-

tischen Initiativen einzugehen. Auch die Weltöffentlichkeit werden wir dafür anbieten.

Die Menschen erwarten von der Zukunft die Erschließung des Weltraums und die Erforschung unserer Galaxie. Vorläufig aber droht dem Weltraum eine "Erschließung" anderer Art. Indien hat bekanntlich entschieden gegen die "Sternenkriegs"-Pläne der USA Stellung genommen. Auf Antrag der UdSSR hat die 40. UNO-Vollversammlung eine Resolution über die Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum gefaßt. Würde sie befolgt, so könnte unser Planet im Jahr 2000 frei von Kern- und anderen Waffen sein. Wir Indianer hoffen, daß bis dahin nur friedliche Raumschiffe über uns fliegen werden. Unser Kosmonaut, Rakesh Sharma, sagt, vom Weltraum aus wirke Indien wie ein Bernstein geschmeide. Möge unser Planet vor Anfang des dritten Jahrtausends so aussehen, wie ihn die sowjetisch-indische Raumschiffbesatzung gesehen hat. Möge der Weltraum dann ein Schauplatz friedlichen Mühe der Menschheit sein.

Dieses Mühen würde im Jahr 2000 viel reichere Früchte tragen, wenn die Menschheit der Militärausgaben ledig wäre. Beginnen könnte man mit dem von der Bewegung der Nichtpaktgebundenen unterstützten Vorschlag der UdSSR, daß die ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates ihre Militäretats kürzen und einen Teil der so frei werdenden Mittel für die Förderung der Entwicklungsländer zur Verfügung stellen. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde glänzende Aussichten bieten. Leider stößt sie auch auf die rauhe Wirklichkeit: Die übrigen Mitglieder des Sicherheitsrates müßten dem sowjetischen Antrag beipflichten.

Überhaupt muß die Menschheit ihr Streben nach Fortschritt, nach Erkenntnis von Neuem teuer bezahlen. Die Tragödie von Tschernobyl schmerzt alle aufrechten Menschen. In Indien ist sie als noch eine ernste Warnung davor aufgefaßt worden, wie gefährlich das Atom, wenn es sich der menschlichen Kontrolle entzieht, der Menschheit werden kann. Noch dringender ist jetzt eine möglichst baldige Befolgung des von der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, von der UdSSR und den genannten sechs Ländern gemachte Vorschlag, das Wettrüsten zu zügeln. Man muß die Liebhaber einer Horation und Perfektionierung der Kernwaffen zwingen, diese Initiativen konstruktiv zu beantworten.

"Noch bleibt bis zum Jahr 2000 viel zu tun", schloß Arjun Singh. "Ohne Anlehnung an die Realitäten ist das Phantasieren politisch verwerflich. Das Tun der Politiker bezweckt die Verwirklichung der Phantasien oder Träume. Von den Träumen der Menschen guten Willens ausgehend, müssen wir die Fahrt ins dritte Jahrtausend unter Friedenssegeln antreten."

Über die Bedeutung der Freisetzung materieller Mittel, der schöpferischen und geistigen Energie bei einer Verwirklichung der sowjetischen Initiativen spricht Held der sozialistischen Arbeit, Akademiemitglied ALEXANDER BAJEW, Nestor der sowjetischen Forschungen in Gen- und Biotechnik, Träger des Staatspreises und des Preises des Ministerrats der UdSSR, Ehrenmitglied einer Reihe ausländischer Akademien

Die Geheimnisse des Lebens offenbaren sich

Alexander BAJEW, Akademiemitglied

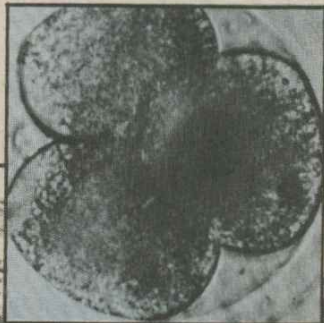
— Um Ihren Fragen, welche Perspektiven sich bei der Verwirklichung des sowjetischen Plans für die Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 auftun werden, zuvorzukommen, will ich meiner tiefen Überzeugung Ausdruck verleihen, daß ein Verzicht auf Nuklearwaffen den Gewaltverzicht als Mittel zur Lösung von Konflikten und jeder Konfrontation bedeuten würde. Die Beseitigung der Nukleararsenale würde zur Befreiung der Menschheit von der Angst führen und die Nutzung des schöpferischen Potentials der Menschen zu ihrem eigenen Wohl gewährleisten.

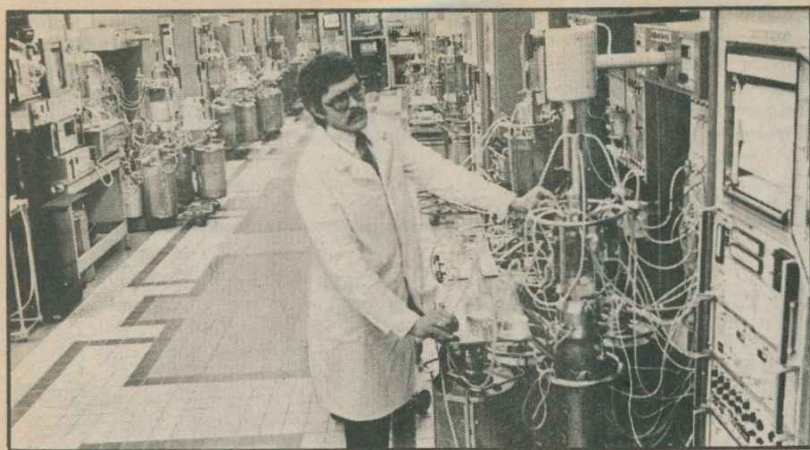
Der kleine Stier ist das Ergebnis eines gelungenen Experiments mit der künstlichen Kultivierung und Befruchtung einer Eizelle. Die am Forschungsinstitut der UdSSR für die Viehvermehrung und -genetik entwickelte Methode ermöglicht es, ein Vielfaches der Zahl hochproduktiver Kälber zu erzielen, die sonst zur Welt kommen.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß z. B. die Biotechnologie sehr viel braucht — Labors und Institute, elektronische Rechenmaschinen und biochemikalische Reagenzien, industrielle Anlagen. Würde die Summe, die die Staaten heute für diese Ziele ausgeben, nur verdoppelt, dann wäre das ein enormer Fortschritt.

NZ. Stellen wir uns vor, daß das bereits geschehen ist. Welche bedeutenden Ereignisse in den Ihnen nahestehenden wissenschaftlichen Bereichen kann man im 21. Jh. erwarten?

Bajew. Was die Gen- und die Biotechnologie angeht, so wird, wenn man die Sache ernst nimmt, Phantasie bei der Prognostizierung kaum helfen. Es sei nur





In Labors des Instituts für Biochemie und Physiologie der Mikroorganismen der AdW der UdSSR werden technologische Prozesse erprobt, die in der sich stürmisch entwickelnden mikrobiologischen Industrie breite Anwendung finden.

bemerkt, daß der heutige Fortschritt der Biologie in keiner wissenschaftlich-technischen Prognose zum Ausdruck kam. Selbst ein so kühner Science-fiction-Autor wie Arthur Clarke verlegte die Entstehung der Biotechnologie auf das Jahr 2030. Er meinte, dies werde gleichzeitig mit der Herstellung von Kontakten zu außerirdischen Zivilisationen und mit der Förderung von Bodenschätzen im Weltraum erfolgen. Die Wirklichkeit hat die Phantasie des Schriftstellers um ein halbes Jahrhundert überholt. Wesen von anderen Planeten waren dafür nicht nötig!

Deshalb will ich hier keine Prognosen wagen. Die Ereignisse werden, da bin ich überzeugt, unerwartet und unvorhergesehen eintreten. Wollen wir lieber von der jetzigen Entwicklung ausgehen.

NZ. Zum Beispiel von den Erfolgen der Biotechnologie. Warum ist es notwendig, Produktionsprozesse mittels Anwendung biologischer Agenzien und Reaktionen zu erarbeiten, die sich grundlegend von den traditionellen unterscheiden?

A. Bajew. Die Biotechnologie soll z. B. bei der Suche nach Nahrungsressourcen helfen, die ein Großteil der Menschheit so dringend braucht. Nach Angaben der FAO — der UNO-Spezialorganisation, die sich mit dem Studium der Welternährungslage befaßt — werden in der Welt jährlich ca. 75 Mio t Nahrungseiweiß erzeugt. Das sind ca. 60 g täglich pro Kopf. Der Durchschnittsverbrauch aber sollte nach ärztlicher Meinung 100 g betragen. Selbst bei gleicher Verteilung der Nahrungsmittel ist also die Unterernährung der Menschheit heute unvermeidlich. Um die Überwindung gerade dieses Mangels geht es der sich stürmisch entwickelnden mikrobiologischen Industrie. Hinzugefügt sei, daß nicht nur der Mensch, sondern auch die landwirtschaftlichen Nutztiere Eiweiß verbrauchen. Allerdings benötigen sie we-

niger wertvolles pflanzliches Eiweiß, doch ihr Bedarf ist gleichfalls zu berücksichtigen.

Mikroorganismen können unwahrscheinlich schnell wachsen. Unter den Bakterien gibt es Stämme, die sich alle 5 bis 8 Minuten verdoppeln können. Natürlich wächst ebenso schnell auch die Zahl der Eiweißstoffe, deren Gehalt in den Mikroorganismen bis zu 85% erreicht. Zum Vergleich: Im Organismus einer Kuh von 0,5 t wird in 24 Stunden ca. 0,5 kg Eiweiß gebildet. In dieser Zeit kann eine Hefemasse vom gleichen Gewicht 50 t Eiweißstoffe synthetisieren!

Seit langem ist bekannt, daß Hefepilze auf Melasse, Sulfitaugen von Zellulosefabriken und anderen Abfallprodukten gezüchtet werden können. Solche Zellen sind ausgezeichnete Eiweiß- und Vitaminakkumulatoren, gewonnen zudem mit sehr billigen Ausgangsstoffen. Und wenn im 21. Jh. alle geeigneten Abfallstoffe genutzt werden, würde das Millionen Tonnen hochqualitativen Futters geben. Das aber ist ein vollwertiger Ersatz für Soja- und Fischmehl, eine hervorragende Ergänzung zum natürlichen Viehfutter. Heute werden Mikroorganismen, die sich von Erdölbestandteilen ernähren, umfassend genutzt. Sie absorbieren Kohlenwasserstoff und verwandeln ihn in Eiweiße, Fette, Kohlehydrate und Vitamine. Im Grunde kann man aus jeder Tonne Kohlenwasserstoff so bis zu 1 t Eiweiß gewinnen. Jetzt ist die Nutzung von Sumpfgas und Wasserstoff an der Reihe.

NZ. Eine verlockende Aussicht! Doch was werden die Freunde schmackhaften Essens sagen, wenn wir ganz zu künstlicher Nahrung übergehen?

A. Bajew. Warum denn ganz? Den Eiweißmangel durch die mikrobiologische Produktion zu beseitigen, ist nur ein Weg. Sie soll die Gewinnung von Futter und physiologisch aktiven Stoffen auf rein industrielle Grundlage stellen. Doch dabei geht es nicht um einen Verzicht auf die traditionelle Erzeu-

gung von Agrarprodukten. Die Menschheit wird sie nur durch mikrobiologische Produktion ergänzen.

Im weiteren wird der Verbrauch mikrobiologischer Eiweiße auch für den Menschen etwas Gewöhnliches werden. Heute ist das noch Zukunftsmusik, doch bereits Hunderttausende Tonnen von Nahrungseiweiß, das für die vollwertige Ernährung der Nutztiere erforderlich ist, werden in vielen Werken der UdSSR erzeugt. Ich meine, daß wir an der Schwelle einer neuen Ära in der Nahrungsmittelproduktion stehen. Das ist eine neue Realität mit einer großen Zukunft.

NZ. Bislang ging es vor allem um die industrielle Mikrobiologie. Doch die Biotechnologie umfaßt auch andere Richtungen, z. B. die Zell- und die Gentechnik. Was erwartet uns in diesem Bereich?

A. Bajew. Bereits heute erlauben es die Errungenschaften der Zelltechnik, physiologisch aktive Stoffe — die z. B. in Ginseng oder Rauwolfia enthalten sind —, nicht nur aus den entsprechenden Pflanzen zu gewinnen, sondern auch aus ihren Zellen, die künstlich gezüchtet werden. Im Reagenzglas entstehen Frucht- und Beerenkulturen, Weinreben, Futterpflanzen, Kartoffeln...

NZ. Bei Ginseng ist das verständlich. Doch warum versucht man das bei Weintrauben und Kartoffeln?

A. Bajew. Dafür gibt es mehr als genug Gründe. Vor allem lassen sich die Pflanzen so schnell vermehren — um ein Vielfaches schneller, als wenn man sie in den Boden pflanzt!

Erwiesenermaßen ist in vielen Fällen die Laborvermehrung bequemer und wirtschaftlich vorteilhafter. Zierpflanzen wie Orchideen und Gerbera sowie Weinreben kann man schon heute wie folgt vermehren: Die Pflanze wird im Reagenzglas nicht aus Samen oder Knollen wie gewöhnlich, sondern aus kleinen Gewebestücken gezüchtet. Diese werden wie Mikroorganismen behandelt. Es gibt Methoden, die erlauben, so virusfreie Kartoffeln zu erhalten.

NZ. Heute gibt es bereits Methoden für die Genübertragung von einer Pflanze zur anderen. Was läßt sich über die Zukunft der praktischen Nutzung dieser wissenschaftlichen Erkenntnis sagen?

A. Bajew. Anfangs gelang eine solche Übertragung nur mit für das Experiment geeigneten Genen, die aber keine wirtschaftliche Bedeutung haben. Erst vor kurzem wurde ein bemerkenswerter Erfolg erzielt: Widerstandsfähigkeitsgene gegen zwei verbreitete Herbizide wurden übertragen. Das ist bereits ein Weg zur praktischen Anwendung.

Durch die Genübertragung wird möglicherweise eines der wichtigsten Probleme der Landwirtschaft gelöst werden — die Versorgung der Pflanzen mit aufnehmbarem Stickstoff. Es gibt einen globalen Kreislauf des Stickstoffs, bei

dem dieser teilweise aus der Biosphäre in die Atmosphäre gelangt und von dort durch spezielle stickstoffbindende Bakterien absorbiert und von den Pflanzen aufgenommen wird.

Die moderne intensive Landwirtschaft kann sich mit diesem Kreislauf nicht zufriedengeben. Sie kommt ohne Mineraldünger nicht aus. Letztere sind nicht billig und in gewissem Maße umweltbelastend. Natürlich denkt man da an den gasförmigen Stickstoff der Atmosphäre — darin badet die Pflanze sozusagen, doch kann sie ihn nicht ohne Hilfe von stickstoffbindenden Bakterien nutzen. Doch selbst dann reicht der aufgenommene Stickstoff nicht aus, um hohe Ernten zu gewährleisten.

Kann hier die Gentechnik helfen? Ja. Heute gibt es keine fertigen agronomischen Rezepte, sondern nur Forschungsrichtungen — die eine reale und eine utopische. Im ersten Fall versucht man, stickstoffbindende Bakterien hervorzubringen, die mit gewissen Pflanzen zusammenleben und sie mit Stickstoff versorgen können. Dabei wird an Weizen, Roggen und andere Getreidekulturen gedacht — sie haben keine natürlichen stickstoffbindenden Symbiosepartner.

Im zweiten Fall geht es darum, die stickstoffbindenden Gene auf eine Pflanze zu übertragen, die dann schon selbst den Stickstoff der Atmosphäre aufnehmen wird. Doch hier gibt es viele Unbekannte: Möglicherweise wird eine solche Einmischung einen groben Eingriff in die Physiologie der Pflanzen darstellen und deshalb nicht zum Ziele führen.

NZ. Und wie sehen die therapeutischen Aussichten der Gentechnik aus?

A. Bajew. Die diesbezüglichen Möglichkeiten sind unbegrenzt. Begnügen sich ja die Forscher schon nicht mehr mit den vorhandenen Mikroorganismen und den Zellen höchster Organismen, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen, sondern sie schaffen in den Labors neue genetische Strukturen. Jetzt werden intensive Experimente durchgeführt, bei denen in Mikrobenzellen ihr fremde Gene eingeführt werden. Die Zelle begann, ein ihr nicht eigenes Produkt zu erzeugen: Das fremde Gen zwingt ihr seinen Stoffwechseltyp auf. So wird z. B. dadurch, daß in eine Bakterie menschliches Insulingen im Fermenter eines mikrobiologischen Werkes (nicht aber in der Bauchspeicheldrüse von Tieren) eingegeben wird, Insulin synthetisiert, das Millionen Diabetiker brauchen. Wenn aber in Bakterien Gene, die für die Synthese von Bluteiweißen, Fermenten und anderen Stoffen von medizinischer Bedeutung steuern, eingeführt werden, wird man diese im Grunde in unbegrenzter Menge erhalten können. Und mit der Zeit auch relativ billig! Überaus interessant ist auch die Aufgabe, Vakzine und Immun-Antikörper zu synthetisieren, um ansteckende Krankheiten, darunter Viruserkrankheiten,

zu verhüten und zu heilen.

Vergessen wir nicht, daß die Menschheit unter einer Vielzahl von Erbkrankheiten leidet — von ihnen wurden bereits an die 4000 beobachtet. Glücklicherweise sind die meisten von ihnen selten, doch sie alle verursachen schwere Leiden. Ursache der Erbkrankheiten sind Fehler eines oder mehrerer Gene. Die moderne Diagnostik und andere Maßnahmen verringern die Häufigkeit solcher Erkrankungen, doch sie führen nicht zu deren Verschwinden. Die Behandlung ist nur bei wenigen Formen bekannt und wirksam, meistens bringt sie nur eine vorübergehende und keine vollständige Erleichterung.

Fast 20 Jahre wird die Frage der Gentherapie dieser Krankheiten durch die Verpflanzung eines gesunden Gens an Menschen mit einem Erbfehler erörtert, um das falsch funktionierende Gen des Kranken zu ersetzen. Anfangs schien das eine Utopie zu sein, doch jetzt beginnen sich einige reale Möglichkeiten abzuzeichnen. Positive Ergebnisse wurden an Fruchtfliegen und an Mäusen erzielt.

NZ. Wie soll die Last der Erbfehler überwunden werden?

A. Bajew. Erstens besteht schon heute die Möglichkeit einer Früherkennung zumindest einiger Erbkrankheiten, ihrer Diagnose sogar im Uterus. Zweitens wird die Genprophylaxe immer verbreiteter. Bei der Eheschließung werden sich die jungen Leute an eine Genkonsultation wenden und Empfehlungen von Experten erhalten können.

NZ. Helfen Genmethoden bei der Bekämpfung von Krebs?

A. Bajew. In den letzten zehn Jahren führten die Erfolge der Molekular- und der Zellenbiologie, der Gentechnologie zu einem neuen Verständnis für die Natur der bösartigen Geschwülste. Jetzt weiß man bereits, daß es sich um eine Erkrankung des genetischen Systems der Zellen handelt, die ein unaufhaltbares, aggressives Wachstum demonstrieren. Es wurde klar, daß die Entwicklung der Geschwülste ein vielstufiger Prozeß ist, dessen Ursache viele äußere und innere Faktoren sein können.

Man könnte meinen, diese neuen Aspekte des Krebs könnten Pessimismus hervorrufen, da sie die komplizierte Natur der Krebskrankheit aufdecken. Doch Pessimismus ist hier nicht angebracht. In Wirklichkeit ist es so, daß sich, je komplizierter die Entwicklung der Geschwülste, desto mehr Möglichkeiten für ihre Heilung und Prophylaxe eröffnen und entsprechend größer die Chancen sind, den wunden Punkt zu finden, eine Methode, auf diesen einzuwirken und letztlich eine Heilwirkung zu erzielen. Notwendig ist eine beharrliche, zielgerichtete Suche, und dann wird sich der Erfolg auch einstellen.

NZ. Zur modernen Gentechnik ist die traditionelle Frage unvermeidlich: Können mit ihrer Hilfe neue Organismen geschaffen werden?

A. Bajew. Was heißt hier "neue"? Zudem sind trotz aller Erfolge der Genetik unsere Vorstellungen von der Strukturgrundlage der genetischen Regulierung noch sehr unvollkommen. In die Bakterienzelle oder die Zelle eines höheren Organismus kann man bislang nur eine begrenzte Zahl von Genen einführen. Folglich ändert sich der genetische Typ der Zelle auch nur begrenzt. Doch die Möglichkeit, fremde Informationen, die zu einer anderen Art und erst recht zu einem anderen Typ gehören, in die Zelle einzuführen, ist schon etwas anderes. Das Kolibakterium, das arbeitende Gene eines Menschen erhält, muß zweifelsohne als neuer Organismus angesehen werden.

Bereits heute gibt es die prinzipielle Möglichkeit, mittels der Gen- und der Zelltechnik neue Pflanzen zu gewinnen. Bislang aber ist unklar, wie weit diese Methoden beim "Konstruieren" neuer Nutztiere effektiv sein werden. Doch auch das wird offenbar früher oder später geschehen. Ich will da folgendes unterstreichen: Der Zufall, Hauptfaktor der Evolution, tritt bei der genetischen "Konstruierung" in den Hintergrund. Hier dominieren Ziel, Gedanken und Können der Forscher. Zweifelsohne werden die Genetiker im 21. Jh. in der Lage von Chemikern sein, die schon lange von den natürlichen "Mustern" abgegangen sind und begonnen haben, eine riesige Welt organischer Verbindungen zu schaffen.

Und noch etwas. Als Biologe hoffe ich, daß die im Ergebnis der Abrüstung freigestellte schöpferische und geistige Energie, die Mittel für die Gesundheit und Wiederherstellung der Umwelt des Menschen genutzt werden. Ich meine damit die Natur, der bereits nicht geringer Schaden zugefügt wurde. Überaus wichtig ist auch die Atmosphäre des Vertrauens, die als logisches Ergebnis eines Verzehrs auf die Nuklearwaffen entstehen würde. Sie würde es ermöglichen, die Anstrengungen der Menschen aller Länder zur Lösung dieser überaus aktuellen Aufgabe zu vereinen. Was aber die Probleme betrifft, von denen die Rede war, so sind, wie ich bereits sagte, für deren Lösung nicht geringe Mittel und enorme intellektuelle Anstrengungen notwendig. Die Aufrüstung verlangt nicht nur enorme Ausgaben. Sie lenkt die Wissenschaftler von humanen Aufgaben ab. Eine Atmosphäre der Spannungen stört den schöpferischen Prozeß, das Denken. Der gesamte komplizierte Mechanismus des Forschens aber basiert gerade darauf. Werden die Nuklearwaffen beseitigt, wird die Wissenschaft neue Möglichkeiten erhalten. Ich bin davon überzeugt, daß die Entscheidung der Sowjetregierung, das Moratorium für Nuklearexplosionen zu verlängern, ein seiner Bedeutung nach beispielloser Schritt auf diesem Weg ist.

Das Gespräch wurde aufgezeichnet von B. BALKAREI

Licht und Schatten der „reichen Küste“

Von unserem Korrespondenten
Wladimir DOLGOW

Kostarika bedeutet spanisch "Reiche Küste". So nannte Christopher Columbus 1502 das Land bei seiner vierten Reise in die Neue Welt. Der berühmte Seefahrer war fasziniert von der überaus üppigen Vegetation dieser Region.

Kostarika begeistert auch heute durch die Schönheit seiner Natur und das milde Klima. Durch die Ausläufer der Kordilleren perlen fröhlich Flüssen mit kristallklarem Wasser, in denen sich Forellenschwärme tummeln. In den malerischen Tälern — Kaffeeplantagen, die von enormer wirtschaftlicher Bedeutung für das Land sind. Die einen haben sie reich, die anderen arm gemacht. Abkömmlinge aus Familien großer Plantagenbesitzer werden oft Politiker und Präsidenten Kostarikas.

Auf den fruchtbaren Böden der Atlantikküste — endlose Bananenwälder. Bananen sind ein weiterer Reichtum des Landes. Doch mit ihnen verbunden ist auch die Geschichte des Kampfes gegen mächtige US-Monopole wie United Fruit und United Brands, die Geschichte des Kampfes der Landarbeiter um ihre Rechte.

Im Herzen des Landes erhebt sich majestätisch der Vulkan Irazu — ein Anziehungspunkt für Touristen. Noch 1967 spuckte der Vulkan Lava, Steine und Asche. Heute spielen Kinder auf dem Irazu. Von dem Dreieckstausender aus sind gleich zwei Ozeane — der Pazifik und der Atlantik — zu sehen.

Einen schönen Anblick bieten die in der Regel solide gebauten und gepflegten Ortschaften und Dörfer längs der Landstraßen. Selbst die Hütten sind sauber. Auf den Straßen trifft man oft Zweiradkarren, gezogen von einem Pferd oder einem Ochsen, bisweilen auch von Menschen. Die Karren sind bunt bemalt. Sie sind eine besondere Sehenswürdigkeit Kostarikas. Karrenmodelle gehören zu den traditionellen Souvenirs. Sie werden an vielen Ständen und einfach auf der Straße hergestellt und verkauft. Selbst Wettbewerbe zur Bemalung von Karren werden durchgeführt.

Dem Lebensstandard nach liegt Kostarika vor den anderen Ländern Lateinamerikas. Hier sieht man nicht die entsetzliche Armut wie in Honduras, Panama oder El Salvador. Es gibt auch nicht so viele Bettler auf den Straßen der Städte. Das Prokopfeinkommen beträgt 900 Dollar jährlich, während es in Honduras z. B. nur 250 Dollar erreicht. 90 Prozent der Menschen können schreiben und lesen. 40 Prozent der Kostarikanern lernen an Schulen und Universitäten. Gewisse Erfolge wurden im Gesundheitswesen und in der Sozialfürsorge erzielt. Kostarika hat nach Kuba die geringste Kindersterblichkeit in Lateinamerika. Hier herrscht die niedrigste Arbeitslosigkeit (6 bis 8%) gegenüber anderen lateinamerikanischen Ländern.

Dieses Phänomen hat diverse Gründe. Nach dem Bürgerkrieg von 1948 wurde das Land nicht von gesellschaftlichen Erschütterungen erfaßt, es litt nicht unter blutigen Diktaturen. Kostarika hat keine eigenen Streitkräfte und folglich keine Rüstungsausgaben. Viele Jahre schon beteiligten sich die Kostarikanern nicht an lokalen Konflikten.

Schon lange Zeit sind Vertreter der nationalen Bourgeoisie an der Macht, die sich bewußt sind, daß das Land Reformen braucht, die zumindest teilweise die Bedürfnisse der Werktätigen befriedigen können. Eine bedeutende Rolle dabei spielte Jose Figueres (die Kostarikanern nennen ihn Don Pepe) — einer der Begründer und Führer der nationalreformistischen Partei der Nationalen Befreiung. Er wurde wiederholt zum Präsidenten gewählt. Eben seine Regierung unternahm eine Reihe von Schritten zur Demokratisierung des innenpolitischen Lebens. Großbanken, Eisenbahnen und Energiewirtschaft wurden verstaatlicht, die Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben gefördert. In den 70er Jahren entstand der Staatskonzern CODESA, der 22 Betriebe vereint.

Auf fremde Anweisung

In den letzten Jahren hat die Wirtschaftskrise Lateinamerikas auch



An den Bergabhängen werden Setzlinge von Kaffeebäumen, der Hauptreichtum Kostarikas, angebaut

Foto: "National Geographic" (USA)

Kostarika erfaßt. Man mußte an den Internationalen Währungsfonds (IWF), das Amt für internationale Entwicklung der USA und die Weltbank (IBRD) wenden. Infolgedessen erreichten die Auslandsschulden Kostarikas, die noch vor einigen Jahren ca. 2 Md. Dollar betragen hatten, 4,5 Md. Dollar. Pro Kopf sind das die höchsten Schulden in Lateinamerika.

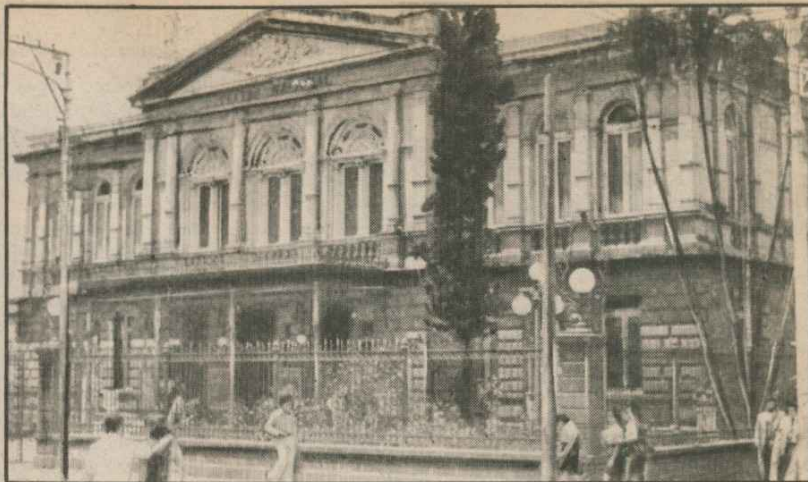
Im Austausch gegen die Kredite machte die Regierung bedeutende Zugeständnisse. So wurden die Aktien der staatlichen CODESA-Betriebe verkauft. Die Regierung von Präsident Monge öffnete weit die Tür für das Auslandskapital, vor allem für das US-Kapital. Der Kapitalabfluß aus dem Land hat infolge der liberalen Zoll- und Bankenkontrolle spürbar zugenommen.

Der Generalsekretär des ZK der Partei der Volksavantgarde Kostarikas, Humberto Vargas, unterstrich, daß sich die Wirtschaftskrise verstärkt, wenn das auch offiziell nicht eingestanden wird. Weitere Verhandlungen mit Auslandsbanken stünden bevor, auf die neue demüti-

gende Abkommen folgen könnten. So werde Kostarika 1987 an ausländische Kreditgeber nur als Kreditzinsen eine Summe, die den Exporterlösen gleichkommt, zahlen müssen. Natürlich hat eine solche Politik ernste sozialökonomische Folgen. Gegenwärtig, fährt Humberto Vargas fort, nimmt die Arbeitslosigkeit spürbar zu, wenn auch hier die Behörden das Gegenteil behaupten. Der offiziellen Statistik zufolge brauchen 57 Prozent der Bevölkerung Wohnraum. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der armen Familien verdreifacht. Besonders leidet die Landbevölkerung unter der ungerechten Verteilung des Bodens. 1,3% der Besitzungen nehmen 36,1% des Bodens ein, während auf 32,2% nur 1,7% des Bodens entfallen.

"Schauen Sie sich doch an", sagt mein Gesprächspartner, "wie die Einkünfte der Kostarikanen verteilt sind: 20 Prozent der wohlhabenden Bürger erhalten über die Hälfte des Nationaleinkommens. Unter dem Druck des IWF und anderer westlicher Finanzorganisationen, die heute ein entscheidendes Wort in unserer Wirtschaft zu sagen haben, gibt der Staat immer weniger Mittel für die Volksbildung, das Gesundheitswesen und andere soziale Zwecke aus. Bekanntlich werden Verhandlungen mit der IBRD über einen 40-Mio-Dollar-Kredit geführt. Doch wir werden dieses Geld nur bekommen, wenn 5000 Staatsbedienstete entlassen, der Nationale Produktionsrat beseitigt und die Preiskontrolle bei den Grundnahrungsmitteln aufgehoben wird. Die IBRD verlangt ferner einen Verzicht auf protektionistische Maßnahmen, die die nationale Industrie schützen, um die Positionen der Multis noch weiter zu stärken."

Schon nach diesem Gespräch berichteten die Zeitungen von der Kreditge-



Das Nationaltheater in San Jose

währung zu für das Land äußerst ungünstigen Bedingungen. Es ist klar, daß die Erfüllung dieser Bedingungen die Krisenerscheinungen nur verschärfen wird.

In der Rede bei seiner feierlichen Amtseinführung am 8. Mai d. J. gestand Präsident Dr. Oscar Arias Sanchez ein, daß es wirtschaftliche Probleme gibt. Er versprach, die Produktionsstruktur zu modernisieren, 80 000 Wohnungen zu errichten und jährlich 25 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Zugleich, erklärte er, werde Kostarika auch in Zukunft seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen.

Neutrales Kostarika!

In der westlichen Presse wird Kostarika bisweilen als "Schweiz Mittelameri-

kas" bezeichnet, wobei man seine Friedensliebe und sein Neutralitätsstreben meint. Ex-Präsident Rodrigo Carazo, der mich in seinem Arbeitszimmer empfing, stimmt dem zu. Die Regierung monge, erinnerte er, habe ja offiziell erklärt, Kostarika werde eine aktive Neutralität in der mittelamerikanischen Konfliktsituation verfolgen.

Wie aber sieht diese Neutralität in Wirklichkeit aus? Militärisch hält Kostarika sie offenbar tatsächlich ein. Auf seinem Territorium werden keine Militärmanöver, die gegen andere Länder gerichtet sind, durchgeführt.

Andererseits verdient folgende Tatsache Aufmerksamkeit. Die hiesigen Massenmedien veröffentlichen systematisch antisandinistische Beiträge. Von derartigen Schriften sind auch die Buchläden überfüllt. Nur zu gern werden diverse Erklärungen und Aufrufe der Contras veröffentlicht. Jeden Samstag bringt die Zeitung "La Prensa Libre" die Sonderbeilage "Nikaragua heute" heraus, die mit amerikanischem Geld von einer Gruppe konterrevolutionärer Journalisten gemacht wird.

Ein ehemaliger Präsident des Landes, Daniel Oduber, äußerte sich so über die kostarikanische Presse: Ihre Magnaten vertreten meist reaktionäre Ansichten und übertreffen sogar die Extremisten in den USA. Ja, tatsächlich entsteht der Eindruck, daß Kostarika zum Opfer der psychologischen Kriegsführung wurde. Washington versucht das Land in sein ideologisches Aufmarschgebiet für Attacken gegen Nikaragua, für eine Propagandaoffensive gegen die nationale Befreiungsbewegung in der ganzen Region zu verwandeln. Diese Hoffnungen sind nicht unbegründet. Jose Figueres zufolge ist "Kostarika das proamerikanischste Land Lateinamerikas".

Washington gelang ein bedeutender

Behausung für arme Leute



Erfolg im Propagandakrieg. Gemeint ist die Errichtung einer Rundfunkrelaisstation der "Voice of Amerika". Wie Hohn auf die nationale Würde nimmt sich ihre Bezeichnung "Radio Kostarika" aus: Sie "gehört" der speziell geschaffenen "Kostarikanischen Vereinigung für Information und Kultur". Die Relaisstation kostete 3,5 Mio Dollar und wurde zu einer Art funkelektronischer und militärischer Enklave der USA — zu ihrer Bewachung sind TV-Kameras, Warnanlagen und Befestigungen vorgesehen, die sogar Panzer aufhalten können.

Ungebetene "Gäste"

Allgemein bekannt ist, daß sich in Kostarika diverse nikaraguanische konterrevolutionäre Organisationen eingenistet haben. Es gibt ca. 2000 bewaffnete Banditen verschiedener Gruppen der nikaraguanischen Konterrevolution, vor allem der "Nikaraguanischen Demokratischen Kräfte" (FDN), die meist von Honduras aus agieren. Doch in letzter Zeit sind gewisse Elemente der FDN nach Kostarika gegangen, um eine Südfront gegen die Sandinisten aufzubauen und zu versuchen, die anderen Contras-Gruppen unter Kontrolle zu bringen. Mit bewaffneten Provokationen im Raum der kostarikanisch-nikaraguanischen Grenze lösten sie wiederholt Grenzkonflikte aus und verletzten die Neutralität Kostarikas. Und auch heute bleiben in den Grenzgebieten einige Haziendas im Grunde Stützpunkte der Contras. Ihre rückwärtigen Basen befinden sich in Quesada, in der Hafenstadt Limon und in San Jose, wo sie Büros, Hospitäler und Rundfunksender haben. Ein operatives Zentrum nistete sich auf der Hacienda John Hull ein. Es dient gleichfalls als Verbindungsstelle zwischen den Contras und der amerikanischen Söldnerorganisation "Zivile Militärlhilfe". Über sie gelangt die Hilfe der von der CIA kontrollierten antikommunistischen US-Privatorganisationen an die Contras.

Die Zivilgarde Kostarikas, wie die Ordnungskräfte genannt werden, hat wiederholt einzelne Banden entworfen. Doch sie ist außerstande, die schwerzugänglichen Grenzgebiete zu kontrollieren. Überdies konstatierte die fortschrittliche Presse Fälle einer Zusammenarbeit von Angehörigen der Zivilgarde mit den Contras.

Wenn es die Behörden Kostarikas den Contras auch nicht erlauben, zu laufen mit den Waffen zu rasseln, so können sie ungehindert politische Aktivitäten im Lande entfalten. Ich fragte Rodrigo Carazo nach den Gefahren, die die Präsenz der Contras für Kostarika heraufbeschwört. Der Ex-Präsident antwortete, dank den Anstrengungen der Regierung Monge würden sie weniger Probleme schaffen als früher. Nichtsdestoweniger, betonte er, gewähre Kostarika traditionell politisches Asyl an Personen beliebiger

Überzeugungen. Unter dem Deckmantel des Asylrechts können die Contras ihrer subversiven politischen Tätigkeit gegen ihre frühere Heimat nachgehen, solange sie nicht gewalttätig werden und die hiesigen Gesetze verletzen.

Wie die Ereignisse zeigen, suchen sich diverse Dienste der USA — nicht zuletzt die CIA — diesen Umstand zunutze zu machen, um Kostarika in antinikaraguanische Aktionen hineinzuziehen. Nicht von ungefähr tauchte bereits im Mai bei dem Treffen der höchsten Repräsentanten der Länder Mittelamerikas, der Contadora-Gruppe und der Contadora-Unterstützungsgruppe in eben den Tagen, als der neue Präsident Dr. Oscar Arias Sanchez in sein Amt eingeführt wurde, ein von Kostarika initiiertes Dokument auf, das als Beleg für die unverhohlene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nikaraguas eingeschätzt wurde. Darin wurden die Nikaraguaner aufgefordert (1), den Entwurf der neuen Verfassung, der noch in einer Volksaussprache erörtert wird, zu verändern und Neuwahlen durchzuführen. Sogar eine Zweijahresfrist für eine "stufenweise Demokratisierung Nikaraguas" wurde angesetzt.

Der massive Druck blieb erfolglos. Das "kleine Gipfeltreffen" scheiterte und vermochte nicht einmal eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten. Der Präsident Perus, Alan García, und sein kolumbianischer Kollege Belisario Betancur hatten San Jose frühzeitig verlassen, da sie das vorgeschlagene Dokument ablehnten.

Die Zeitungen veröffentlichten dann in den Tagen der Vereidigung von Dr. Sanchez als bezahlte Anzeigen Erklärungen der Contras mit verleumdenden Attacken auf die Sandinisten und Forderungen nach Sanktionen, sollte Managua keine Zugeständnisse an die Contras machen. Diese Kampagne zeugte vom organisierten Druck auf die neue Regierung, und deren ersten Schritte zeigten, daß sie klein beigab, indem sie sich El Salvador und Honduras anschloß, die auf amerikanische Anweisung die Anstrengungen der Contadora-Gruppe torpedieren. Einer Erklärung des Außenministers Kostarikas, Madrigal, zufolge liegt dieser Drei-Länder-Gruppe mehr an der Gesellschaftsordnung Nikaraguas als an einer Konfliktlösung in der Region. So rief der Minister dazu auf, "brüderlichen Druck" auf Nikaragua auszuüben, um dort "demokratische Veränderungen" durchzusetzen. Womit er sich den Dank des Herren des Weißen Hauses verdiente.

Für den Fall einer Intervention

In der Auslandspresse tauchen nicht wenige Meldungen über Versuche der USA auf, Kostarika in ihre Kriegsvorbereitungen einzubeziehen. Häufige Gäste des Landes wurden hohe Pentagon-

Offiziere, darunter aus dem in Panama stationierten Südlichen Militärkommandos der USA.

Bei Besuchen in San Jose bot General Paul Gorman, Ex-Chef des Südlichen Militärkommandos der USA, hartnäckig an, längs der Grenzen zu Nikaragua 1000 US-Reservisten unter dem Vorwand einer "Verteidigung" Kostarikas zu stationieren. Ferner verlangte er, die Industrie des Landes solle Rüstungsgüter für das Pentagon erzeugen. Die Regierung ging vernünftigerweise nicht auf diese Forderungen ein. Nichtsdestoweniger vermochte Washington gewissen Druck auf Kostarika auszuüben. So begannen die USA gewisse Beträge für Militärlhilfe an Kostarika bereitzustellen. Und das nicht von ungefähr.

Die Zeitschrift "Pensamiento Propio", in Nikaragua vom Regionalen Koordinierungszentrum für ökonomische und soziale Forschungen herausgegeben, führt Zahlen und Tatsachen an, die von einer gewissen Militarisierungstendenz in Kostarika zeugen. Die Militärlhilfe der USA stieg von 1982 bis 1985 auf 190 Mio Dollar. Voriges Jahr wurden 252 Polizisten aus Kostarika an US-Militärschulen in den USA und in Panama ausgebildet. Derartige Kurse absolvierten 1220 Angehörige der Zivilgarde. Gedrillt wurden sie von den Green Berets. Es heißt, an US-Schulen hätten mehr Kostarikanen eine militärische Ausbildung erhalten als Vertreter irgendeines anderen Landes. Die Polizei-Einheiten Kostarikas sind mit Waffen aus den USA, Südkorea und der BRD ausgerüstet.

Ein militärisches Ausbildungslager der USA besteht in Mursielago, unweit der Grenze zu Nikaragua. Im Süden, in Palmar, wird der Flugplatz ausgebaut, wofür 5,5 Mio Colon (1 Dollar = 55 Colon) bereitgestellt wurden, die Modernisierung des Stützpunktes Los Chiles im Norden kostete 10 Mio Colon.

Dazu erklärte Manuel Mora Valverde, Leiter der Partei des kostarikanischen Volkes: Noch ist die Militarisierung des Landes nicht erfolgt, doch die USA schaffen durch ihre Politik des Staatsterrorismus dafür die Voraussetzungen. Eben deshalb werden Flugplätze modernisiert, und US-Militärlingenieure bauen Straßen und Brücken des Landes um. Bei einer direkten Intervention gegen Nikaragua sollen all diese Kommunikationen zur Verlegung von US-Truppen aus Panama benutzt werden.

Die Begegnungen und Gespräche im Lande zeigten mir, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und die Senkung des Lebensniveaus von den Kostarikanern mit der Politik Washingtons, das das Land zu einer allmählichen Militarisierung drängt, in Verbindung gebracht werden. Sie erkennen, daß die politischen Möglichkeiten der "Schweiz Mittelamerikas", die einige Reformen im Interesse des Volkes erlauben, gefährdet sind. Wachsender Unmut der Volksmassen ist die Folge. San Jose—Managua

Die Farben des Martin Jonas

In den Weiten der Vojvodina liegt das Dorf Kovacica. Im Sommer von goldgelben Weizenfeldern gesäumt, mit dicht an die Häuser reichenden Mais- und Sonnenblumenfeldern, bedeckt im Winter eine flauschige Schneedecke das Land. Kovacica gleicht vielen Dörfern in der autonomen Provinz Vojvodina. Hier leben Slowaken, fleißige, gastliche und talentierte Menschen.

Vor 50 Jahren stellte der unbekannte Bauer Martin Paluska einige seiner Bilder für die Dorfbewohner aus. Bald hatte er Schüler: Jan Sokol, Vladimir Botos, Jan Knjazovac und andere. Das erste, was ein Mensch wahrnimmt, wenn er heranwächst, sind die Gesichter seiner Nächsten, seiner Nachbarn und die ihn umgebende Natur. Das alles brachten die Bauernmaler auf die Leinwand. 1952 stellten die ortsansässigen Künstler erstmalig aus. Aus den Bildern sprachen Gesichter von Landarbeitern, Genreszenen und Landschaften die Besucher an. Die Ausstellung machte in der Kulturszene von Belgrad von sich reden, und die ersten Journalisten und Kritiker aus der Metropole tauchten in Kovacica auf. Drei Jahre später eröffnete hier die erste jugoslawische Dorfgemäldegalerie.

Jetzt leben um die 15 Laienkünstler in Kovacica. In Jugoslawien nennt man sie Naivci.

Weit über Jugoslawiens Grenzen drang der Ruhm der Volkskünstler von Kovacica. Man kann sagen, daß dazu besonders Martin Jonas beitrug.

Ich kenne Martin Jonas schon lange. In Belgrad begegneten wir uns auf Ausstellungen. Ich war bei ihm zu Gast.

Auch jetzt begrüßt mich der Gastgeber freudestrahlend und mit festem Händedruck. Er bittet mich in seine Werkstatt und setzt mir eine Tasse duftenden Kaffees vor. Martin Jonas ist mittelgroß, kräftig gebaut und trotz seiner über 60 Jahre energisch und

lebhaft. Oft wird sein Gesicht von einem milden, einnehmenden Lächeln überstrahlt. Er ist bäuerlich einfach gekleidet. Seine kräftigen, rauhe Landarbeit gewohnten Hände ruhen auf den Knien.

"Ich hab schon als Kind gemalt", erzählt Martin Jonas. "Die besten Noten hatte ich auf unserer Dorfschule im Zeichenunterricht. Ich guckte gern aus dem Fenster der guten Stube und betrachtete die Kirchgänger, die festlich gekleideten Bauern, die Hochzeitsumzüge und Volksfeste. An langen Winterabenden stellten sich die Dorfbewohner bei meinem Vater ein und führten ihre umständlichen gemächlichen Gespräche, Dorfklatsch, Ernteaussichten, Märkte... Ich verzog mich immer unter unseren großen runden Tisch und lauschte bis Mitternacht dem Gespräch der Alten, sah mir ihre abgearbeiteten, sehnigen Hände auf der Bank an. Meine Kindheitserinnerungen habe ich mein ganzes Leben lang bewahrt. In vielen Bildern kommen sie wieder zum Vorschein."

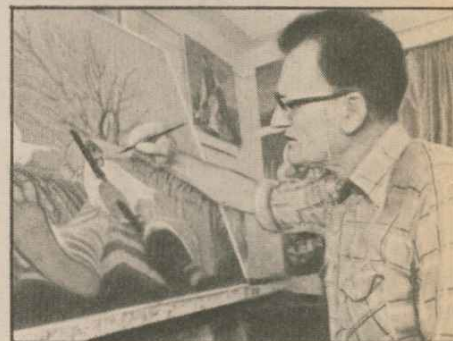
Im zweiten Weltkrieg verschleppten Okkupanten den Halbwüchsigen zur Zwangsarbeit. Von Osten griff, den erbitterten Widerstand der Hitlertruppen brechend, die Rote Armee an. Die Faschisten bauten fieberhaft Verteidigungsanlagen. Martin gelang die Flucht aus dem Arbeitslager zu den Partisanen. September 1944 traf er zum ersten Mal mit sowjetischen Soldaten zusammen.

Der Künstler erinnert sich: "Das waren hauptsächlich alte, kampferprobte Soldaten. Damals trug ich eine große zottelige Schaffellmütze. Ein Soldat nahm sie mir vom Kopf und machte einen kleinen roten Stern daran fest. Dann sagte er lachend: 'Siehst du, Martin, jetzt bist du ein richtiger Kúbankosak!' Diese von den langen Kriegsjahren erschöpften Menschen, die sich vor Sehnsucht nach ihren Familien verzehrten, sahen mich an, und offenbar erinnerte ich mageres

Bürschchen sie an ihre eigenen Kinder, weit weg daheim. Damals hab ich angefangen, Russisch zu lernen, und nahm mir vor, unbedingt mal die Sowjetunion zu besuchen, mir anzusehen, wie die Menschen dort leben."

Martin Jonas konnte sich seinen Traum 1983 erfüllen. Im Moskauer Haus der Freundschaft mit den Völkern des Auslandes hatte der sowjetische Künstlerverband eine Ausstellung seiner Arbeiten organisiert.

Jonas berichtet: "Während der letzten 10-15 Jahre wurden meine Bilder in Finnland, der Tschechoslowakei, Frankreich, Italien, der Schweiz, den USA und Australien gezeigt, aber nach Moskau fuhr ich mit einem besonderen Gefühl. Es kam mir vor, als besuchte ich meine nächsten Freunde. Meine Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Mich



Martin Jonas beim Malen

Foto: Sammelband "Vojvodina" (SFRJ)

faszinierte die Gastfreundschaft und die Güte der sowjetischen Menschen.

Ich versuche, ehrlich zu malen, darzustellen, was ich sehe und weiß und dabei meine eigenen Erlebnisse und Gedanken auszudrücken. Für mich gibt es nicht die Frage der Kunst um der Kunst willen. Ich halte es für sinnlos, für eine beschränkte Schickeria-Elite zu malen. Inhaltselemente Bilderrätsel helfen keinem weiter. In der Kunst muß man neue Formen suchen. Einverstanden. Sie dürfen den Sinn des Kunstwerks, seinen Inhalt jedoch nicht überschatten."

L. CHARKOW

Belgrad — Moskau

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



"Auf jede feindselige Erklärung an Ihr Land und auf jede Runde des Wettübens antworten Sie mit neuen Vorschlägen, die Verhandlungen fortzusetzen, und mit neuen Friedensinitiativen. Aber während Sie sich in den Sonnenstrahlen Ihrer überlegenen moralischen Position räkeln, bereitet man einen Krieg gegen die Sowjetunion vor. Es wäre doch naiv zu glauben, daß diese unversöhnlichen, grausamen und nur auf Profit orientierten Herrschaften abstrakte Begriffe wie Moral, Ehre, Einhaltung übernommener Verpflichtungen usw. überhaupt noch ernst nehmen. Ich glaube nicht, daß die Geduld der Sowjetunion im gegebenen Fall zum gewünschten Ergebnis führt, sondern im Gegenteil, die Wachsamkeit der Völker einschläfert und dem Westen den Weg in den nächsten Krieg ebnet."

G. S.

British Columbia, Kanada

"Mir kommt es so vor, als wenn die Sowjetunion dauernd zurückweicht und die USA wie der Imperialismus überhaupt nachhaltig ihre Forderungen diktieren. Ihr habt reichlich Vorleistungen gebracht. Wenn die USA ihre Nukleartests nicht einstellen, kann von einer Verlängerung des Moratoriums doch keine Rede mehr sein. Keinen Schritt weiter zurück! Alles andere führt uns in die Katastrophe, und die wird wohl um einiges schlimmer als 1941."

Vaclav Koci

Pardubice, CSSR



Es diskutiert der politische
Kommentator der "Iswestija",
Alexander BOWIN

Ich verstehe Gedanken und Emotionen, die aus den Leserbriefen an die "Neue Zeit" sprechen. Ich verstehe ihre Sorge und ihre Beunruhigung.

Ich bin überzeugt davon, daß die leitenden sowjetischen Politiker, die die Entscheidung über die Verlängerung des Moratoriums gefällt haben, diese Sorge und die Ursache dieser Beunruhigung ebenfalls kennen.

Machen wir uns noch einmal mit der Erklärung Michail Gorbatschows vertraut und schätzen die entstandene Situation gemeinsam ein.

Ich schicke voraus, daß verantwortungsvolle politische Entscheidungen gewöhnlich nie leichtfertig getroffen werden. Das gilt auch in vollem Umfang für die Entscheidung des Politbüros des ZK der KPdSU und der sowjetischen Regierung, das einseitige Moratorium für Nukleartests zu verlängern. Genosse Gorbatschow nannte diesen Schritt durchdacht, außerordentlich verantwortungsvoll und schwer.

In der Tat. Um die richtige Entscheidung zu treffen, mußte man auf das sorgfältigste abwägen und politische wie militärtechnische Erwägungen einander entgegenhalten.

Seit über einem Jahr führen wir keine Tests mehr durch. Die übliche, traditionelle Logik legt folgenden Gedankengang nahe: Wenn Atomtests die Sicherheit festigen, wirkt sich ein einseitiger Verzicht nachteilig auf die Landessicherheit aus und den USA fällt die strategische Überlegenheit geradezu in den Schoß...

Diese Schlußfolgerung hat etwas für sich. Aber erstens haben wir, ebenso wie die Amerikaner, ausreichend "Eingemachtes", und deshalb ist es äußerst schwer, etwa bestehende strategische Vorteile zu erhalten, oder auch zu verlieren. Die Beibehaltung der militärstrategischen Parität ist in der gegebenen Situation das beste Mittel gegen jedes Abenteuer. Zweitens sind einseitige Aktionen zeitlich begrenzt. Wenn Washington bei seinem sturen "Nein" bleibt und weiterhin Kernladungen zur Explosion bringt, werden wir gezwungen sein, die Tests wieder aufzunehmen.

Meiner Meinung nach besteht das Wichtigste jedoch in folgendem: Im Atomzeitalter wird eine Sicherheit, die sich auf Hochrüstung stützt, immer gefährlicher. Das ist leider kein ausschließlich verbales Paradoxon.

Je mehr Rüstung, desto mehr Mißtrauen. Je mehr Mißtrauen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, daß diese Rüstung eingesetzt wird. Nur ein politisches Vertragswerk, ein Abkommen über beiderseitige Reduzierung und letztendlich vollständige Liquidierung der Kernwaffen kann echte Sicherheit schaffen.

Unsere Einstellung zu Kernwaffentests, andere konkrete Vorschläge und Handlungen sind der Lösung eben dieser Hauptaufgabe untergeordnet.

Jeder Vergleich hinkt. Aber sehen wir uns ruhig einmal das gerade so populäre Schachspiel an: Um Qualität zu gewinnen, darf man Quantität opfern. Mit dem Moratorium verhält es sich genauso. Seine politischen Vorteile wiegen derzeit noch die militärtechnischen Nachteile auf.

Ich sehe folgende Vorteile: Wir haben die politische Position der Sowjetunion, die Autorität unseres Staates gestärkt. Wir erhöhen den Druck auf die Amerikaner, schränken ihre Manövrierfähigkeit ein und stellen die Hilflosigkeit, das Gekünstelte ihrer Argumentation bloß. Wir geben der Antiatom- und Friedensbewegung einen zusätzlichen Impuls und stärken die Position der nichtpaktgebundenen Länder.

Unser Land wiederholt: Laßt uns den gesamten Problemkomplex der Sicherheitsfragen neu angehen, laßt uns vom Gleichgewicht des Schreckens zum Gleichgewicht des Vertrauens, zum Gleichgewicht der Interessen übergehen.

Ich gebe zu, daß wir mit der jetzigen Administration zu keiner Übereinkunft gelangen. Die Geschichte der USA jedoch ist mit Reagans Präsidentschaft noch nicht zu Ende. Wir handeln und gehen dabei von langfristigen Perspektiven aus...

Jetzt zu 1941.

Meiner Meinung nach ist diese Anspielung ungerechtfertigt. Sie läßt die prinzipiellen qualitativen Veränderungen, die seitdem auf militärstrategischem Gebiet stattfanden, außer acht. Heute kann der potentielle Angreifer nicht mit einem Sieg rechnen. Wer als erster schießt, stirbt als zweiter. Die Amerikaner verstehen das. In dem Zusammenhang stellt sich auch der Überraschungsfaktor anders dar. Keiner ist mehr zu überrumpeln. Der vernichtende Gegenschlag ist unvermeidlich.

So ist die Lage.

Im allgemeinen besteht kein Anlaß zur Unruhe. Wir wissen, mit wem wir es zu tun haben. Wir machen uns keine Illusionen. Wir sind stark genug, die Spielregeln, die man uns auferlegen will, nicht annehmen zu müssen. Der rohen Kraft setzen wir Kraft plus Hirn entgegen. Abenteuerlust setzen wir Verantwortungsbewußtsein, Selbstbeherrschung und die Überzeugung entgegen, daß die Menschheit den kritischen Abschnitt ihrer Entwicklung überwinden, die Katastrophe vermeiden und eine Welt ohne Kriege und Waffen errichten kann.



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

MIT AEROFLOT NACH MOSKAU!

Aeroflotmaschinen fliegen wieder regelmäßig auf den Routen:

Moskau — Washington — Moskau

Moskau — New York — Moskau

Eine IL 62 bringt Sie aus New York in 9,5 und aus Washington in 10 Stunden nach Moskau.

Für Komfort und Gastfreundlichkeit ist gesorgt.

Abflug aus New York jeden Sonntag, aus Washington jeden Dienstag.

Näheres erfahren Sie bei jeder Aeroflot-Vertretung oder -Agentur.

WILLKOMMEN IN MOSKAU!





Töpfer



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

Aufnahme von
Lorenzo
LISPI
(Italien)